

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Solomelze ober deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 26. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1903.

Am 27. März sind es 25 Jahre, seit die badische Fabrikinspektion besteht; von 1871 bis 1879 waren in Baden ehrenamtliche Fabrikinspektoren bestellt, die in gewisser Beziehung die Ausführung der Gewerbe-Ordnung überwachen sollten. Diese Einrichtung ist insbesondere in Bezug auf die Befugnisse mit der heutigen Fabrikinspektion gar nicht zu vergleichen; erst nachdem die gesetzliche Grundlage durch die Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Jahre 1878 gegeben und nachdem Wörishoffer am 27. März 1879 an die Spitze der neuorganisierten Institution getreten, erlangte die badische Fabrikinspektion Bedeutung. Und eine Bedeutung, die sich in der Geschichte der deutschen Fabrikinspektion dauernde Geltung errungen hat. Unter Wörishoffer war die badische Fabrikinspektion musterhaftig und von der Arbeiterschaft wie von allen ehrlichen Sozialpolitikern wurden seine Jahresberichte mit großem Interesse entgegengenommen. Seine Berichte enthielten nicht nur reiches Material zur Beurteilung der sozialen Lage der Arbeiter, sie betrieten auch den festen Charakter, der von Anfang an eine klare unzweideutige Stellung im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit eingenommen hatte.

Zwei Jahre ist Wörishoffer nun tot. Ein neuer Mann steht an seiner Stelle. Er war früher Fabrikdirektor und bevor er Nachfolger Wörishoffers wurde Fabrikinspektor im preussischen Regierungsbezirk Lrier. Werden auch unter ihm die badischen Jahresberichte das große, weit über die badischen Landesgrenzen hinausreichende Interesse erwecken? Für die nächste Zeit zweifellos. Sei es auch nur um des Vergleichs willen; um zu beobachten, ob die badische Fabrikinspektion sich auf ihrer alten Höhe hält oder ob sie auf das Niveau der preussisch-sächsischen Inspektionen herabsinkt, die durchschnittlich mit verblüffender Verständnislosigkeit den sozialen Erscheinungen der Gegenwart gegenüberstehen.

Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht für 1903 läßt sich noch kein Schluß, weder für die eine noch die andre Annahme ziehen. Der Jahresbericht für 1902, der erste von dem gegenwärtigen Inspektor Dr. Wittmann, war eine targe Zusammenstellung von Thatsachen ohne jede persönliche Färbung. Im vorliegenden Bericht ist das Thatsachenmaterial außerordentlich angeschwollen; in dieser Hinsicht steht derselbe nicht ab gegen die besten der bisher erschienenen, aber das Material hat keine Verarbeitung gefunden. Dem Inspektor fehlt noch die Fähigkeit, das reichhaltige Material zu meistern und so zählt er auf ca. 100 Seiten die größten Mißstände, die standortförmigen kapitalistischen Troges und Uebermutes auf; teilt mit, daß bei insgesamt 3400 Revisionen rund 4000 „Aufgaben“ gemacht, d. h. Anordnungen zur Abstellung von Mißständen und Gesetzwidrigkeiten getroffen werden mußten und gleichwohl kommt er zu folgendem geistreichen Schluß:

„Die in diesem Jahre zum erstenmal statistisch nachgewiesene Zahl der Auflagen läßt irgendwelche Schlüsse sozial-politischer Natur nicht zu, sie soll vielmehr der Industrie und der Arbeiterschaft lediglich zeigen, daß die aus dem Revisionsdienste der Fabrikinspektion sich ergebenden Verbesserungen der Betriebsverhältnisse nicht unbedeutend sind und daß der in Arbeiterkreisen nicht selten zu hörenden Ansicht, solche Verbesserungen könnten nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen erzwungen werden, jede Grundlage fehlt.“

Diese scheußliche Einschätzung der Gewerkschaften findet ihr Pendant in den Friedenspredigten des Fabrikinspektors; er will Kapital und Arbeit ausöhnen, er will die unmögliche Brücke schlagen zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Unternehmer. Wäre er hierbei nur gutmütiger Schwärmer, so taugte er zwar auch nicht für einen Fabrikinspektor, aber er bliebe wenigstens unschädlich. Bei Dr. Wittmann bricht indes die frühere Stellung als Leiter einer Fabrik immer wieder durch. Er teilt mit einer gewissen Selbstbefriedigung mit, daß auf seine Anregung hin in die Vergleichsbedingungen bei einem großen Streik, in dem er Vermittler sein sollte, ein besonderer Paragraph zum Schutze der Streikbrecher aufgenommen wurde. Im Bericht wird ferner ungeniert erzählt, daß die Inspektion gewissen Unternehmern beigegeben habe in dem Bestreben, für ihre Unternehmen die Erlaubnis zur Sonntags- und Ueberarbeit zu erlangen. Wo die Ausnahmen der bundesrätlichen Verordnungen nicht ausreichten oder das Gesetz sonst im Wege war, wurde das Gesetz künstlich gedehnt.

Ergebene Dienstwilligkeit gegen das Unternehmertum, sträfliche Ignoranz gegen die Arbeiterorganisationen, das ist die eine Seite des Fabrikinspektors; die andre ist eine rüchhallose Ehrlichkeit gegen die Thatsachen. Vielleicht hat diese Ehrlichkeit darin ihren Grund, daß in der Fabrikinspektion sieben Beamte thätig sind, deren Beobachtungen in den Bericht übergehen. Die meisten der Beamten stammen noch aus der Schule Wörishoffers, sie sehen die Dinge darum nicht durch die kapitalistische Brille. Das hat aber zur Folge, daß der Fabrikinspektoren-Bericht einen durchaus zwieschlächtigen Charakter angenommen hat, und daß man mit dem besten Willen noch nicht sagen kann nach welcher Richtung die Reise der Fabrikinspektoren unter der neuen Leitung eigentlich geht.

Das Thatsachenmaterial erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse der jugendlichen Arbeiter, der Arbeiterinnen und der Arbeiter im allgemeinen, auf die Unfälle und Unfallverhütung, auf die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung, die Wohlfahrts-Einrichtungen, Streiks, Heimarbeit etc.

Es geht daraus hervor, daß in 34,5 Proz. aller Betriebe noch 15 950 jugendliche Arbeiter, das sind 8,2 Proz. der Gesamtarbeiterzahl beschäftigt sind. Der größte Teil davon sind Mädchen. Selbst im Alter von unter 14 Jahren sind noch 300 Mädchen industriell beschäftigt und zwar hat sich gerade in der Beschäftigung dieser jungen Mädchen eine starke Zunahme gezeigt. Der Bericht bemerkt dazu: „Die Ursachen der Zunahme in der Beschäftigung weiblicher Kinder im einzelnen zu erforschen, ist wegen der Zerstückelung der Gesamtzahl auf eine große Zahl von Einzelbetrieben nicht wohl möglich. Doch kommt in dem stetigen Anwachsen die Tendenz der Industrie, sich beizeiten der billigen jugendlichen Arbeitskraft zu versichern, deutlich zum Ausdruck.“ Eine Cigarrenfabrik hat eine Bestimmung, welche die Einstellung von Kindern untersagte, ausdrücklich aufgehoben. Ganz allgemein sei die Klage — so heißt es im Bericht —, daß in kritischen Geschäftszeiten fast überall von Entlassungen zunächst die älteren und besser gelohnten Arbeiter betroffen würden, während Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter mit geringen Löhnen in ihrem Arbeitsverhältnis bleiben könnten. Die Fabrikinspektion muß zugeben, daß dies vielfach zutrifft, sie meint nur, es sei diese Gepflogenheit auf diejenigen Industriezweige beschränkt, welche überhaupt schlecht bezahlt, und nur in Zeiten der Arbeiternot zu besser bezahlten Arbeitern greifen.

Ein trübes Bild entwirft der Bericht sodann von der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter; um die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitspausen werden sie vielfach betrogen, zu schwere Arbeiten bindet man ihnen auf und erhebt dann noch den Vorwurf der Faulheit, so daß der Fabrikinspektor die Angegriffenen also verteidigen muß: „Eine eingehende Prüfung zeigt dann aber meist, daß die Zeit der betreffenden jugendlichen Arbeiter reichlich ausgefüllt ist. Ihr erschöpftes Aussehen, zumal gegen Schluß der Arbeitszeit, läßt die Ueberanstrengung deutlich erkennen.“ Einen Fall standortförmiger Ausbeutung jugendlicher Arbeiter erzählt der Bericht noch in folgendem:

„Ein Musterbetrieb, von dem die Fabrikinspektoren bisher keine Kenntnis hatten, wurde durch eine Beschwerde von Arbeitern bekannt. Eine hohen-zollernsche Firma hatte in einem kleinen entlegenen Drie der (Woden-) Seegegend in durchaus ungenügenden Räumlichkeiten eine Sammet-schneiderei eingerichtet. Bei der Revision wurden fünfzehn Personen angetroffen, von denen die älteste Arbeiterin 20, der älteste Arbeiter 17 Jahre alt war; sechs schulpflichtige Kinder unter 14 Jahren und im übrigen meist jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren vervollständigten das Betriebspersonal. Bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit stellte sich der Verdienst bei der bestbezahlten Arbeiterin auf 15 Mark in 14 Tagen, bei den übrigen auf 10 bis 12 Mark in derselben Zeit. Die schulpflichtigen Kinder brachten es bei sechsstündiger täglicher Arbeitszeit auf drei bis fünf Mark in der vierzehntägigen Lohnperiode.“

Der gesetzliche Zustand wurde unter Bestrafung der Firma herbeigeführt.

Ähnliche Ausbeutung wie bei den jugendlichen Arbeitern greift Platz bei den Arbeiterinnen. Die Arbeiterinnen bilden nahezu ein Drittel der Gesamtarbeiterzahl und davon sind wieder ca. 70 Prozent in der Cigarren- und Textilindustrie beschäftigt. Der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen bleibt zumeist auf dem Papiere stehen. Nach dem Bericht sind allein 282 000 genehmigte Ueberstunden gemacht worden. Die Zahl der nicht festgestellten erreicht sicher das Mehrfache dieser Ziffer. Wie der Wöchnerinnenschutz gehandhabt wird, zeigt ein im Bericht erzählter Fall, wonach eine Wöchnerin bereits am zwölften Tage nach der Entbindung wieder am Webstuhl in einer großen Textilfabrik angetroffen wurde. Die Wiederaufnahme der Arbeit war auf Grund des Zeugnisses des Rassenarztes erfolgt, welcher die Frau für arbeitsfähig erklärt hatte. Dieser sonderbare „Mann der Wissenschaft“ erklärte auf Befragen noch, er halte sich zu solchem Vorgehen ganz berechtigt, denn nicht industriell thätige Frauen arbeiten gleichfalls kurz nach der Entbindung wieder. — Ähnliche, wenn auch nicht so trasse Fälle werden noch mehrere aufgezählt. Ebenso traurig wie um den Schutz der Gesundheit ist es um den Schutz der Ehre der Arbeiterinnen bestellt. Abgesehen davon, daß vielfach für Arbeiterinnen keine besonderen Räume zum Waschen und Umkleiden vorhanden sind, daß auch in vielen anderen Dingen die Unternehmer verfahren, als sei Schamgefühl bei Arbeiterinnen ein überflüssiger Luxus, sind selbst Notzuchtverbrechen von Werkführern und Vorgesetzten nichts Seltenes. Drei Fälle werden mitgeteilt. Im ersten Fall hat der Werkführer einer Cigarrenfabrik die Arbeiterinnen bedroht und drangaliert, um sie seinen Listen gefügig zu machen, und

da er sich dabei auch an Mädchen unter 16 Jahren vergriff, wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In den anderen ähnlichen Fällen sei, so erklärt die Fabrikinspektion, zu strafendem Einschreiten leider keine Möglichkeit gewesen. Durch das Bezirksamt sei Werkführer und Arbeitgeber „verwarnt“ worden. Der Bericht kommt infolge dieser Sachlage zu dem Vorschlag, weibliches Aufsichtspersonal in Fabriken mit Arbeiterinnen anzustellen. In mehreren großen Fabriken habe man die besten Erfahrungen damit gemacht, nur müßte das weibliche Aufsichtspersonal gut bezahlt werden, damit es auch in dieser Hinsicht über den Beaufichtigten stehe. In vielen Fällen werde die weibliche Aufsicht eben nur genommen, um die teure männliche durch eine billige Arbeitskraft zu ersetzen.

Ueber die Lage der Arbeiter im allgemeinen wird viel und eingehend berichtet; die Löhne sind trotz des etwas besseren Geschäftsganges im Berichtsjahre niedrig geblieben; in einigen Betrieben sind die Lohnzahlungsperioden übermäßig lang, so in einigen Steinhauereien 6—8 Wochen; die Arbeitszeit ist noch durchgängig viel zu lang. Es wird von 16stündigen Schichten erzählt und mitgeteilt, daß nach Angabe eines Arbeiters der niedrige Stundenlohn und die Sorge um die Erhaltung der Familie zu so langer Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit zwingt. In einer Fabrik werden bei täglich elfstündiger Arbeitszeit in 14 Tagen noch über 60 Ueberstunden gemacht. Demgegenüber werden auch Beispiele für den hohen Wert der kurzen Arbeitszeit angeführt. Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in Steinbrüchen und Steinhauereien infolge der Bundesrats-Verordnung vom 20. März 1902 begegnete fast durchweg starkem Widerstande. Es bedurfte mehrerer Revisionen und teilweise Zwangsmittel, um den gesetzlichen Zustand herbeizuführen. Dagegen versuchte es eine Firma mit noch weiterer Verkürzung der Arbeitszeit; sie ließ ihre 120 Arbeiter nur 8½ Stunden arbeiten. Und das Resultat? Es sei eine so erhebliche Steigerung der Arbeitsintensität beobachtet worden, daß das Arbeitsquantum dem früher bei 10- und 11stündiger Arbeitszeit geleisteten kaum nachstehe. Die Qualität der Arbeit habe wesentlich gewonnen.

Es darf nicht wundernehmen, daß bei der schlechten Lage der Arbeiter eine Reihe Streiks ausbrachen. In circa 20 Betrieben streikten gegen 3500 Arbeiter für längere oder längere Zeit. In den meisten Fällen gingen die Streiks glatt verloren, die Arbeiter in Baden sind noch zu schlecht organisiert. So schlecht sind freilich die Arbeiterorganisationen nicht, daß man sie mit einer Feile abhauen könnte. Der Fabrikinspektoren-Bericht begnügt sich zu sagen, daß im nächsten Jahre über die Organisation der Arbeiter ausführlicher berichtet werde.

Das mit emsigem Fleiß herbeigetrugene Material kann nur die Ueberzeugung bestärken, die man schon aus den wenigen vorliegenden Stichproben gewinnt: In der badischen Industrie ist es um die Arbeiter nicht besser bestellt, wie in den Ausbeuter-Dorados Schlesiens, Sachsens oder des Rheinlandes. Wenn der Fabrikinspektor, der dieses Material selbst zusammengestellt hat und der an einer Stelle seines Berichts selbst mehrere Fälle erzählen muß, in denen der Fabrikinspektor sich nur mit Polizeigewalt den Zutritt zu den Werkstätten erzwingen kann, und der mit Verdauern gestehen muß, daß in erheblicher Anzahl Arbeiter wegen ihres Verkehrs mit der Fabrikinspektion gemahregelt wurden, wenn der trohaldem immer wieder in seine Harmoniepredigten zurückfällt, so ist ihm nicht zu helfen. Will er ein zweiter Wörishoffer werden, muß er die Sprache seines eignen Berichts erst verstehen lernen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März.

Das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.
 Auf unsre Bemerkung, die bei einer plötzlichen Reichstagsauflösung notwendig werdenden Wahlumfänge seien von der Regierung als „eilige Lieferung in Bestellung gegeben, antwortete das Dementiorgan des Reichslanklers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Von einer eiligen Bestellung ist keine Rede; es ist nur Lieferung und Abrechnung vor dem Finalabschluß der Generalstaatskasse vorgeschrieben, weil das zur Verfügung stehende Geld nicht auf das nächste Etatsjahr übertragen werden darf.“

Dieses sogenannte Dementi ist eine Spekulation auf die Leute, welche die Norddeutsche Allgemeine Zeitung noch ernst nehmen.

Abgesehen davon, daß wir wissen, daß die Bestellung sowohl als „sehr eilig“ und „als distret zu behandeln“ bezeichnet wurde, ist die obige Ausrede geradezu absurd. Es soll nach dem Dementi-schreiber Lieferung und Abrechnung vor dem Finalabschluß der Generalstaatskasse vorgeschrieben gewesen sein, weil das nicht verwendete Geld nicht auf das nächste Etatsjahr übergeschrieben werden darf. Man kann wirklich sagen, diese Behauptung ist für ein Dementi zu dumm.

Erstens liegt der Lieferungsstern bereits im neuen Etatsjahre, das heißt nach dem 1. April 1904.

Zweitens weiß jeder, der das ABC der Staatswirtschaft kennt, daß Gelder, die für einen bestimmten Zweck bewilligt, aber in dem Etatsjahre nicht zur Verwendung gelangt sind, in Rest gestellt und später für denselben Zweck verausgabt werden können.

Eine Uebertragung des Geldes auf das nächste Etatsjahr in dem Sinne, daß eine nochmalige Bewilligung solcher nicht vorausgabten Gelder erfolgt, giebt es überhaupt nicht.

Auch das württembergische Amtsblatt, das unsre Angaben bestätigt hat, wendet sich gegen die Ausflüchte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Diese hat behauptet, es sei der preussischen Regierung gar nicht in den Sinn gekommen, für die Lieferung der Papiercouverts besondere Discretion zur Pflicht zu machen. Die Heilbronner „Kedax-Zeitung“ bringt nach Abdruck der norddeutschen Aeußerung diese entscheidende Erwiderung:

„Soweit die „Norddeutsche“. Sie bestätigt damit zunächst all die Einzelheiten, die wir festzustellen in der Lage waren: die Summe der 10 Millionen Couverts, die Herstellung des Papiers in der Papierfabrik in Penig in Sachsen usw. Ebenso zu treffend bezieht sich unsre weitere Mitteilung, daß die Befestigung als diskrete bezeichnet und behandelt wurde. Diese Thatsache ist noch in der vorigen Woche in einer Frankfurter Sitzung des Vereins deutscher Briefhüllenfabrikanten besonders festgehalten worden, mit dem Beifügen, daß von dieser Seite die ausdrücklich verlangte Discretion auch gehalten wurde, und mit der Bemerkung, daß die Quelle des „Vorwärts“ wohl auf die Papierfabrik in Penig zurückzuführen, wo der socialdemokratische Arbeiterclub es auffallen mußte, daß diese Masse dieses Papiers in dieser Gise fertiggestellt werden sollte.

Wir können unsren bisherigen Mitteilungen noch einige Beifügen, die geeignet sind zu zeigen, daß wir die Einzelheiten genau kennen. Zunächst die Zeit betreffend: es sind jetzt drei Wochen, daß die Verhandlungen der Regierung bezüglich der Couvertsbestellung begannen, und nicht ganz zwei Wochen, daß die Zusicherung des Auftrages gegeben wurde. Bezüglich der Couverts schließlich: sie sollen eine etwas dunklere Farbe erhalten als die bisherigen, damit sie noch weniger durchsichtbar sind; die Qualität des Papiers bleibt die gleiche.

Für heute soviel! —

Die Enthüllungen über den Exminister Rasi.

Rom, den 23. März. (Eig. Ver.)

Das heutige „Giornale d'Italia“ druckt den ganzen Bericht des konservativen Abgeordneten Saporito ab über seine Verhinderung des Unterrichts-Budgets mit Rücksicht auf die gegen Rasi erhobenen Anklagen. Es handelt sich nicht um eine eigentliche Enquete, sondern um die durch die Genossen Vissolati und Ciccotti angeregte Untersuchung über die Verwendung gewisser Fonds, die in der kurzen Frist seit dem 16. Februar unternommen und über deren Ergebnis gestern nachmittag der Budgetkommission berichtet wurde.

Das Ergebnis übersteigt die schlimmsten Voraussetzungen — es rehabilitiert geradezu die Namen eines Crispi und eines Rosano. Wenn Rasi nicht Abgeordneter wäre, so wäre es auf Grund der in dem Bericht Saporitos dargelegten Thatsachen Pflicht der Staatsanwaltschaft, ihn sofort wegen Diebstahls, Unterschlagung und Fälschung verhaften zu lassen.

Die ganze Rasische Wirtschaft, mit der das italienische Unterrichtsministerium vom 15. Februar 1901 bis zum 3. November 1903 „geschlagen“ war, sieht im Zeichen der größtmöglichen Unordnung, Verschwendung und Unredlichkeit. Das bestmögliche Zeugnis für diese Behauptung dürfte die nüchternste Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse sein.

In den 32 Monaten des Ministeriums Rasi war es Regel, die im Privatbudget für die einzelnen Kapitel ausgeworfenen Summen fast stets zu übersteigen, natürlich zu allen andern Zwecken, nur nicht zu denen des öffentlichen Unterrichts.

Da sind z. B. im Jahre 1902/1903 218 441 Lire für außerordentliche Dotationen von Anstalten oder Privatpersonen bestimmt, die sich um den öffentlichen Unterricht verdient gemacht haben. Diese Gelder sind hauptsächlich für den Wahlkreis Rasi, Trapani, und für Neapel verwendet worden, ohne daß irgend ein Ausweis über die besonderen Verdienste der betreffenden Institute da wäre. Auch Anzeigungen und Unterstützungen an Künstler gehören in dies Kapitel. Ein Bildhauer Voemi bekommt da z. B. für eine von ihm angekaufte Statue 4000 Lire mehr, als der Ankaufspreis betrug, so daß, wie Saporito schreibt, die Vermutung nahe liegt, es handle sich nicht um eine Gratifikation, sondern um den Preis anderer Kunstgegenstände, die sich aber im Ministerium nicht vorfinden. Von drei aus diesem Fonds angekauften Bildern des Malers Montefusco befindet sich eines im Ministerium, ist aber nicht ins Inventar aufgenommen; die andern 2 (Porträts von Rasi) sind nicht vorhanden. Unter den Unterstützten befindet sich ein mit 500 Lire „zur Ermüdung“ bedachter Maler G. Ingrassia. Merkwürdig ist, daß derselbe Mann auch als Volksschullehrer auf der Liste der Unterstützten steht.

Für Inspektionen, Reisen des Ministers und Kongressbesichtigungen u. sind vom Unterrichtsministerium im Verwaltungsjahre 1902/1903 84 000 Lire ausgegeben worden. Die Reisen des Herrn Ministers kosteten während der 32 Monate die italienischen Steuerzahler 44 175 Lire, wozu noch im betrachteten Verwaltungsjahre für Wagen-Zringelder auf Reisen 3420 Lire kommen, die im Kapitel Dienstaufgaben zu finden sind. Mit Quittungen belegt ist kaum ein Zehntel der Gesamtsumme. An Stelle einer Quittung findet sich in den andern Fällen ein Wilsch des Privatsekretärs Lombardo, der bescheinigt, im Auftrage Sr. Excellenz des Ministers die und die Summe ausgegeben zu haben. Schon vor der Untersuchung Saporitos hatte der Oberrechnungshof erklärt, hierüber nicht Decharge erteilen zu können. Auf richtige unverkennbare Unterschlagungen stoßen wir im Kapitel über die Unterstützungen an bedürftige Volksschullehrer und deren Familien, für die 354 144 Lire im Jahre 1902/1903 verausgabte wurden. Ueber die Art und Weise, in der diese Unterstützungen zu gewähren sind, bestehen natürlich Bestimmungen, die gegen eine willkürliche Verwendung schützen sollen. Nur für 115 961 Lire ist nun der normale Weg eingehalten worden; 4938 Unterstützungen für eine Gesamtsumme von 211 241 Lire sind unter Umgehung des allgemeinen Reglements über die staatlichen Zahlungen ausgeteilt worden, einfach mit der Unterschrift des Ministers und dem Stempel des auszahlenden Bureaus versehen.

In der Verteilung zeigt sich nun, daß allein auf Rom 2003 Unterstützungen kommen, während diese Stadt, wie Saporito feststellen ließ, nur 1283 Volksschullehrer in und außer Dienst zählt! Unter diesen tragen nur 130 dieselben Namen, die sich in dem Verzeichnis der Unterstützten befinden. Sehr verdächtig sind auch die Daten: aus dem Stempel des Defonoms des Unterrichtsministeriums, den die Mandate tragen, geht hervor, daß stets größere Gruppen auf einmal ausgezahlt wurden, nicht nach und nach, wie das sonst bei Wittstellern, die doch nicht compagnieweise antreten, der Fall zu sein pflegt. Unter den unterstützten „Lehrern“ befindet sich auch ein Polizist, eine Hebamme, ein Diener usw. Von den Unterschriften sagt der Bericht, viele zeigten eine „erschreckliche handschriftliche Verwandschaft“.

So hat der Minister Rasi der Notlage unsrer Volksschullehrer abgeholfen!

Wenn hier Summen entwendet wurden, um an Günstlinge des Ministers verteilt zu werden, so sehen wir an anderer Stelle, wie Gegenstände, die dem Kultusministerium gehören, einfach vom Minister affiniert werden. So wurden z. B. von allen Verlagsanstalten Italiens Bücher durch ministerielles Circular erbeten, es kamen im ganzen 5000 Exemplare an, die auf Kosten des Ministeriums eingebunden wurden — der Spah kostete 15 003 Lire — und von denen kein Exemplar dem Ministerium nach Rasis Weggang verblieben ist!

Das lithographische Institut des Unterrichtsministeriums versandte während der ganzen Zeit der Rasischen Herrschaft Stiche und Werke im Werte von 16 831 Lire, von denen 231 Abbildungen und 54 Bände im Werte von 6712 Lire in den Privatbesitz des Ministers übergingen, worüber ordnungsmäßige Quittung vorliegt.

In dienstlichen Ausgaben haben wir z. B. 13 386 Lire für Wagenmiete und für die Instandhaltung der Möbel in einem einzigen Jahre 50 438 Lire. Hier ist direkt eine Möbelfabrik dem Ministerium angegliedert worden; für Holz wurden 3264 Lire ausgegeben, für Tischlerlohn 3254 Lire. Hauptächlich wurden Kisten fabriziert, in denen der Minister seinen Haub wuschichte. Große Ausbesserungen in der Privatwohnung des Ministers sind auch dabei. Allein nach Trapani wurden 23 Kisten geschickt, die 2344 Kilo wogen und 741 Lire Fracht kosteten.

So geht es weiter: in 100 Formen finden wir die alten Gaunereien wieder. Wie war das möglich bei einem modernen Rechnungswesen, mit den Garantien, mit denen dieses die Ausgabe der öffentlichen Gelder umgibt? Der Eindruck ist einfach überwältigend. Man muß glauben, was schwarz auf weiß im Bericht eines persönlich rechtschaffenen Parlamentariers steht, aber die entfallenden Thatsachen, der ganze ungeheure Mechanismus der Korruption und Hehleri, den sie voraussehen, sind absolut unvorstellbar. Nicht nur Rasi, sondern ein großer Teil seiner Beamten müssen Zuchthauspflanzen gewesen sein. Es ist wahrlich ein armes Land, das sein Geld und sein Unterrichtsweisen in solchen Händen lassen muß.

Vollständiger, trivialer, widerwärtiger konnte das Debakel der herrschenden Klassen nicht sein: da ist nichts mehr zu halten, nichts mehr zu sanieren, da muß ausgekehrt werden mit eisernem Besen. Ein Land, das gegen solche Zustände nicht wirksam reagiert, sie nicht austofsen könnte, gäbe sich selbst verloren. Wenn ein Teil der Bourgeoisie, wenn das Proletariat nicht in den Wahlen und im Parlament mit den Gaunern abrechnet, so kommen wir mit Riesenschritten auf türkische Zustände. Ja, wir kommen unter das Niveau der Türkei. —

Deutsches Reich.

Heilige Allianz.

Es zeigt sich, daß auch Oesterreich oder mindestens östreichische Grenzbehörden den Ehrgeiz haben, hinter den preussischen Bundesdiensten nicht zurückzubleiben. Im östreichischen Reichsrat hat unter Parteigenosse Daszynski eine Interpellation folgenden Inhalts eingebracht: In Galizien suchen die Behörden jede Kritik des Jarrismus zu verhindern, es werden selbst Versammlungen verboten, in denen nur über den Krieg zwischen Rußland und Japan gesprochen werden soll, und Zeitungen werden konfiszirt wegen harmloser Bemerkungen über den Jarrismus. Ferner ist anfangs Januar der Spenglergehilfe W. J. den verhaftet worden, angeblich weil er russische revolutionäre Broschüren nach Rußland bringen wollte. Derselbe sitzt seit zwei Monaten im Kreisgericht in Larnopol in Haft, ohne daß ein strafbarer Thatbestand vorliegt, denn wegen Hochverrat am russischen Staat kann man den Mann nicht anklagen. Der Untersuchungsrichter habe dem Manne auch gesagt, er solle nur mitteilen, wer ihn angestiftet habe, die Schriften nach Rußland zu bringen, dann werde er freikommen. Jeder Oesterreicher, sagt die Interpellation, muß es als brennende Schmach empfinden, daß östreichische Behörden sich so weit erniedrigen, dem Jarrismus derlei schändliche Ansehensdienste zu leisten. Die Interpellation fordert die Beseitigung dieser Zustände und behördlichen Maßnahmen.

Aus Krakau wird uns hierzu geschrieben:

In der letzten Zeit sind auch aus Galizien zahlreiche Thatsachen bekannt geworden, in denen die östreichischen Behörden an dem internationalen Polizeikoncert, das von den drei Kaiserreichen ausgeführt wird, rege teilnahmen. So wurden in Lemberg Hausdurchsuchungen veranstaltet, um russische und ruthenische socialistische Schriften zu fuchen; russische Socialisten wurden auf galizischem Boden verhaftet und schließlich verbot man Versammlungen, in denen über die Stellung des Proletariats zum ostasiatischen Krieg gesprochen werden sollte.

Die hiesigen Genossen entsinnen sich noch recht gut der Zeiten, in denen die galizische Polizei mit den russischen Gendarmen in engler Fühlung stand. Man entsinnt sich auch der „Ausweisungen“ „an die russische Grenze“ durch galizische Kommissare, von denen eine damit endete, daß der Ausgewiesene sich in der Grenzstation Granica vor die Räder des heranbrausenden Zuges warf. Ihm war der Tod lieber, als die Qualen der russischen Injustiz.

Jetzt wird im Märzob eine Thatsache bekannt gegeben, welche auch in Deutschland Interesse beansprucht. Ein Krakauer Genosse erhielt am 20. d. M. folgendes amtliche Schreiben:

L. 3046. Krakau, den 19. März 1904.

An Herrn Karl S. . . in Krakau.

Die von Herrn . . . in Charlottenburg am 27. Februar unter Ihrer Adresse aufgebene Sendung wurde durch die hiesige L. I. Polizeidirektion vollständig konfiszirt aus dem Grunde, daß sie socialistische Flugblätter enthielt, wovon Sie hiermit benachrichtigt werden.

L. I. Postamt.

Unterschrift.

Damit steht fest, daß die Sendung entweder durch die Post eröffnet und in diesem Zustande der Polizei übergeben wurde, oder aber von der Post unerschüttert der Polizeibehörde zur Verfügung gestellt und von dieser erbrochen wurde, in beiden Fällen ohne Kuwensheit des Adressaten, ohne rückerhöhen Befehl. Schließlich steht fest, daß man den Adressaten erst nach 3 Wochen von dem Thatbestand benachrichtigt hat. Damit ist das östreichische Gesetz über den Schutz des Briefgeheimnisses aufs gräßlichste verletzt worden, das nur dem Richter die Beschlagnahme oder Öffnung von Postsendungen erlaubt und die sofortige mit Gründen versehene Benachrichtigung des Betreffenden fordert. Es entsteht aber die weitere Frage: Wer hat die Post bezw. die Polizei in Krakau darauf aufmerksam gemacht, daß in der Sendung socialistische Flugblätter zu finden sind? Wer hat diese Behörden zur Beschlagnahme aufgefordert? Es hat den Anschein, als ob hier eine Spitzelhand mit im Spiele wäre — vielleicht in Krakau — vielleicht auch to o anders! —

Der geistesgürtete Majestätsbeleidiger. Der Schneidergeselle Adolf Kaiser beging am Geburtstage der Kaiserin eine Verleumdung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses. Dafür erhielt er zwei Jahre Gefängnis. Nachdem Kaiser 18 Monate dieser Strafe abgehüft hatte — bald nach seiner Verhaftung beobachtete man Zeichen von Geistesgrobheit an ihm —, wurde er im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen. Die Sachverständigen bekundeten, daß Kaiser bereits bei Begehung der That geisteskrank gewesen ist. —

Das Verhalten des Berliner Stadtfreiwills findet die verständnisvolle Zustimmung der Schweinburg und Konforten. Der Freiwill wird von dieser Seite mit der ehrenvollen Zustimmung bedacht, nun

feinerseits die Konsequenz zu ziehen und dafür zu sorgen, daß die Socialdemokraten nirgends mitarbeiten dürfen, z. B. eine Gefühlsänderung durchzuführen, welche die Socialdemokraten aus der Krankenlaster-Verwaltung ausschließt.

Der Freiwill der Berliner Kommunalverwaltung ist eben nur noch Kriemhildsleier. Herr Fischbeck geht thätigst lieber mit Krücker als mit Wark, und die „Deutsche Freie Presse“ des Herrn Müller-Sagan will ja selbst nicht mehr „Freiwillige Zeitung“ heißen, sondern sie etwa die Richtung der „Post“ potenziert mit der „Staatsbürger-Zeitung“ vertritt. —

Die liberale Wahlrechts-Verschlechterung, welche die vereinigten Nationalliberalen und Freiwilligen in preussischer Abgeordnetenkammer beantragen, wird in den freiwilligen Blättern mit den dümmsten und unehrlichsten Argumenten moralisch zu retten versucht. Man rühmt sich, daß man den „Widerstium“ beseitigen wolle, daß man in einem Bezirk bisher mit 18 Mark Wähler erster, in andern mit 100 000 M. Steuern noch nicht einmal Wähler zweiter Klasse sein konnte. Die in kleinen „Widerstium“ beseitigen wollen, bedeutet, das widersinnige Prinzip des Wahlrechts selbst anerkennen und verschärfen; gerade in dieser Bezirksdrittelung lag ein Element der Zerstückelung des Dreiklassenstems. Es ist die vornehmste liberale und freiwillige Sorge, das plutokratische Prinzip von dieser Abschwächung und Verunreinigung zu befreien. Und übrigens wird der besondere Freiwillige in dem allgemeinen Wahlsinn durch den liberalen Antrag nicht einmal beseitigt. Auch wenn man künftig gemeinweise zwölfsteil, kann man in einem Wahlkreis mit 100 Mark Steuern in die erste, im andern Wahlkreis mit 1000 Mark in die dritte Klasse gelangen. Wenn den Liberalen also so außerordentlich viel an der absoluten Gleichheit in der Funktion der Tollheit liegt, so müßten sie schon beantragen, daß im Durchschnitt des ganzen Staatsgebietes gesteuert wird, so daß man mit der gleichen Steuersumme in ganz Preußen auf die gleiche Klasse Anspruch hat.

Durchaus zureichend bemerkt die „Post“: „Der radikale Liberalismus stellt sich also in Preußen thätigst auf den Boden des geltenden Dreiklassen-Wahlrechts mit öffentlicher Stimmabgabe“. Und die „Post“ weist, wie wir, darauf hin, daß man sich nicht einmal auf den „Zweckmäßigkeitssgrund“ berufen könne, denn die geforderte Neu-Einteilung der Wahlkreise sei „nach den wiederholten Erklärungen der Mehrheitspartei völlig aussichtslos“.

Sonach werden wir den Freiwilligen — als Ergebnis — ihres Antrags lediglich noch eine Verschlechterung des elendesten aller Wahlrechts zu ver danken haben. —

Für neue Flottenpläne befreit sich bereits ein Teil der Blätter. Der „Reichsbote“ ist schon der Meinung, daß seit 1900 „so manches geschehen ist, das uns das damals angenommene Flottengesetz nicht mehr als genügend erscheinen läßt“. Und das „Berl. Tageblatt“ will zwar sein Urteil über Möglichkeit und Durchführbarkeit des Planes zurückhalten, veröffentlicht dann aber „von sachmännischer Seite“ einen Artikel, in dem, außer den im Flottengesetz geplanten Schiffsbauten, der sofortige Bau eines weiteren Kriegsschiffgeschwaders von acht Schlachtschiffen mit zugehörigen Kreuzern und Materialreserven gefordert wird. Sobald das freiwillige Organ den ersten jüdischen Marine-Offizier d. R. entdeckt haben wird, wird es begeistert mit seinem Fachmann neue Flottenrüstungen als dringlich erklären. —

Eine Begnadigung der letzten Zuchthausopfer von Lobtau regte in der sächsischen Kammer der Abg. Günther an. Er führte aus:

„Das sogenannte Lobtauur Urteil wurde seinerzeit nicht nur in Kreisverreisen, sondern auch in andern Bevölkerungsversammlungen mit Särcden und Bestürzung aufgenommen. Daß sich die damaligen Angeklagten strafbar gemacht haben, bestreitet niemand, aber ein Strafmaß von zehn Jahren Zuchthaus hatte niemand erwartet. Beim Lobtauur Fall konnte allerdings ein Menschenleben in Gefahr kommen, aber durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank sind zahlreiche Existenzen vernichtet und einzelne Personen zum Selbstmord getrieben worden. Vergleiche man die in beiden Fällen erlassenen Strafen, werde man kein Verständnis für solche Urteile im Volke finden.“

Natürlich fand diese Anregung in der Kammer kein Echo. Herr Günther klagte auch über die Nebenbeschäftigung von Richtern. So bekleidet der Landgerichtspräsident in Leipzig eine mit 10 000 Mark dotierte Aufsichtsratsstelle. —

Ein neues Gefecht in Südwestafrika.

Berlin, 25. März. Nach einem Telegramm des Gouverneurs Leutwein vom heutigen Tage hat Major v. Etzoff ab Wasserstelle Okamito am 23. März gemeldet, daß er am 24. März in Okahandja eintrafen werde. Am 16. März sind am Omahatberg Hereros mit diesseitigem Verlust von zwei Toten und zwei Verwundeten zurückgeworfen worden. Verlust des Feindes etwa 10 Tote. Am 19. März wurde eine Herero-Wert überfallen, 355 Rinder und 530 Stück Kleinvieh erbeutet. Die Gegend nördlich Okahandja bis zum Omuramba ist frei vom Feinde, große Massen desselben befinden sich am Waterberg (etwa die Mitte zwischen Windhub und Grootfontein), am unteren Omuramba und am oberen Swalop.

In dem Gefecht am Omahatberg sind gefallen: Gefreiter Franz Kaiser und Gefreiter Otto Schulka; schwer verwundet: Reiter Johann Weidner, zwei Oberdienstschüsse; leicht verwundet: Unteroffizier Karl Hiege, 3. Comp. d. Seebataillons, aus Kreuzberg, Ostpreußen, Streiffahrt am rechten Arm. Beide Verwundete sind im Lazarett Okahandja.

Nach einer weiteren Meldung des Gouverneurs Leutwein ist die Kolonne des Majors v. Etzoff am getrigen Tage in Okahandja eingetroffen. —

Falsche Nachrichten über die Hereros.

Die bürgerliche Presse, die es, mit Ausschluß von zwei oder drei Blättern, noch immer nicht für nötig gehalten hat, die Viehe der Missionare über den Herero-Aufstand nachzubringen, veröffentlicht jetzt wieder eifrig allerlei Briefe von Angehörigen der Schartruppe, in denen natürlich wieder die angeblichen Grausamkeiten der Hereros gegenüber Frauen und Kindern in übertriebenster und direkt unwahrer Weise geschildert werden. So bringt z. B. die „Köln. Ztg.“ in Speerdruck folgende Schilderung des im Gefecht bei Dwisloro gefallenen Leutenants der Reiter-Regiment Thiesmeyer über angebliche Bestialitäten der Hereros in der Umgebung von Windhub:

„Einige Frauen haben sie leben lassen, mehrere sind aber in ganz grauenerregender Weise umgebracht worden. Zuerst wurden sie von den Grobkenten der Reihe nach geschändet, während vier Mann die weißen Frauen hielten. Dann wurden ihnen die Brust und sonstige abschneidbare Teile bei lebendigem Körper abgeschnitten und ringsherum an die Säume gehängt. Wenn die Frau dann noch lebte, haben sie sie mit Knütteln totgeschlagen. Das ist ein Fall, wie er von einem Augenzeugen erzählt ist. Es war der eigne Mann; er hatte einen Schuß in die Brust bekommen und war umgefallen. Er ist später, nachdem er gesehen hatte, wie seine Frau gemortet wurde, von einem Hottentottenweibe zum Teil getragen, nach Windhub gelangt.“

Leutenant Thiesmeyer hat diese schreckliche Geschichte zweifellos im besten Glauben weiter erzählt, sie ist aber nichtsdestoweniger von Anfang bis zu Ende unwahr! Denn in dem inzwischen eingelaufenen amtlichen Bericht vom 8. Februar — der Brief Thiesmeyers ist älteren Datums — ist von dieser Schauer Geschichte, die man sich sicher nicht hätte entgehen lassen, da man im übrigen alles für die Hereros Ungünstige sorgfältig zusammengetragen hat, mit keinem Worte die Rede. Wohl werden unter den Getöteten auch zwei Frauen erwähnt — alle übrigen Frauen werden ausdrücklich als geschont aufgeführt! — aber von einem Notzuchtigen und Verstimmlen dieser Frauen ist, wie gesagt, mit keinem Wort die Rede! Außerdem wurden mit diesen beiden Frauen auch gleich-

zeitig deren Männer gestötet, sodasß weiter von ihnen die Schauergerichte erzählen konnte, die man Lieutenant Khiesmeyer aufgebunden hatte. Gleichwohl erzählt unsre Bourgeoispresse diese Räubergerichte in aller Wiederkeit weiter!

Mit derselben Unverschämtheit giebt — ohne jede Anmerkung! — die „Kreuz-Zeitung“ unwahre Briefstellen des inzwischen ebenfalls einer Verurteilung erlegenen Lieutenants v. Böllwarth-Lauterburg wieder. So diejenige, in der behauptet wird, daß im Bezirk Bindhu! sechs Frauen und vier Kinder von den Hereros ermordet worden seien. Wie wir gestern schon feststellten, wurden nach dem amtlichen Bericht vom 8. Februar — der Brief v. Böllwarth ist dagegen vom 29. Januar datiert — überhaupt nur zwei Frauen und zwei Kinder gestötet! Das mußte auch der „Kreuz-Zeitung“ bekannt sein — aber es macht sich doch besser, wenn man den „schwarzen Bestien“ ein paar Schandthaten mehr andichtet!

Bemerkenswert sind aus den Berichten des letztgenannten Offiziers zwei Stellen, an denen über Gefechte berichtet wird. Da heißt es über einen Zusammenstoß bei Kris:

„Die Boeren hatten ihr Vieh dort zusammengetrieben, um es vor Räuberzügen zu schützen. Von denselben hörten wir, daß ein Trupp Hereros in der Nähe saße. Wir gingen gegen dieselben vor und hatten ein kurzes, ziemlich harmloses Gefecht. Die Hereros rissen aus wie Schafleder. Von uns wurde niemand verletzt, 6 Hereros fielen.“

Ferner von einem Gefecht in der Nähe von Oshandja: „Heute wurde noch die Umgegend durch Mannschaften der hiesigen Besatzung abgesehen. Es sind gestern ungefähr 25 Hereros gefallen, aber fast alle erst auf der Flucht, da die Stellungen so vorzüglich gedeckt waren, daß ihnen da gar nicht beizukommen war.“

Weiße Male wurden die Hereros also auf der Flucht niedergeschossen. Seltsam, daß dabei gar nichts über Verwundete gemeldet wird, die man gefangen nahm. Schon Nebel äußerte im Reichstag seine Verwunderung darüber, daß alle Hereros gleich tödlich verletzt worden sein sollten! —

Entlassung des Reichsgerichts. Im Reichs-Justizamt ist eine Konferenz abgehalten worden zur Beratung der Frage, wie die Zivilsenate entlastet werden können. Zu der Konferenz sind Mitglieder des Reichstages aus allen Parteien außer der Socialdemokratie geladen worden. Die Mehrheit der Konferenz sprach sich für den Vorschlag der Regierung aus, die Revisionssumme von 1500 auf 3000 M. zu erhöhen, wodurch, wie man erwartet, sich die beim Reichsgericht anhängigen Revisionsverfahren bis zu 30 Proz. vermindern würden. Das ist die allerleichteste Lösung der Frage, wenn diejenigen Volksklassen, die um geringere Summen Rechtsstreitigkeiten führen, um das Recht der Revision gebracht werden.

„Hau'n Sie die Kerle mit den Stiefeln auf Kopf und Buckel!“ Diese Weisung, die der Wachmeister Häbel vom Leib-Kürassier-Regiment in Breslau, ein ehemaliger Kutscher, dem Soldatenschuhmacher erteilte, wurde von dem Apostrophierten mit großer Promptigkeit ausgeführt. Die vor dem Militärgericht erschienenen Kürassiere bezeugten, daß sie insofern viel Diebe erhalten haben, wenn sie mit schlechten, zerrißenen oder schmutzigen Stiefeln zum Schuhmacher kamen. Der Anklagete war der Meinung, daß sich der Wachmeister erheblich strafbar gemacht habe, und beantragte zwei Monate und zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht hielt den Wachmeister für gereizt und verurteilte ihn nur zu zehn Tagen gelindem Arrest! —

Ein außergewöhnlich schneidiger Gendarm stand am Donnerstag vor dem Breslauer Kriegsgericht. Er ist in Ploß (Ober-Schlesien) stationiert. Als er am 23. Dezember v. J. den Arbeiter Jecha in Worin suchte, traf er die Tochter desselben, schickte die Kinder aus der Küche und gestattete sich im Dunkeln bei dem 17-jährigen Mädchen allerhand unerlaubte Griffe, die sich als thätliche Verleumdung charakterisieren. Auch später versuchte er noch einmal einzuordnen, fand die Thür aber verschlossen. Die Nachbarin, Arbeiterfrau Katharina Schott, lud ihn ein, wiederzukommen. Ueber diese Verhöhnung wütend, schlug er sie mit dem Säbel zehnmal und drohte, sie mit dem Revolver zu erschießen. Der unterjüngende Arzt befandete, daß ihre Verwundungen von einem mit empörender Rohheit ausgeübten Gewalttät herührten, eine Schlagader war der Frau zerschritten. Der Gendarm will sie nur zweimal mit der Säbelschneide gestoßen haben und stellt sich als ein Opfer polnischen Hasses gegen preussische Beamte hin. Dabei ist die Frau mit blutunterlaufenen Gesichtswulsten und Hautabschürfungen bedeckt. Der Anklagete beantragte Degradation, Entlassung und sechs Monate zehn Tage Gefängnis. Das Gericht beschloß Vertagung der Sache zur weiteren Vernehmung von Zeugen. —

Großherzogtum Sachsen-Weimar. (Eig. Ber.) Der Landtag hat beschlossen, daß zur Vorbereitung des Berggesetzes der Reichsgebirgs-Ausschuß außerhalb der Tagungsperiode des Landtages zusammenzutreten soll. Zur Erbauung der neuen Universitäts-Jena hat der Landtag 150 000 M. bewilligt, 750 000 M. sind durch freiwillige Spenden in Jena aufgebracht, jeder der übrigen Erhalterstaaten hat 50 000 M. aufzubringen, so daß die auf 1 050 000 M. berechnete Bau Summe gesichert ist. Als Bauplatz ist das alte Schloßgrundstück in Jena in Aussicht genommen. Der Wert der Berechtigung als Abteilungsquartier für den Großherzog im alten Schloß ist auf 32 800 M. festgesetzt, der Kronprinz verzichtet auf diese Summe nicht. — Sobald das Erbschaftsteuer-Gesetz, der Bau eines Magazinsgebäudes zur größeren Feuergefährlichkeit des Hoftheaters und der außerordentliche Etat beraten ist, soll der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt werden. —

Ausland.

Schweiz.

Bern, 25. März. Vom eidgenössischen Justizdepartement ist dem Bundesrat der Entwurf eines einheitlichen Schweizerischen Zivilgesetzbuchs nebst einem Entwurf einer begleitenden Vorschau an die Bundesversammlung unterbreitet worden. —

Freiwillige Proportionalwahl.

Zürich, 23. März. (Eig. Ber.) In der Stadt Zürich haben sich die Parteien im Hinblick auf die bevorstehenden städtischen Wahlen auf eine proportionale Verteilung der 125 Sitze im Großen Stadtrat geeinigt. Danach erhalten die Socialdemokraten 44, die Freisinnigen 50 und die Demokraten 31 Sitze. Die Socialdemokraten bringen ein Opfer, indem sie diese Vereinbarung eingingen, weil ihnen andernfalls die 49 Sitze in Aussicht, wo sie die sichere Mehrheit haben, gewiß wären. Gegenwärtig hat unsre Partei 32 Vertreter in dieser Behörde, sie könnte also noch 17 dazu gewinnen, während nach dem vereinbarten Proporz ihr Gewinn nur 12 Sitze beträgt. Aber sie erhält nach der Vereinbarung in allen fünf Kreisen der Stadt eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung, während sie ohne dieselbe nur Vertreter des dritten Kreises hätte, die Bürgerlichen nur solche der vier andern Kreise, aber keinen aus dem dritten Kreis. Mit der Annahme der Vereinbarung und dem Verzicht auf fünf sichere Sitze beweisen unsre Genossen, wie ernst es ihnen mit ihrer Forderung nach der Proportionalwahl ist und diese Forderung kann der Verwirklichung des Proporzgedankens durch die Gesetzgebung nur förderlich sein.

Genf, 23. März. (Eig. Ber.) Der Große Rat hat die von der socialdemokratischen Fraktion beantragte Abschaffung des verächtlichen Antisprenggesetzes mit großer Mehrheit abgelehnt, inzwischen drachten aber die Arbeiter 373 Unterschriften auch für ein Initiativbegehren

betreffend die Abschaffung des verhassten Gesetzes, über das nun vom Volke abgestimmt werden muß. Waren die bürgerlichen Parteien nur etwas einseitig, müßten sie selbst die Hand zur Befreiung dieses Wechselbalges von einem Gesetze bieten. —

Frankreich.

Millerand ausgepfiffen.

Paris, 24. März. (Eig. Ber.) Millerands Gefolgschaft im 14. Pariser Bezirk, eine Gruppe, die nach seinem Ausschlusse aus der P. S. F. ihrerseits diese Partei verlassen hatte, veranstaltete gestern eine Festversammlung zu Ehren und unter dem Vorfig des großen Chefs. Der jüngste Streich Millerands, seine ministeriellende Interpellation, hat aber den Zorn und den Haß vieler socialistischer Kreise wider den überschuldenen Positiver von neuem besonders lebhaft entfacht. Die vorsichtige Besetzung des Saales durch treue Anhänger, besonders durch Postangestellte, sowie die Zurückweisung unsicherer Elemente, ungeachtet der im voraus gelösten Eintrittskarten, — haben Millerand vor der gefährdeten Kundgebung nicht gerettet. Die Zurückgewiesenen harreten draußen aus und begleiteten Millerand bei seiner Ankunft und seiner frühzeitigen Abfahrt mit Pfeifen und allen möglichen Schmähsprüchen. Auch seine — höchst verlegene — Rede, worin er das Kabinett Combes von neuem angriff, um seine Ueberläuferei zu rechtfertigen, wurde durch die in den Saal hineinschallenden Schmähsprüche gestört. Bei seiner Abfahrt wurde er von einem starken — Polizeiaufgebot geschützt. Er hat das wohl verdient! —

Eine Soldatenmishandlung vor dem Pariser Kriegsgericht.

Paris, 24. März. (Eig. Ber.) Soldatenmishandlungen kommen in der französischen Armee selten vor, ebenso selten, wie sie in der deutschen häufig sind. Die jeglichem Militarismus innewohnende Tendenz zur körperlichen Mishandlung des moralisch entwürdigten Soldaten wird in Frankreich wirksam abgeschwächt vor allem durch das hier in allen Schichten lebendige demokratische Gleichheitsgefühl. Die Offiziere sind von den Gemeinen durch keine fastenmäßige Klust getrennt. Den politisch reaktionären Gesinnungen der Hocharmee zum Trost ist die große Masse der französischen Offiziere vom spezifisch militärischen Dogmatismus viel freier als in politisch rückständigen Ländern. Das französische Bürgerthum hat eben doch nicht umsonst seine Revolution gründlich durchgeführt. Endlich ist die Kontrolle der demokratischen Presse und der Parlamentstribüne hier eine ganz anders geführte Macht als in Preußen-Deutschland.

In den seltenen Fällen aber, wo ein französischer Soldat gemishandelt wird, macht sich der Corpsgeist des Offizierentums ebenso geltend wie überall sonst. Das hat sich drastisch gezeigt im gestern vor dem Pariser Kriegsgericht verhandelten Prozeß des Hauptmanns Blanchard.

Dieser Offizier hatte bei einem Rundgang durch die Kaserne den Soldaten Angelin geohrfeigt, weil sich unter dessen Effelten eine nasse Keintwandblase befand. Die Mishandlung geschah in Anwesenheit von Stubenlameraben Angelins und des Lieutenants Gonie, eines Sohnes des aus der Dreyfus-Affaire tonig bekannt gewordenen Generals. Trotzdem aber wurde die Beschwerde des Mishandelten von Oberst d'Ennery vereitelt. Der eingeschüchterte Soldat zog die Beschwerde zurück durch eine ihm vom Oberst in die Feder diktierte Erklärung, worin die Mishandlung harmlos umgedeutet wurde. Erst die Enthaltungen der Presse haben die Vertuschung des Falles unmöglich gemacht. Der Kriegsminister Andre ordnete darauf eine neue Untersuchung an, die den Hauptmann Blanchard vor das Kriegsgericht führte.

Die Beweisaufnahme hat die Schuld des Hauptmanns vollauf bestätigt. Der „Regierungskommissar“ (Staatsanwalt) hat ihm herb seine kläglichen Ausreden vorgehalten, welche die Ohrfeige in eine „leichte Geste“, in eine „handanlegende“ umzuwandeln suchten. Und der Kommissar verlangte die Verurteilung des Offiziers. Er sagte dabei unter anderm in deutlicher Anspielung auf die deutschen Soldatenmishandlungen: „In einer Zeit, wo Mishandlungen in ausländischen Armeen gebuldet werden, schickt es sich am wenigsten, derartige Sitten bei uns sich einzuwurzeln zu lassen.“ Es sei noch erwähnt, daß Lieutenant Gonie, der Sohn seines Vaters, vom Gerichtsvorsitzenden herb angefahren wurde wegen seiner lägenhaft gewordenen Entlastungsäußerung.

Der Angeklagte wurde einstimmig für schuldig erklärt unter Jubilation von mitdernden Umständern. Strafe: 20 Tage Gefängnis, die aber durch die 23 Tage Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Ein gemeiner Soldat würde freilich wegen der Ohrfeigung eines Offiziers, trotz des barbarischen Militärkodes, zum Tode verurteilt werden. Immerhin aber ist die Verurteilung des Hauptmanns Blanchard in der militärgerichtlichen Praxis eine Reue, der unter den gegebenen Umständen eine symptomatische Bedeutung zukommt. —

Am Vorabend des Jehnsundentages.

Paris, 23. März. (Eig. Ber.) Am 1. April ist die letzte Uebergangsetappe des Gesetzes Millerand-Goliard fällig. In den „gemischten“ Betrieben (mit männlichem, weiblichem und minderjährigem Personal) muß die Arbeitszeit auf 10 Stunden verkürzt werden — anstatt 10 $\frac{1}{2}$ Stunden seit April 1902 und 11 Stunden seit April 1900. Wie zur Zeit der ersten zwei Etappen, müssen die Arbeiter jetzt wieder für die Aufrechterhaltung der alten Löhne kämpfen beziehungsweise für eine der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechende Erhöhung des Lohnsatzes.

Um diese Forderung wurde belamlich schon im neulichen nordischen Textilarbeiterkampf, mit dem Erfolg, daß die Streikenden von Armentières-Houplines die Zusage erlangten, den Jehnsundentag ohne Lohnverlängerung eingeführt zu sehen. Ferner hat sich zum gleichen Augenstand die Textilindustrie und Abgeordnete von Roubaix, Motte, öffentlich verpflichtet. Somit aber wird es ohne Kampf nicht abgehen. Die Gewerkschaften treffen danach ihre Maßnahmen. Die „Konsolidation der Arbeit“, die allgemeine Gewerkschaftsorganisation, sowie der am meisten interessierte allgemeine Textilarbeiterverband haben jedoch die Agitation eingeleitet. Im Auftrug des letzteren wird eventuell ein allgemeiner Streik in Aussicht gestellt, wie das auf dem vorjährigen Textilarbeiterkongress beschlossen worden ist.

Auch die Regierung rüstet sich zum Kampfe. Das treu ministerielle Blatt „Action“ meldet bereits umfassende militärische „Vorsichts“-Maßnahmen.

Andererseits läuft der Senat gerade jetzt Sturm gegen das Jehnsundengesetz selbst. Die bisherigen schwereren Durchlöcherungen dieses Gesetzes durch Dekrete des Handelsministers Trouillot, welche zahllose „Ausnahmen“ hatirt hat; ferner durch die Entschreibung des Kassationshofes, der den Begriff der „gemischten“ Betriebe bezw. den Ausdruck: „in denselben Lokalen“ dem offenkundigen Sinne zu sehr eingengt hat, daß die Unternehmer dem Gesetze wohlfeil entgegen können, indem sie das diverse Personal desselben Betriebes in verschiedenen, aber aneinander stoßenden Werkstätten arbeiten lassen; endlich die dadurch verursachte Erschwerung und Vereitelung der ohnehin mangelhaften Kontrolle der Gewerbeinspektion — das alles genügt dem Unternehmertum noch immer nicht. Der gegenwärtig vom Senat beratenen Gesetzentwurf will auch das wenige vernichten, was noch vom Jehnsundengesetz in der Praxis übrig geblieben ist. Und die Regierung in der Person des Handelsministers hat das arbeiterfeindliche Beginnen keineswegs von sich gewiesen. Sie will vielmehr mit sich reden lassen! —

Italien.

Parlamentarische Versumpfung.

Rom, den 21. März. (Eig. Ber.) Das italienische Parlament droht, bei lebendigem Leibe zu versaufen. Eine Kammer von ähnlicher Faulheit und Würdelosigkeit hat Italien noch nie besessen. Am vorigen Freitag sah sie es hienallos mit an, daß Giolitti in der unverschämtesten Weise in die Rechte des Präsidenten eingriff und von ihm die Räumung der Journalistentribüne forderte, heute gar zeigte sich die absolute

Gleichgültigkeit unserer Herren Volksvertreter dadurch, daß beim Beginn der Sitzung nicht zwölf Abgeordnete zur Stelle waren. Ein einziger Unterstaatssekretär — der des Krieges — zierte den Ministerlich, aber für die Interrogation, auf die er antworten wollte, fehlte der Fragesteller. Für die nächste Interrogation fehlte der Unterstaatssekretär usw., so daß man zu den Interpellationen überging und da fehlten wieder die Minister! Der Präsident erklärte, nachdem man eine Viertelstunde vergeblich gewartet hatte: mir bleibt nichts übrig, als die Abwesenheit der Regierung zu belangen und die Sitzung aufzuschieben. Schließlich haben dann die per Drohsätze in alle Winde ausgehenden Förtnier ein paar Minister zur Stelle gebracht und man hat eine Stunde lang Parlamentsverhandlung gespielt. Wie lange soll diese Schandwirtschaft noch dauern? —

Selbstmord eines italienischen Offiziers.

Rom, den 21. März.

Eine Zeitung von Bologna, il „Pugno di Ferro“, veröffentlicht das Testament eines Offiziers, Hauptmanns Manfredi vom 40. Infanterie-Regiment in Bologna, der am 7. Februar v. J. durch Selbstmord aus dem Leben schied. Das Testament ist an die Behörden adressiert und lautet wörtlich:

„Meines Daseins müde, habe ich beschlossen, mir das Leben zu nehmen, zu welchem Beschluß mich hauptsächlich die Niederträchtigkeiten bestimmen, die im Heere begangen werden. Man ordne eine strenge und umsichtige Erhebung an, so wird man ohne Zweifel die Wahrheit meiner Behauptung erkennen.“

Es folgen dann Bestimmungen, durch die der Offizier über sein gesamtes Vermögen zu Gunsten von Wohlthätigkeitsanstalten verfügt und diese Schlusssätze:

„Ich will in einem Wagen III. Klasse auf den Friedhof gebracht werden, ohne Blumen und ohne militärisches Geleite, weder von Soldaten noch — dies am allerwenigsten — von Offizieren. Ich wünsche ausdrücklich zu erklären, daß ich im vollen Besitze meiner Verstandeskräfte handle, und bescheinige diese meine letzten Erklärungen mit meinem Namen.“

Bologna, den 7. Februar.

Vittorio Manfredi.

Spanien.

Spanische Justiz. Vergangene Woche wurde gegen unsren Genossen Iglesias wegen angeblicher Verleumdung der Polizei verhandelt. Iglesias hatte in seinem Organ „El Socialista“ das Vorgehen der Polizei, welche sich in geschwirdiger Weise gegen das Publikum vergangen hatte, scharf kritisiert. Der Staatsanwalt, der über den ganzen Sachverhalt wenig oder gar nicht informiert war, schenkte nur von der Absicht besetzt, unsren Genossen so lange als möglich unschädlich zu machen; er beantragte, denselben vier Jahre neun Monate und elf Tage des Landes zu verweisen. Der Verteidiger, Genosse Dnyelos, bediente in brillanter Rede alle Irrtümer des Staatsanwalts schonungslos auf. Seine Rede hatte einen großen Erfolg und jedermann war überzeugt, daß dieselbe die Freisprechung des Genossen Iglesias herbeiführen müsse. Dem war aber nicht so, denn der Gerichtshof verurteilte denselben zu einem Monat und 21 Tagen strengen Arrestes, sowie zu einer Geldstrafe von 125 Pesetas. Gegen dieses Urteil wird er Berufung einlegen, nicht weil er die Injustiz hegt, daß dasselbe aufgehoben werden würde, sondern damit die ersten Vertreter der spanischen Gerichtsbarkeit klar erkennen mögen, daß die von ihm so scharf aber gerecht kritisierten Vertreter des Gesetzes und Hüter der öffentlichen Ordnung sich ärger als die Wilden betrogen haben. Selbst die strengsten Urteile können auch in Spanien den socialistischen Geist nicht mehr ertöten. —

Rußland.

Ein Ruschad unter Sachfengängern. Die „Kosener R. Nachrichten“ melden: Beim preussisch-russischen Grenzdarfz Wjzganoto erkrankten fünf polnische Sachfengängern, die heimlich ohne Fah die Grenze überschritten wollten, im Russe Prosna. Drei andre Frauen wurden durch russische Grenzsoldaten erschossen und etwa dreißig Sachfengänger gefangen genommen. —

Aus Industrie und Handel.

Helios und Berliner Bank. Unser Kölner Parteiorgan, die „Aheimische Zeitung“, setzt ihre Enthaltungen über das Treiben der Electricitäts-Gesellschaft „Helios“ fort. „Die im „Helios“ gewirtschaftet wurde“, schreibt sie, „geht aus folgendem hervor: Eine Tochtergesellschaft des genannten Unternehmens wurde mit der Singer-Gesellschaft in Berlin verschmolzen unter der Firma Aktiengesellschaft für elektrische Unternehmungen, woran unsres Wissens der „Helios“ stark beteiligt blieb. In dieser Angelegenheit ging von einem hervorragenden Kölner Aufsichtsratsmitglied des „Helios“ an den Direktor einer Berliner Bank am 31. Juli 1900 folgendes Schreiben ab:

„Singer-Gesellschaft: Die Bilanz dieser Gesellschaft vom 28. Februar 1900 ist im Rohen fertiggestellt und zeigt sich immer mehr, daß die vorjährige Bilanz gefälscht war. Natürlich ohne Wissen (1) des Aufsichtsrates. J. B. in der vorjährigen Bilanz ist ein antizipierter Gewinn an Thoren, welcher fozusagen falsch war, von ca. 186 000 M. erwähnt worden und jetzt stellt sich heraus, daß der Bau Thoren im ganzen einen Verlust von 200 000 Mark gebracht hat. Nehalich verhält es sich mit dem Lichtwerk Driegnis usw. Ich werde unter diesen Umständen persönlich die ganze Situation prüfen, bevor etwas in dieser Sache geschieht. Aber das ist mir schon gewiß, daß E. ins Justizhaus gehört und der Aufsichtsrat im höchsten Grade kompromittiert ist. Seiner Pflicht zur Prüfung ist er gar nicht nachgekommen, sonst hätte er solch traffe Dinge konstatieren müssen. Die Bilanz schließt mit über 800 000 M. Verlust, wesentlich entstanden durch Tarnesbar, Fiktion und dem zu Unrecht im Vorjahre verrechneten antizipierten Gewinn.“

Ein vom selben Tage von demselben Aufsichtsratsmitglied an einen Pariser Finanzmann gerichteter Brief sagt:

„In Beantwortung Ihrer Zufahrt vom 30. cr. verhehle ich nicht, Ihnen mitzutheilen, daß der Rückgang des Kurzes der Helios-Aktien in keiner Weise durch innere oder äußere Verhältnisse der Gesellschaft verursacht ist. Der Grund des Rückganges liegt vielmehr in der allgemeinen schlechten Börsenlage, insbesondere für elektrische Werte.“

In dem ersten Schreiben wird zugegeben, daß der „Helios“ durch seine Tochtergesellschaften aufs äußerste belastet ist, im zweiten ist wieder alles in better Ordnung — und alles an ein und demselben Tage. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit eingehender zurückzukommen, besonders was die Empfehlung zum Anlauf von „Helios“-Aktien und -Obligationen seitens hiesiger Bankiers angeht. Wir sind mit dem Briefschreiber vollständig übereinstimmend der Ansicht, daß Justizhausstrafe für Leute am Platze ist, die aus Verlust Gewinn zu machen verstehen, d. h. „falschen“, aber auch diejenigen bedauern nicht leer auszugehen, denen die Fälschungen bekannt sind und die dennoch nichts thun, um das Publikum, das ihnen und ihren Worten blindes Vertrauen entgegenbringt, vor Schaden zu bewahren.“

Die Angaben sind nicht genau, da sie anscheinend von jemand verfaßt sind, der mit den früheren Transaktionen des „Helios“ nicht genau bekannt ist. Unter der „Aktiengesellschaft für elektrische Unternehmungen“ ist jedenfalls die „Bank für elektrische Industrie“ in Berlin zu verstehen, die 1897 mit einem Kapital von 4 Millionen Mark gegründet wurde, zur finanziellen Durchführung der Electricitäts-Gesellschaft Felix Singer u. Co., hier, von deren 1000 Stück Aktien sie 998 übernahm. Diese „Bank für elektrische Industrie“ ging 1899 in den Besitz der Helios-Gesellschaft über. Der „Helios“ gab zu diesem Zwecke für 6 Millionen Mark neue Aktien aus, die von der Berliner Bank übernommen wurden, die dafür die gesamten Vermögensbestände und Schulden der „Bank für elektrische Industrie“ dem „Helios“ überließ. Zum Verständnis obiger Briefe sei erwähnt, daß 1899 keine Dividende verteilt, sondern

Der Reingewinn mit 645 895 M. einem „Reservekonto für schwelende Geschäfte“ überwiesen wurde und dieser Form an den „Helios“ fiel. Unter der erwähnten Kölner Bank ist jedenfalls die Firma H. A. Eibacher u. Co. zu verstehen. Herr E. Eibacher ist zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Helios-Gesellschaft.

Sonderbar ist, daß die Berliner Bank sich nicht zu den Entfaltungen äußert.

Der Jahresbericht der Kölner Handelskammer konstatiert nach einem Auszug der „Köln. Ztg.“ auch für den dortigen Bezirk eine Besserung der industriellen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre. Besonders war die Eisenindustrie gut beschäftigt, und zwar hat nicht nur für die Hoheisen-Produktion, sondern auch für die eisenverarbeitenden Industriezweige sich die Marktlage im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Dies gilt insbesondere von dem Absatz der Walzwerke, Eisengießereien, der Fabriken für Rosteneisen, gelochte Bleche, wenn auch die Preise noch nicht befriedigend konnten. Dagegen lagen die Eisenbahnwagen- sowie die Draht- und Drahtwarenfabriken über Fortdauer der bisherigen ungünstigen Lage. Der Gasmotorenbau war gut beschäftigt, während die Lage der Dampfmaschinen, teilweise infolge des Wettbewerbes der Gasmotoren, gedrückt blieb. Die Maschinenfabriken, namentlich auch die Werkzeug-, Bergbau- und Brauereimaschinen-Fabriken, waren nicht in der Lage, ihren Absatz wesentlich zu heben, was unter anderem auf das unbefriedigende Aufnahmefähigkeit bei geringem inländischen Bedarf zurückgeführt werden muß. Der Absatz in landwirtschaftlichen Maschinen war dagegen besser, obgleich die Preise noch ungenügend waren. Auch in der Seiden- sowie in der Textilfabrikation blieb nach wie vor trotz befriedigenden Absatzes die Preislage ungünstig.

Der Zunahme der industriellen Tätigkeit entsprechend hat auch der Arbeitsmarkt sich im Kölner Bezirk während des letzten Jahres etwas günstiger gestaltet, wenn auch die Lage der Arbeiter gegenüber derjenigen in den Zeiten des Aufstieges immer noch eine gedrückte geblieben ist. Bei der Allgemeinen Arbeitsnachweis-Anstalt in Köln wurden im Jahre 1903 32 412 offene Stellen angefordert, 6524 mehr als im Vorjahre, dagegen wurden 51 760 Arbeitsuchende eingeschrieben, 8167 mehr als im Vorjahre. Gegen das Jahr 1902 wurden 6590 Stellen mehr vermittelt, nämlich 28 817 gegen 22 227.

Der Streit im Stahlwerks-Verein. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Zuschrift des Direktors Lob, in welcher dieser die in rheinisch-westfälischen Kreisen aufgetretene Besinnung denotiert, wonach sein Nichtbeitritt in den Vorstand auf seine Haltung in der Frage zurückzuführen sei, daß der Stahlverband nur mit einigen Banken in Geschäftsbeziehungen stehen solle, nicht zu allen Banken, die den einzelnen Werken näher gestanden haben. Diese Bankfrage sei, so schreibt Direktor Lob, erst verhandelt worden, als er den ihm angebotenen Posten bereits ausgeschlagen hatte und in den Vorstand des Verbandes eingetreten war. Wir haben schon kürzlich hervorgehoben, daß nach uns zugegangenen Mitteilungen die Ursache des Zwistes in einem Rivalitätsstreit zwischen verschiedenen Personen des Vorstandes besteht.

Auf dem amerikanischen Eisenmarkt hat sich seit Beginn des März der Absatz weiter günstiger gestaltet, doch läßt sich nach den Meldungen nicht entscheiden, ob es sich nur um ein vorübergehendes Nachlassen des Druckes infolge des Einnehmens des Frühjahrsgeschäftes oder um das Weichen der Ärtse handelt. Nach einem Situationsbericht der „Köln. Ztg.“ sind die aufgelaufenen Vorräte in Hoheisen durch die scharfe Einschränkung im Dezember und Januar aufgezogen; die Februar-Erzeugung ist damit wieder an 1 250 000 Tonnen herangekommen, gegen knapp 900 000 Tonnen im Dezember; davon haben die Hütten mit eignen Stahlwerken fast 755 000 Tonnen erzeugt. Die Vorräte sind trotzdem im Februar um fast 50 000 Tonnen zurückgegangen. Die wöchentliche Erzeugungsfähigkeit am 1. März war etwas über 318 000 Tonnen, gegen fast 400 000 Tonnen am 1. Juni v. J. Trotz dieser Vermehrung der eignen Erzeugung hat die Stahlvereinigung von den Westwerkern gegen 100 000 Tonnen Hoheisen angekauft und damit überhaupt das Zeichen zu starken Abschlüssen gegeben. Die Ausführfähigkeit hat auch schon wieder lebhafter eingesetzt.

Gewerkchaftliches.

Centrum und Terrorismus.

Wir brachten vor einigen Tagen eine Mitteilung aus Magdeburg des Inhalts, daß zwei Arbeiter dort zu einem Monat und drei Wochen Gefängnis verurteilt wurden, weil das Gericht in dem Verlangen an einen Kollegen, er möge die Verbandsmarke kleben, „sonst melden wir das dem Vertrauensmann“, eine Drohung im Sinne des § 153 erblickte.

Die „Germania“ teilt das ihren Lesern mit unter der etwas deplacierten Epithete „Socialdemokratischer Terrorismus“, denn in dem Bericht ist nirgends davon die Rede, daß es sich bei den Verurteilten um Socialdemokraten handelt, und richtet dann folgende Fragen an uns:

„Ist das Koalitionsfreiheit, wenn die „Genossen“ in dieser Weise in Magdeburg wie in zahllosen andern Fällen gegen nichtsocialdemokratische Mitarbeiter vorgehen, oder ist das nicht vielmehr Koalitionszwang? Und ist der Koalitionszwang nicht ebenso moralisch verwerflich, wie er gesetzlich verboten ist? Wie ist dieser Koalitionszwang mit der Freiheit vereinbar, welche die Socialdemokratie angeblich erstrebt? Was ist seitens der socialdemokratischen Parteileitung geschehen, um dieser in der Socialdemokratie allgemein üblichen Praxis des Koalitionszwanges und eines Terrorismus, der selbst vor Gewaltthätigkeiten gegen nichtorganisierte und andersorganisierte Arbeiter nicht zurückerschreckt, entgegenzuwirken? Glauben die Socialdemokraten etwa damit für die Erweiterung der Koalitionsfreiheit Propaganda machen zu können, daß sie an deren Stelle den Koalitionszwang zur Maxime machen?“

Hier die Antwort:

Der „Vorwärts“ hat stets den Terrorismus der Arbeiter untereinander getadelt und die Arbeiterkraft zur Erreichung ihrer Zwecke auf den Weg der Propaganda verwiesen. Das weiß auch die „Germania“ und ihre Fragestellung ist daher nichts weiter als ein Jesuitenkniff, der bei ihrer Lesern den Glauben erwecken soll, als wäre das Gegenteil der Fall.

Die Parteileitung besorgt die Verwaltungsgeschäfte der Partei und hat weder die Aufgabe, noch die Möglichkeit, ihr völlig unbelannte Arbeiter von Unbelonnenheiten zurückzuhalten. Soweit sie in ihren Publikationen genötigt war, Urteile wie das obige zu be sprechen, hat sie stets die Gelegenheit wahrgenommen, vor Uebergriffen zu warnen.

Nun unferreits aber ein paar Terrorismus-Fragen an die verehrliche „Germania“:

Wie stellt sich die „Germania“ zu der Aus Hungertung ehrenwerter Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten, durch die Herausgabe sogenannter „schwarzen Listen“ seitens der Unternehmer?

Wie stellt sich die Parteileitung des Centrum dazu, wenn ein Centrum abgeordneter (sein der Parteileitung fernstehender Arbeiter) die Herstellung solcher schwarzen Listen in seinem Betriebe zuläßt, durch welche zahllosen christlichen Arbeitern das Schicksal der Aus Hungertung bereitet werden soll?

Berlin und Umgegend.

Achtung, Konditionen! Die Berliner Kollegen sind in eine Bewegung zur Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber und Festlegung eines Lohntarifs in Gemeinschaft mit den Bäcker-

Arbeitern eingetreten. Wir bitten dringend, Zuzug fernzuhalten. Um Abdruck in arbeiterfreundlichen Blättern wird gebeten. Centralverband der Konditorgehilfen.

Deutsches Reich.

Die Maser in Hannover haben den Streik beschloffen. Die Meister wollen zwar im Gegenzug zu früher die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, dagegen sträuben sie sich gegen die Festsetzung eines Minimallohnes.

Der Schneiderstreik in Halle beendet.

Aus Halle erhalten wir folgende Privatdepesche: Halle, 25. März. Der Schneiderstreik ist nach fünfzägiger Unterhandlung mit dem Arbeitgeber-Verband beendet. Es sind geregelte Tarife anerkannt.

In der Thüringer Fleisch-Emballagen- und Maschinenfabrik A.-G. in Jena sind Differenzen ausgebrochen. Die Lithographen und Steindrucker, insgesamt 14 Mann, haben die Kündigung eingereicht. Die Metallarbeiter stehen noch in Verhandlungen.

Ein gar zu „Arbeitswilliger“! Ein Kronzeuge aus dem Dresdener Terroristenprozessen gegen die Maurer stand am Donnerstag vor Gericht. Dieser brave Arbeitswillige hat auf dem Bau, auf dem er sich als besonders nützlich erwies, Vielweibigkeit in großer Zahl zum Bau eines Schweinefasses gelehrt. Es stellte sich heraus, daß er bereits dreimal wegen Diebstahls verurteilt war. Der Brabe erhielt fünf Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust.

Die Schmiede der Waggonfabrik der Firma Steinfurt in Königsberg, 94 an der Zahl, haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen die Festlegung bestimmter Preise. Obwohl die Firma erklärt hat, die Forderungen wären gerecht und anzuerkennen, ist bisher das Verlangen der Schmiede abgelehnt worden. Die Einigkeit unter den Streikenden ist vorzüglich. Vor Zuzug nach Königsberg wird gewarnt. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten. Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden des Schmiedeverbandes Hr. Lange, z. B. in Königsberg, Plantage 20 III, bei Nikolais.

Der Streik der Stukkateure in Essen ist beendet. Vor dem Polizei-Inspektor Hayle haben beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einen korporativen Arbeitsvertrag abgeschlossen. Derselbe enthält die Festlegung einer 10stündigen Arbeitszeit für den Sommer, für die vier Wintermonate eine 9 resp. 8stündige Arbeitszeit. Für selbständige Stukkateure wird ein Stundenlohn von 60 Pf. und mehr gezahlt. Der Mindestlohn für ganz junge Kräfte ist auf 40 Pf. festgelegt worden. Werkstatthelfer erhalten 50 bis 52 Pf., In- und Ausputzer 50 Pf. Stundenlohn. Lieberstunden werden mit 25 Proz. und Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag vergütet. Weiter sind beiderseitig die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer als vertragsschließende Faktoren anerkannt worden. Das sind große Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Streik der Holzarbeiter der Waggonfabrik in Dessau ist nach viertägiger Dauer durch Vergleich vor dem Gewerbegericht beendet. Das handhafte Verhalten sämtlicher 35 Ausständigen bewog die Direktion, selbst das Einigungsamt anzurufen, vor dem sie dann auch die Hauptforderung der Ausständigen glatt und einige Nebenforderungen zum Teil bewilligte.

Drohender Bergarbeiter-Streik.

Köln, 25. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die die „Duisburger Zeitung“ meldet, droht die Bergarbeiter des Schachts 3 der Zeche „Deutscher Kaiser“ mit Streik, falls nicht die entlassenen socialdemokratischen Arbeiter wieder eingestellt werden. Eine von 800 Arbeitern besuchte Versammlung in dieser Angelegenheit hat bereits stattgefunden.

Gummibandweber des In- und Auslandes! In der Gummibandweberei und Hofenträgerfabrik von J. Heymann in Fürth bei Nürnberg war wegen Nahrung eines Kollegen, Verweigerung eines Arbeiterausstufes und sonstiger Mißstände ein Streik ausgebrochen, welcher nach achtstägiger Dauer abgebrochen wurde, da die „Hirsche“ mit vier Mann stehen blieben und die Herren Heymann vorsorglich weitere neun Mann vertraglich gebunden hatten. Offenbar war es auf eine Pertrümmerung der sich kräftig entwickelnden Filiale des Textilarbeiter-Verbandes abgesehen. Nach Abbruch des Kampfes hielten die Herren scharfe Ansiehe und wiesen 39 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Arbeit zurück, darunter Leute, welche sich die Firma durch Vorarbeit bis zu 200 M. nach dort gelobt hatte. Unter den aufs Pflaster Geworfenen befanden sich sechs Verbeirätete. Die Verhinderung des Zuzuges ist die einzige Möglichkeit, den Herren Heymann zu wehren. Gummibandweber! Weidest den Betrieb der Herren Heymann in Fürth. Alle Arbeiterzeitungen werden um Abdruck ersucht.

Die Tapezierer in München vor dem Einigungsamt einen Vertrag ab, der am 1. April d. J. in Kraft tritt und für drei Jahre Gültigkeit haben soll. Die Arbeitszeit ist eine 9stündige, Sonnabends eine 8stündige. Der Minimallohn beträgt 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 40 Pf. Auf die dergewöhnlich gezahlten Löhne erfolgt ein Aufschlag von 5 Proz.

Ausland.

Internationale Streikstatistik.

Wenn im Februar die internationale Streikbewegung im Vergleich zum Vorjahre viel stärker war, so ist das nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ vor allem auf die überaus zahlreichen Ausstände zurückzuführen, die in allen Weingegenden Frankreichs von den Wintern unternommen wurden. Nicht weniger als 48 solche Streiks, an denen sich mehr als 8000 Personen beteiligten, fanden im Februar statt. Durch die Bewegung der Winger hat die Zahl der Streiks in Frankreich eine ausnahmsweise Höhe erreicht. Im ganzen wurden während des Februar in Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen 147 Streikfälle gezählt gegen 88 im Vorjahre. Die Zahl der Streikenden betrug, soweit diese Zahlen schon festgestellt sind, in Frankreich 14 255 gegen 3489 im Februar vorigen Jahres, und in England 3497 gegen 3658. In England ist die Zahl der Streikenden gegenüber dem Vorjahre noch zurückgegangen. Es begannen nur zwei größere Streiks, die indessen von ziemlich kurzer Dauer waren. In Holland und Belgien sind die Diamantarbeiter teils ausständig, teils ausgesperrt worden. Die Ausstandsbewegung der Hafenarbeiter und Seelente in Spanien ging im Februar zu Ende, neue Streiks von Bedeutung kamen nicht vor, so daß der Arbeitsmarkt in Spanien gegen Ende Februar von Streiks ziemlich verschont war. Ein ziemlich großer Tabakarbeiter-Streik, der schon Ende Januar begann, wurde aus Russland gemeldet. In einer Tabakfabrik in Grodno legten 2200 Arbeiter die Arbeit nieder. Die Arbeiter sind sämtlich Juden, die durch die Drohung der Fabrikleitung, den Betrieb ganz oder mindestens für drei Monate zu schließen, großem Gneud ausgefetzt wurden, da es in Grodno keine andere Fabrik gibt und die jüdischen Arbeiter infolge der bestehenden Anfechtungsvorschriften nur sehr schwer in eine andere Stadt ziehen können. Ueberdies sind in dem Judenrajon, wo mehr als fünf Millionen Juden zusammenwohnen, alle Orte überfüllt und ist die Arbeitslosigkeit unter den jüdischen Arbeitern erheblich. Sehr lebhaft war die Streikbewegung in den südamerikanischen Staaten. Der argentinische Eisenarbeiter-Streik, der lähmend auf Handel und Wandel wirkte, löste den Streik der Hafenarbeiter in Buenos Aires ab. Auch die Maschinisten drohten, sich dem Ausstande anzuschließen. Zur selben Zeit brach in Chile ein Grubenarbeiter-Streik aus, an dem sich 5000 Grubenarbeiter beteiligten. Die Streikbewegung in den Vereinigten Staaten war ziemlich ruhig; doch befürchtete

man einen Streik der Weichhohlenarbeiter, da auf einer Konferenz der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter die bestehenden Differenzen nicht ausgeglichen wurden.

Lohnbewegungen in Ungarn. In Ungarn, namentlich in Budapest, finden angeblich umfangreiche Lohnbewegungen statt. Die bedeutendste derselben ist wohl die der Maschinisten in Budapest, die ursprünglich 7000 Personen umfaßte, von denen eine Anzahl jedoch nach Bewilligung ihrer Forderungen zur Arbeit zurückkehrte. Die Schlosser, von denen 800 ausgesperrt waren, stehen gegenwärtig in Unterhandlungen. Seit 14 Tagen streiken auch 400 Maler und Anstreicher, nachdem ebenso vielen von ihnen ihre Forderungen bewilligt worden sind. Seit ebenfalls 14 Tagen streiken die Pfasterer. Die Tischler führen seit zwei Monaten eine Reihe von Werkstättenstreiks. Die Kleiderer führen einen zähen Kampf gegen die Stellenvermittler. Ausgesperrt bezw. im Streik befindlich sind außerdem 1000 Schuhmacher und ein Teil der Klempner und Installateure. Weiter streiken in der Provinz: die Buchdrucker in Szeged, Szegedin, Ungvar und Stahlfabrikanten; die Maurer und Zimmerer in Groß-Komjss, Gytvan, Csaba, Groß-Beckerey und Ada; Maurerstreiks stehen bevor in Droschaza, Pongyibá, Mako, Miskolcz, Kaposvár und Szenies, während in Zombor ein Maurerstreik soeben mit dem Siege der Arbeiter endete; im Streik stehen ferner die Tischler in Raab, Eßeg, Miskolcz und Szegedin (in Kocsmet und Zombor stehen Tischlerstreiks bevor), die Fassbinder in Promontor und Pfünstchen, die Schneider in Pápa, Beledcsaba, Debreczin und Szabadta, die Tabakfabrik-Arbeiter in Ermitahalyva. Der Streik der Eisenbahnwerkstätten-Arbeiter der Kaschau-Oberberger Eisenbahn in Rutka hat mit einem Siege der Arbeiter geendet.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Jetzt sollen, wie von Arbeitgeberseite erklärt wird, in Antwerpen schon 770 Arbeitswillige thätig sein. Der Vorsitzende der Antwerpener Union des fabrikants diamantaires bezeichnet in einem Telegramm an die Arbeitervereinigungen in Amsterdam jede andre Zahl für erlogen. Dagegen halten die Leiter der Arbeiterorganisation ihre spezialisierten Angaben, wonach eine viel geringere Zahl und zum größten Teil Eigenvermacher an die Arbeit gegangen sind, durchaus a-s-treht. Wie aus Antwerpen gemeldet wird, sind die Arbeitgeber ängstlich bemüht, jede Kontrolle ihrer Angaben zu verhindern. Sie lassen Streikende, die an den Fabriken eine Fählung der Arbeitswilligen vornehmen wollen, durch die Polizei, die auch dort den Unternehmern Handlangerdienste leistet, vertreiben. Sogar dem Vertreter des liberalen Blattes „Nieuwe Gazete“, der sich durch Fählung der Arbeitswilligen in den Fabriken von der Richtigkeit der Angaben der Unternehmer überzeugen wollte, wurde der Zutritt nur in zwei Fabriken gestattet; bei allen übrigen Fabriken mußte er sich mit den Mitteilungen der Fabrikleitung begnügen. Ueber die Qualifikation der Streikbrecher wird mitgeteilt, daß es sich meist um Leute handelt, die unter gewöhnlichen Umständen nirgends Arbeit finden können, um Invaliden und Minderbefähigte, zum großen Teil Rotheisenarbeiter. Eine Versammlung der Streikenden fand am Mittwochnachmittag in Antwerpen statt. Sie war, wie Kom e o erklärte, hauptsächlich dazu bestimmt, die Lügen der Arbeitgeber über die Zahl der Arbeitswilligen zu widerlegen. Er leitete in seinem Bericht die bereits gestern im „Vorwärts“ wiedergegebenen Zahlen mit. — Gerüchweise verkauft, daß in Antwerpen binnen kurzen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien angeknüpft werden.

Ein Telegramm aus Amsterdam meldet:

Der erneute Vorschlag des Ministerpräsidenten Ruyp, als Vermittler in Diamantarbeiter-Ausstände thätig zu sein, ist von den Arbeitergewerkschaften angenommen, jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wahl in Schopau-Marienber.

hat mit dem Siege des Antisemiten geendet. — Ein Privat-Telegramm aus Schopau meldet uns: Der Socialdemokrat Pinka u ist mit 11 109 Stimmen gegen den Antisemiten, der 11 956 Stimmen erhielt, unterlegen. Dieser Ausfall lehrt von neuem, daß unsere Genossen stets in der Hauptwahl ihre ganze Kraft einzusetzen haben, wollen sie nicht den Sieg in die Hand spielen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 25. März. (B. L. Z.) Der Minister des Aeußeren Delcassé reicht eine Kreditvorlage für die Reise des Präsidenten Loubet nach Italien ein. Der socialistische Abgeordnete de Pressensé erklärt, daß die Budgetkommission dieser Kundgebung zustimmt, die dazu beitragen wird, die Freundschaft Frankreichs und Italiens zu befestigen. (Anhaltender Beifall.) Dagegen erhebt der Nationalist Domi de Castellane Einspruch wider den Besuch des Präsidenten im Quirinal, durch den die Dynastie verherlicht erscheint, welche das Papsttum aus seinem Besitze vertrieben hat. (Heftiger Widerspruch auf der Bank.) Der Präsident Brisson knüpft an diese Worte an und äußert, man dürfe es nicht geschehen lassen, daß von dieser Stelle aus eine Beleidigung gegen ein befreundetes Volk geschleudert werde. Raffes (Antisemit) erklärt, er und seine Freunde werden für die Kredite stimmen. Sembat (Soc.) begrüßt freudig die Annäherung zwischen dem republikanischen Frankreich und dem italienischen Volke. Cochin (Konf.) erklärt, es würde eine schlechte Politik sein, den Präsidenten verhindern zu wollen, daß er den Papst besuche. Doumer erwidert, in der Budgetkommission seien von niemand irgend welche Bedingungen an die Bewilligung der Kredite geknüpft worden. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgeordneten de Pressensé und Willavoje werden die Kredite mit 502 gegen 12 Stimmen genehmigt.

Paris, 25. März. (B. L. Z.) Heute vormittag wurde hier der Klemmergeselle Philipp verhaftet, der der Mitschuld an den Lütticher Attentaten verdächtig ist.

Marseille, 25. März. (B. L. Z.) Heute nachmittag kam es auf den Quais zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und einer Anzahl Arbeiter, welche bis auf zwei der Gesellschaft Agel Duce gehörigen Dampfern arbeitenden Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit veranlassen wollten. Es wurden mehrere Schüsse abgegeben, durch die einzelne Polizisten und etwa zwanzig Arbeiter verletzt wurden.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 25. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Abgeordnetenhause wurde heute eine Dankesandgebund für General Togo und seine Offiziere angenommen. Vor der Abstimmung hielt der Marineminister eine Rede, in welcher er ausführte, die Mitglieder des Hauses müßten nicht allzu sanguinische Hoffnungen auf eine schnelle Beendigung des Krieges setzen, aber sie müßten versichert sein, daß es den vereinigten Bemühungen der Soldaten und Zivilisten, hoch und niedrig, sicherlich gelingen werde, den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Sofal, 25. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Russische Abteilungen von 200 und 500 Mann sollen Indju (?) und Chokolow (?) in der Nähe von Tomenko geplündert haben. Die Landleute flüchten nach dem Süden.

Kopenhagen, 25. März. (B. L. Z.) Der Folkething lehnte bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Einführung der Prügelstrafe für gewaltthätige Verbrecher mit 54 gegen 50 Stimmen einen Änderungsantrag ab, nach welchem die Prügelstrafe durch Strazarbeiten ersetzt werden soll. Der Gesetzentwurf wurde darauf mit 57 gegen 33 Stimmen angenommen.

Kardinal Kopp-Prozess.

Beuthen, den 24. März. (Fig. Ver.)

Vor Eintritt in die Verhandlung erklärt der Verteidiger Dr. Sedha: Dem Angeklagten und mir ist gestern vom Vorsitzenden mit Rücksicht auf die befürchtete Verletzung des religiösen Empfindens der Zeugen nahegelegt, auf jenen Teil der Aussagen zu verzichten, die sich mit Vorgängen im Beichtstuhl befassen. Wir haben das aus gestern dargelegten Gründen leider ablehnen müssen. Ich will heute noch hinzufügen, daß wir auch deshalb ablehnten, weil der Herr Kardinal Kopp nach seiner kommissarischen Vernehmung privatim zum Vorsitzenden sagte, er wünsche selbst, durch den Prozess zu erfahren, was denn von diesen Dingen wirklich wahr sei.

Der Sachverständige Prälat Buchmann erklärt sein gestriges Gutachten dahin, daß nach kirchlichem Recht für die Beichtkinder eine Pflicht zum Verschweigen dessen, was im Beichtstuhl vorgegangen, nicht besteht, daß aber immerhin moralische Gründe dafür geltend gemacht werden könnten. Es seien auch Fälle möglich, in welchen solche Mitteilungen ohne Verletzung moralischer Gefühle erfolgen könnten.

Zeuge Häusler Emiel: Ich bin Katholik und gehe mit den Polen, weil ich nur polnisch verstehe. An Agitation habe ich mich nie beteiligt. Eines Tages verteilte unser Pfarrer Witschel Wahlflugblätter für das Centrum, ich nahm jedoch keine, weil ich schon eins bekommen hatte. Bei einer Festandacht in der Kirche sagte der Pfarrer, Zeuge und noch ein anderer Ortsangehöriger seien schlechte Leute, auf die man nicht hören dürfe.

Arbeiter Langer in Audjentyk: Der Pfarrer Kosfielak in Kobno verbot von der Kanzel herab das Lesen des „Gornoslag“, weil es keine reine Zeitung sei. Bei der Zeitung noch halte, sei kein Parochiane mehr. Zum Zeugen sagte der Pfarrer: „Du bist ein Socialdemokrat! Komm mir nicht zur Beichte!“ Zeuge erklärt, nicht Socialdemokrat, sondern katholischer Pole zu sein.

Bergmann Wiczek in Boguskißy sollte in der Beichte versprechen, daß er den „Gornoslag“ nicht mehr lese, und da er sich dessen weigerte, mußte er ohne Absolution davongehen. Pfarrer Slowronnel redete die Leute in der Kirche an: „Da steht man ja lauter Korstanty!“ und den anwesenden Frauen sagte er: „Ihr Evas seid auch solche!“ In der Kirche hat das Auftreten der beiden Geistlichen viel Erregung verursacht. Selbst in der Kirche gaben die Leute ihrem Mißmut durch Husten und Scharren mit den Füßen Ausdruck.

Versicherungsinспекtor Lewassinski aus Opatow: In der Beichte wurde mir und anderen Lesern der Gazeta Opatowska gesagt, wir sollten nur machen, daß wir hinauskommen. Erst nachdem wir versprochen, das Blatt nicht mehr zu halten, erhielten wir Absolution. — Vorf.: Haben Sie dem Ihr Wort gehalten? — Zeuge: Noch nicht. (Heiterkeit.) Ja ich muß das Blatt aus geschäftlichen Rücksichten halten. — Vorf.: Sind Sie von Gewissung? — Zeuge: Nein, ich gehöre allen Parteien an. (Große Heiterkeit.) Ich bin heute Pole und morgen Jude, aus geschäftlichen Gründen. (Große Heiterkeit.) — Vorf.: Aber gemahnt haben Sie doch den polnischen Kandidaten? — Zeuge: Nein, ich habe den Centrums-kandidaten gewählt.

Auch andre Zeugen, Handwerkermeister und Hausbesitzer in Opatow, bekundeten daselbst wie Zeuge Lewassinski, auch sie haben aber ihr Versprechen, das radikal-polnische Blatt nicht mehr zu lesen, nicht gehalten, was der Vorsitzende als sehr unehrlich rügt.

Hausbesitzer Lukas in Opatow sagt, es verhehe sein religiöses Empfinden, daß die Geistlichen im Beichtstuhl Politik behandeln, es sei ihm als Katholik aber auch unangenehm, hier über Dinge aus der Beichte auszusagen. — Der Verteidiger verzichtet darauf auf die Vernehmung des Zeugen.

Hausbesitzer Reine: Ich mußte auch das Versprechen in der Beichte geben, das polnische Blatt nicht mehr zu halten. — Vorsitzender: Halten Sie denn nun das Blatt nicht mehr? — Zeuge: Nein, meine Frau hält es. (Große Heiterkeit.)

Andre Zeugen bekundeten, daß sie keine Absolution erhielten, weil sie sich weigerten, das Abonnement aufzugeben.

Arbeiter Kureylik: Ich sagte in der Beichte, ich lese den „Gornoslag“ nicht, obwohl ich ihn doch lese. — Vorf.: Warum haben Sie in der Beichte gelogen? — Zeuge: Ich mußte in der Osterbeichte doch die Absolution haben. (Große Heiterkeit.) Zeuge sagt weiter, der Pfarrer in Schoppinich habe von der Kanzel herab erklärt, wer socialdemokratische oder polnische Zeitungen halte, sei kein Katholik mehr. Der Pfarrer schimpfte so auf Polen und Socialdemokraten, daß die Leute in der Kirche unruhig wurden, einige ärgerten sich, andre lachten. Pfarrer Abramski sagte auf der Kanzel, für die Polen sei Korstanty der Papst und die Leser des „Gornoslag“ seien alle Socialdemokraten.

Agent Kobus in Schoppinich: Kaplan Boitel sagte, als ich beichten wollte: Leute, die den „Gornoslag“ lesen, sollen nicht zur Beichte kommen. Als ich doch ging, sagte er: Schämen Sie sich und machen Sie, daß Sie hinaus kommen. Als ich ein Wort dagegen sagte, rief er: „Wenn Sie nicht gehen, dann lasse ich Sie rauswerfen!“ (Wegung.) Auf der Kanzel sagte Pfarrer Abramski zu den anwesenden Frauen: „Ihr Frauen, wenn zu Euch ein Agent des „Gornoslag“ kommt, so nehmt den Besen und haut ihm den Buckel voll!“

Der Staatsanwalt fragt den Zeugen, ob er nicht schon verbotene polnische Schriften aus Galizien eingeführt habe? Der Verteidiger fragt, was diese Frage mit dem Beweisschema zu thun habe. Der Staatsanwalt lehnt die Beantwortung der Frage ab. Der Verteidiger beantragt, die Frage nicht zuzulassen, das Gericht beschließt jedoch die Fragestellung. Der Zeuge erklärt darauf, solche Schriften nicht verbreitet zu haben.

Bergmann Mai: Als ich heiraten wollte und das kirchliche Aufgebot beim Pfarrer Zauernik anmeldete, verweigerte dieser die Trauung so lange, bis er, Zeuge, die Agentur des „Gornoslag“, die er führte, niedergelegt haben würde. Der Zeuge erfüllte die Forderung und wurde dann getraut.

Der geistliche Sachverständige Rat Buchmann erklärt auf die Frage des Verteidigers die Verweigerung der Trauung aus solchem Grunde an und für sich nicht gerechtfertigt. Er selbst würde sie nicht verweigert haben, schon deshalb, weil er geschäftlich hätte, den Betroffenen dann Veranlassung zum Konkubinat zu geben.

Der Zeuge Reichs- und Landtags-Abgeordneter Korstanty giebt eine längere Darstellung der Vorkommnisse bei der Verweigerung seiner kirchlichen Trauung. Als nach mancherlei Schwierigkeiten, die sonst nicht üblich sind, der Tag der Trauung festgesetzt war, las Zeuge in der „Grenzzeitung“, daß er nicht getraut werden sollte. Er stellte später fest, daß diese Nachricht aus dem Bureau des Polizeichefs Wladler kam. In der That wurde Zeuge zunächst eine sogenannte „stille Trauung“ zugemutet, was er zurückwies. Dann forderte man von ihm die bekannte Erklärung, daß er die Angriffe auf die Kirche bekenne und verspreche, sie nicht wieder zu erheben. Die Befehlsweisung über die tatsächlich erfolgten kirchlichen Aufgebote stellte Erzpriester Schmidt so aus, daß Zeuge sie für eine Trauung im Auslande nicht beantragen konnte. Durch hohe kirchliche Würdenträger in Galizien wurde Zeuge dann dort die kirchliche Trauung ermöglicht. Zeuge meint, man habe ihm jene entwürdigende Erklärung im letzten

Kugenblick vor der erwarteten Trauung abzupressen versucht, um ihn dann politisch loszumachen. Als das nicht gelang hoffte man, Zeuge werde sich an der standesamtlichen Trauung genügen lassen müssen, um ihn dann als im Konkubinat lebend bei den Katholiken herabzuwürdigen. Zeuge hat sich über das Verhalten der oberkirchlichen Geistlichen beim Papst beschwert, doch ist die Sache noch nicht entschieden.

Der Staatsanwalt fragt den Zeugen Korstanty, ob er nicht insofern zum Renegaten geworden sei, als er zunächst katholische Theologie studieren wollte und auf diese Voraussetzung hin vom Erzpriester Schmidt die Mittel zum Studium empfangen, dann aber diese Erwartungen nicht erfüllt habe? Trotz Widerspruch des Verteidigers läßt das Gericht die Fragen zu. Korstanty sagt, in der Jugend hatte er die Absicht, Theologe zu werden, in reiferen Jahren aber sei er davon abgekommen. Die Frage, ob er vom Erzpriester Schmidt die Mittel zum Studium erhalten habe, will Zeuge nicht beantworten, obwohl der Vorsitzende erklärt, er habe kein geistliches Recht, die Antwort zu verweigern. Zeuge sagt, die Beantwortung der Frage solle ihn nur als einen undankbaren Menschen erscheinen lassen und in der öffentlichen Meinung herabsetzen. Wenn er Wohlthaten vom Erzpriester Schmidt empfangen habe, so seien sie von diesem doch nicht gegeben, damit er, Zeuge, damit seine Ueberzeugung verkaufe. Der Vorsitzende läßt es bei dieser indirekten Beantwortung bewenden. Bezüglich der Frage, ob Korstanty bei den Reichstagswahlen mit den Socialdemokraten „partiiert“ habe, erklärt Zeuge, daß er den von der socialdemokratischen Partei für seine Unterstützung in der Stichwahl aufgestellten Forderungen zustimmen konnte, da sie nur Punkte enthielten, die auch die polnische Partei in ihrem Programm habe. Zeuge bekundete dann noch, daß seine Partei den Stand der katholischen Geistlichkeit als solchen hochschätze und nie angreife oder gar in den Kot ziehen werde.

Der Sachverständige, Geistlicher Rat Buchmann, erklärt auf Befragen der Verteidigung, daß er die Verweigerung der Trauung im Falle Korstanty für eine Unflugheit halte.

Zeuge Paszke, Auszügler in Sobrau, behauptet, sein Kaplan habe in einer Predigt die Wahl polnischer Abgeordneter in Oberschlesien scharf verurteilt und am Schluß in großer Erregung gesagt: „Ich verurteile das katholische Volk in Oberschlesien.“ Die Leute verließen darauf weinend die Kirche. Bei der Ueberlegung des polnischen Wortes für „verurteilt“ werden Zweifel geltend gemacht, ob es nicht als „beistimmen“ verstanden werden könne.

Die meisten Zeugen erklären, daß sie in der Beichte allerdings versprochen, die radikal-polnischen Blätter nicht weiter zu halten, daß sie dies Versprechen aber nicht hielten. Der Vorsitzende hält einem dieser Zeugen vor, daß er doch dem Herrn Pfarrer bezeuge. Der Zeuge erklärt: „Ich werde das mit Gott abmachen. Ich halte es auch für meine Ehre. Ich muß doch Absolution für meine Sünden erhalten.“

Zu der Nachmittagsung wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der 70jährige Invalide Polka wurde nach seiner Ausfage vom Erzpriester Kobus aus der Beichte mit heftigen Worten fortgejagt, weil er angeblich polnischer Agitator war.

Einige Zeugen bekundeten, daß mehrere Pfarrer von der Kanzel herab die polnischen und die socialdemokratischen Führer als Leute bezeichneten, die bloß Geld verdienen wollten. In der Kirche zu Kobus nannte ein Kaplan Schmitalla die polnischen Kandidaten Kolowalczyl und Korstanty „Kohlhölzer“. Vor der Stichwahl hielt der Kaplan wieder eine politische Ansprache in der Kirche und sprach dabei mit überlauter Stimme. Die Besucher wurden nach der Ausfage mehrerer Zeugen so erregt, daß lauter Lärm entstand und Zwischenrufe: „Wir wollen keine Politik in der Kirche!“ erschallen. Alles lief dann aus der Kirche heraus. Es war nach der Ausfage eines Zeugen schlimmer wie in einer Wählerversammlung.

Als der Vorsitzende einer Zeugin wider darüber Vorwürfe macht, daß sie den Pfarrer belogen habe, als sie in der Beichte versprochen, das polnische Blatt nicht mehr zu lesen, sagt die Frau kurz: Das ist doch meine Sache! — Vorsitzender (erregt): Gewiß ist das Ihre Sache. Sie haben das mit Ihrem Gewissen abzumachen, wenn Sie Ihren Beichtwahrer belügen!

Stellenbesitzer Kulisch in Borowo war mit dem Pfarrer seines Ortes wegen seiner Sympathien für die polnische Bewegung in Differenzen geraten. Als er beim Ableben seines Kindes nicht in der Lage war, die Begräbnisgebühren gleich zu bezahlen und den Pfarrer daher um Stundung bat, sagte dieser nach der beschworenen Ausfage des Zeugen:

„Du Lumpenkerl kommst ohne Geld? Soll ich Dir es borgen? Begrabe Dein Kind, wo Du willst, meinestwegen unter dem Baum!“

Vorsitzender: Aber hören Sie mal, das ist doch nicht glaublich. Würden Sie bei Ihrer Ausfage bleiben, wenn Ihr Pfarrer hier vor Ihnen stände? — Zeuge: Ja, gewiß, es ist ja die Wahrheit. Ich habe sonst nichts gegen meinen Pfarrer. Zeuge hat nach seiner Erklärung das Versprechen, das er dem Pfarrer gegeben, das national-polnische Blatt nicht mehr zu lesen, auch gehalten. Er lese jetzt gar nichts mehr.

Zeuge Rausch aus Roswardzin sagt aus, daß sein Pfarrer ihn und andre Arbeiter der dortigen Zuderschul dem Besizer derselben durch einen Brief als Leser polnischer Blätter denunzierte. In der Kirche ließ dieser Geistliche für die Centrums-wähler beten, dann aber auch für die Gegner, damit sie vom heiligen Geiste erleuchtet würden.

Andre Zeugen bekundeten, daß manche Pfarrer und Kapläne auch Frauen und jungen Mädchen die Vergebung der Sünden verweigerten, zum Teil, weil diese selbst, zum Teil auch nur, weil die Eltern junger Mädchen, ja selbst schulpflichtiger Kinder die national-polnischen Blätter lesen. Wenn kamen die nicht absolvierten Kinder nach Hause. Kindern wurde die Teilnahme am Beichtunterricht verweigert. Eine Anzahl Zeugen sind zum Beichten über die Grenze nach Oesterreich gegangen. Dort erhielten sie Absolution und die Geistlichen sagten ihnen, sie könnten ruhig den „Gornoslag“ lesen, es sei ein gut katholisches Blatt.

Bergmann Gashra aus Boguskißy: Mein 65-jähriger Schwiegervater war schwer krank und wollte beichten. Pfarrer Anietel kam mit dem Allerheiligsten in die Krankenküche, sah dort am Spiegel eine Postkarte mit Korstantys Bild und rief dieselbe heraus. Der alte Mann erzählte uns später, daß der Geistliche ihm dann einen Schwur abforderte, von der polnischen Bewegung zu lassen und nicht mehr den „Gornoslag“ zu lesen. Erst nachdem der alte Mann den Schwur geleistet, wurde er absolviert. Die Tochter des Alten bestätigte diese Darstellung in allen Punkten.

Jahrelange weitere Zeugen aus den verschiedensten Gegenden Oberschlesiens bekundeten noch, daß ihnen die Gnadenmittel der Kirche wegen ihrer Zugehörigkeit zur polnischen Partei verweigert wurden, in mehreren Fällen wurde ihnen auch gesagt, daß sie auf einem christlichen Friedhof nicht begraben werden würden, wenn sie von der Bewegung nicht lassen würden. Andre zahlreiche Zeugen bekundeten, daß viele Geistliche noch grobe Schimpfworte gegen den „Gornoslag“ und die Führer der polnischen Bewegung ausstießen, auf der Kanzel und vor dem Altar. Ueber die Kollegialität der Geistlichen giebt die Ausfage eines Zeugen Auskunft, der bekundete, daß sein Pfarrer diejenigen Geistlichen, welche auf seinen der Polen stehen, als Judas bezeichnete.

Der Staatsanwalt behielt sich vor, mehrere der hier arg kompromittierten Geistlichen noch an Gerichtsstelle zu laden, damit man nicht nur eine Seite höre. Da Freitag ein katholischer Feiertag ist, verlag das Gericht die weitere Verhandlung auf Sonnabendvormittag 10 Uhr.

Zur Erwiderung auf den Artikel „Tempo und Taktik.“

(„Vorwärts“ Nr. 298, erstes Beiblatt.)

Da ich weder Zeit noch Reizung habe, die Leser des „Vorwärts“ mit einer vom Hunderten ins Tausendste gehenden Polemik zu belästigen, beschränke ich meine Erwiderung auf den im Titel erwähnten Artikel des Genossen S. auf zwei Punkte.

Erstens. S. stellt die Sache so hin, als hätte ich der Partei eine auf die Zusammenbruchstheorie zugeschnittene Taktik, Hypercapitalismus und dergleichen vorgeworfen. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall. Ich habe von Anbeginn meiner Kontroverse an wiederholt darauf verwiesen, daß die wirkliche Taktik der Partei, im Gegensatz zu einer gewissen hypercapitalistischen Phrasologie, nicht auf das Schema der Zusammenbruchstheorie zugeschnitten ist. Speziell hatte ich da die u. a. von Parvus seiner Zeit in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ entwickelten Ideen im Auge, die in dem Satz gipfelten: „Gebt uns auf ein halbes Jahr die Regierungsgewalt — und die kapitalistische Gesellschaft gehört der Geschichte an.“ Das ward im März 1898 geschrieben, und mit Rücksicht auf diese Art Ansichten, die damals zur Beurteilung gewerkschaftlicher Tarifverträge u. führten, habe ich erklärt, daß die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen und die der Arbeiterklasse im besonderen dazu noch nicht reif seien. Wenn jetzt S. in seiner Antwort ausführt, daß wir „vielleicht schon in einem Menschenalter die Masse des Volkes auf unsere Seite gebracht haben werden“; daß man dann — also etwa um 1930 bis 1940 — eine Demokratisierung des Staatslebens „wohl oder übel dulden müssen werde“; daß die Eroberung der politischen Macht „nicht gleichbedeutend mit Errichtung des Zukunftsstaates sein, aber uns die Möglichkeit geben wird, Schrittweise, organisch unsere socialistischen Ideale in die Wirklichkeit zu übertragen“ — so gebe ich ihm ohne weiteres zu, daß das wirklich kein Hypercapitalismus ist. Ich fürchte vielmehr, daß es dem Genossen S. in den Genus des — Hyperrevisionismus bringen wird. Ob Genosse v. Ein jemals die politische Bewegung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung als sekundär hingestellt hat, weiß ich nicht, möchte es aber bezweifeln. Daß ich selbst von solcher Auffassung weit entfernt bin, zeigt das Kapitel „Demokratie und Socialismus“ in meiner Schrift „Die Voraussetzungen des Socialismus“ und habe ich in unzähligen Vorträgen in Gewerkschafts- und politischen Versammlungen aus-einandergelegt. Der erste Vortrag, den ich nach meiner Rückkehr für eine Gewerkschaftsversammlung übernahm, trug den Titel: „Das Reich der Gewerkschaften und seine Grenzen“. Ueberhaupt darf ich mich auf meine Vorträge als greifbarste Widerlegung der S.'schen Unterstellungen berufen.

Soviel über diesen Punkt und nun zum zweiten. Es handelt sich um meine Stellung zur Kolonialfrage.

Zuerst führt da S. aus, daß, weil ich geschrieben habe, im kolonialen Erwerb liege nichts von vornherein Verwerfliches, ich logischerweise die Weltpolitik, den Militarismus, den Willkürismus und der Himmel weiß was noch unterstützen muß. Ich weiß nicht, ob Genosse S. Kaffee trinkt, Sigarren raucht und Baumwollens-Bäsche trägt. Thut er es, so mache ich mich anbeifig, ihm mit mindestens der gleichen Logik nachzuweisen, daß er Palmen in Horigkeit hält, auf Kuba u. Plantagenwirtschaft treibt und in den Vereinigten Staaten Negern lüchelt. Es ist ein starkes Stück, in dieser Weise Folgerungen abzuleiten.

Aber, sagt S., den englischen Genossen empfiehlt ja auch Genosse Bernstein die Kolonialpolitik; wenn er für Deutschland noch nicht dasselbe gethan hat, so liegt das entweder an einem Mangel an Dissenheit oder an Konsequenz des politischen Denkens.

Junächst quittiere ich dankend das hierin liegende Kompliment der Freigkeit und Konfusion. Ich kenne die Weise, ich kenne den Text u. c.

Also ich habe den englischen Arbeitern auch „die Kolonialpolitik“ empfohlen. Kolonialpolitik ist ein vieldeutiges Wort. Welche Kolonialpolitik habe ich den englischen Genossen „empfohlen“? Es laun sich hier offenbar nur um Kolonialerwerb u. c. politisch, Ein-treten für Vernehmung von Kolonialbesitz handeln.

Hören wir also meinen Artikel aus dem Jahre 1900, auf den zu verweisen Genosse S. so liebenswürdig ist. Ich unterschreibe ihn auch heute noch von Anfang bis zu Ende.

„Es liegen aber eine ganze Reihe Anzeichen dafür vor, daß auch England am eignen Leibe zu spüren haben wird und teilweise auch schon spürt, daß man nicht ungestraft über eine gewisse Grenze hinaus Kolonien besetzen kann.“

„Schließlich ist aber die Anschauung (durch die Kolonien) so stark geworden, daß seine (Englands) internationale Führerschaft in der industriellen Entwicklung darüber in die Brüche zu gehen droht, ja zum Teil schon in die Brüche gegangen ist.“

„In dem Maße, als es in der technischen Leistungsfähigkeit hinter anderen Ländern zurücktritt, wird die Aufgabe, seinen Kolonialbesitz zu halten, immer schwerer, beginnt derselbe, ernsthaft als eine drückende Last empfunden zu werden und auf die Entwicklung des Heimatlandes hemmend einzuwirken.“

„England ist politisch und social zu vorgefahren, als daß sich die Rückwirkung des Drucks seiner Kolonialaufgaben in Form direkter Reaktion äußern könnte. Selbst in diesen Tagen imperialistischer Hoffart hat die Demokratisierung seiner Institutionen weitere Fortschritte zu verzeichnen. Aber wer genauer zusieht, wird bald entdecken, daß das Tempo seiner Reformbewegung sich mindestens relativ — im Verhältnis zu der anderer Länder — verlangsamt und solches Verlangamen ist in seiner Wirkung ebenfalls Reaktion.“

„Kurz man kann heute auch von Englands Kolonialbesitz sagen: weniger wäre mehr.“ (Socialistische Monatshefte, Mai 1900, S. 557/558.) Das war im April 1900 geschrieben, mehrere Monate vor der offiziellen Ausrückung des Transvaal. Es würde eine eigentümliche Logik dazu gehören, aus diesen Sätzen und dem sonstigen Inhalt des Artikels eine „Empfehlung“ des Erwerbes neuer Kolonien herauszulesen. Tatsächlich ist es eine Warnung vor Vermehrung des Kolonialbesitzes. Und in gleichem Sinne, d. h. daß England für seine industrielle Spannkraft kolonial überbürdet ist, habe ich mich damals und seitdem wiederholt ausgesprochen. Erst vor kurzem wieder habe ich, als mich die Redaktion der „Contemporary Review“ um einen Artikel über die Gründe des Wachstums des deutschen Exportes ersuchte, diesen Artikel, der im Dezemberheft der genannten Zeitschrift abgedruckt ist, ausführt, daß auch in der Zukunft der deutsche Export wachsen wird, in durchsichtiger Kaputtenwendung mit den Worten geschlossen: „Diese Entwicklung haben nach Ansicht des Schreibers nur diejenigen Nationen zu fürchten, welche ihr Unterrichtsweisen vernachlässigen, mehr geistige Kräfte, als sie erzüngen können, für über-seitige Unternehmungen aufbrauchen und durch ihre Handels- und Gewerbspolitik oder andre Experimente das Leben und die Arbeit dahem künstlich verteuern.“ (Contemporary Review, Dezember 1903, S. 787.) Sehr ermunternd für kolonialistische Engländer, nicht wahr?

*) Leider hat sich infolge des Stoffandranges namentlich während der Tagung der Parlamente der Abdruck dieser Entgegnung bis heute verzögert. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Diskussion um Fragen, die heute noch ebenso der Erörterung wert sind, wie vor Monaten. Der Zufall hat es sogar gewollt, daß sowohl das von Bernstein erörterte Kolonialproblem als auch die vom Genossen Kolb in einer andren Entgegnung, die wir nächster Tage bringen werden, erörterten anderweitigen taktischen Fragen durch die bekannten in letzter Zeit geführten Diskussionen sozusagen wieder „aktuell“ geworden sind. Die Red.

Ebenso wie mit der Behauptung, ich „empfehle“ den englischen Genossen die Kolonialpolitik, steht es mit der Unterstellung, ich ließe es in Deutschland an Offenheit über meine Ansichten betreffs der Kolonialfrage fehlen. Sie ist absolut aus der Luft gegriffen. Die Artikel, in denen ich meinen prinzipiellen Standpunkt zur Kolonialfrage entwickle, sind sämtlich in deutscher Sprache geschrieben und in deutschen sozialdemokratischen Büchern und Zeitungen mit mir veröffentlicht worden, und wenn Genosse S. Lust hat, erteile ich ihm gern die Erlaubnis, alles das in einer Broschüre zusammenzustellen dem öffentlichen Urteil zu unterbreiten. Verlangt er mehr?

Der die betreffenden Artikel nachliest, wird in ihnen einen ganz bestimmten, theoretisch durchdachten Standpunkt ausgedrückt finden. Und man wird mich jederzeit bereit finden, ihn in sachlicher Diskussion zu verteidigen. Ob er mich aber nötig, einer Regierung Mittel für Kolonialzwecke zu bewilligen, das hängt von einer ganzen Reihe von Umständen ab; genau so wie die Bewilligung jeden andern Postens im Etat nicht lediglich von dem allgemeinen theoretischen Urteil über die Aufgaben des betreffenden Verwaltungszweiges, sondern stets auch von der politischen Stellung zu der betreffenden Regierung und dem Urteil über ihre Verwaltungspraxis und den Wert der einzelnen Regierungsvorschläge bestimmt wird. Daß man das noch ausdrücklich feststellen muß, ist für die bei uns eingeriffene polemische Methode charakteristisch genug. Schon in Dresden habe ich eine ähnliche Ungerechtheit zurückweisen müssen. Das Genosse S. als „Mangel an Konsequenz des politischen Denkens“ hinzustellen so liebenswürdig ist, ist die bisherige Praxis unserer Partei in der Frage der Budgetbewilligungen. Nach der Folgerungsweise, die er mir in Bezug auf die Kolonialfrage aufzudiktieren will, dürfte die Partei fortan kein Budget mehr verwerfen, ohne sich des „ Mangels an Offenheit oder an Konsequenz des politischen Denkens“ schuldig zu machen.

Damit sei es für diesmal genug. Ich bin jederzeit bereit, auf bestimmte gestellte Fragen Antwort zu geben, möchte aber nicht meinerseits dazu beitragen, daß sich die Debatte in endlose Allgemeinheiten verzettelt.

Berlin, den 25. Dezember 1903.

Ed. Bernstein.

Partei-Nachrichten.

Landgemeinde-Wahlen in Hessen-Nassau.

Man schreibt uns:

In diesem Monat haben in einer Reihe von Orten in Hessen-Nassau die Ergänzungswahlen in den Gemeindevertretungen stattgefunden. Dabei ist die erfreuliche Erscheinung zu Tage getreten, daß die Arbeiter in den Landorten viel mehr wie früher den Gemeinde-Angelegenheiten Interesse entgegenbringen und sich infolgedessen an den Wahlen beteiligen. Zugleich sind diese Wahlen ein Beweis dafür, wie die Sozialdemokratie auch auf dem Lande Fortschritte macht und trotz aller Schwierigkeiten des Wahlgesetzes in die dörflichen Gemeindeverwaltungen eindringt. Zum Teil erklärt sich das wohl aus den veränderten wirtschaftspolitischen Verhältnissen im Reich, die eben ihren Einfluß auch auf die Landgemeinden ausüben. Gemeinden, die vor 10 und 20 Jahren noch einen bäuerlichen Charakter hatten, sind heute infolge der Entwicklung der Industrie proletarisiert. Das gilt namentlich von einer ganzen Reihe von Gemeinden am Main entlang und in der Nähe von Frankfurt. Der industrielle Einfluß Frankfurts erstreckt sich bis in die entlegenen Orte des Taunus, Spessart und Odenwald und der Lahngegend. Viele der Arbeiter in den betreffenden Landorten sind durch die Verührung mit der Großstadt, durch ihren Verkehr in den Gewerkschaften zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen und diese Erkenntnis drückt sich eben auch in der regeren Beteiligung an den Gemeindevahlen aus. Als die Landbürgermeister und die besitzende Klasse in diesem Jahre das merkten, ließen sie freilich alle Mienen springen, um den Arbeitern die Beteiligung an den Wahlen so viel wie möglich zu erschweren. Dazu bietet ja die neue Landgemeinde-Ordnung reichliche Handhaben. In erster Linie wurde die Einschätzung der Wählerlisten erschwert, dann wurde die Wahlzeit für die dritte Klasse auf einen möglichst ungünstigen Termin anberaumt, um den Arbeitern die Ausübung des Wahlrechtes zu vereiteln. Dieser Trick wurde namentlich von einer Reihe von Bürgermeistern im hinteren Taunus angewandt, die die Wahl auf die Zeit von 10 bis 12, 12 bis 2 u. festsetzten, so daß die Arbeiter dieser Orte, die zum Teil in Frankfurt arbeiten, eines ganzen Tagesverdienstes verlustig gingen, wenn sie ihr Wahlrecht ausübten. Viele haben dieses Opfer gebracht. Beschwerden gegen solche Willkürlichkeiten waren fruchtlos. Sohin wurde den Arbeitern erwidert, zu Reichstags-Wahlzeiten läme es ihnen ja auch nicht auf einen Tag an. Nur ein Bürgermeister ist uns bekannt, der einsichtig genug war, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen und die Wahl auf einen Sonntag anzuberaumen, das war der Bürgermeister von Rodenhäusen im Taunus. Trotz alledem haben wir in einer Anzahl von Gemeinden gute Erfolge zu verzeichnen. Soweit sich die Wahlen bis jetzt übersehen lassen und uns Meldungen von dem Resultat zugegangen sind, sind etwa 80 sozialdemokratische Gemeindevertreter gewählt worden. Sie verteilen sich auf die Orte Braunheim, Griesheim a. M. und Nied bei Frankfurt. In letzteren zwei Orten sind je drei Vertreter unserer Partei gewählt worden. Gut gewählt haben auch einige Orte des hinteren Taunus, wie Niebelschöndorf, Oberhöchstadt, Hornau, Eschborn, Nappertsheim, Eppstein, Bodenhausen, Dohheim und Schlierstein bei Wiesbaden und einige Orte um Hanau herum, wie Kesselstadt, Langendiebach, Langenselbold, Madelhhausen, Döringheim, Wilshofheim, Wachenbuchen. Charakteristisch ist, daß kleinere Orte mit einer gemischten Kleinbäuerlichen und Arbeiterbevölkerung viel besser ihren Unwillen über die Mißwirtschaft in den einzelnen Gemeinden zum Ausdruck gebracht haben, als die Orte, die in direkter Nähe von Frankfurt liegen und durchweg proletarische Bevölkerung aufweisen, wie z. B. Fachsenheim, Heddenheim, Gimmheim, Freungesheim, Escherheim, Hausen usw. In diesen in nächster Nähe Frankfurts liegenden Orten sind unsere Kandidaten unterlegen, zum Teil direkt infolge der Wahlauflage unserer Genossen. In Heddenheim vollzog sich das häßliche Schauspiel, daß sich zwei gewerkschaftlich organisierte Schriftsetzer von den Bürgerlichen als Gegenkandidaten gegen unsere Genossen aufstellten und wählen ließen. In Fachsenheim machte sich der unheilvolle Terrorismus der chemischen Fabrikverwaltung geltend, wozu noch kam, daß Kriegervereiner und Ultramontane nebst Evangelischen geschlossen gegen unsere Kandidaten gingen. Die Defensivität der Wahl hat dann ein weiteres, um ängstliche Arbeiter von der Wahl fernzuhalten. Aber trotz dieser Niederlagen können wir mit den Resultaten im allgemeinen zufrieden sein. Was die Hauptsache ist: das Interesse für die kommunalen Angelegenheiten ist bei den Arbeitern geweckt und auch hier zeigt sich, daß trotz aller Schwierigkeiten bei einiger Energie Erfolge für die Sozialdemokratie zu erzielen sind.

Partei-Presse. Das „Volkblatt“ für Gotha, das bis jetzt dreimal in der Woche erscheint, wird vom 1. Oktober an täglich erscheinen.

Der Führer durch das Invalidenversicherungs-Gesetz ist soeben in neuer Bearbeitung im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Das Heft ist ein überaus praktischer Führer durch das Invalidenversicherungs-Gesetz, mit dessen Inhalt sich jeder Arbeiter vertraut machen sollte. Die übersichtliche Darstellung, wie sie der „Führer“ bietet, ist leichter verständlich als der Wortlaut des Gesetzes, das aus des hohen Preises wegen von Arbeitern nicht gekauft werden kann. Die neue Ausgabe ist durch Musterformulare für die am häufigsten vorkommenden Eingaben u. vermehrt worden. Der Preis beträgt wie bisher 25 Pf. An derartigen Führern durch die Gesetze sind noch vorhanden: Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz, 0,25 M.; Führer durch das Bau-Unfallversicherungs-Gesetz, 0,25 M.; Führer durch das Unfallversicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft, 0,25 M.; Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht — zugleich ein Begleiter bei Reichstags-

wahlen —, 0,30 M.; Führer durch die Strafprozess-Ordnung; Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei, von Dr. H. Heime mann, 0,40 M. Diese Führer sind in allen Parteibuchhandlungen zu haben und werden von jedem Kolporteur und jedem Zeitungs-ausbräuer, in Berlin von den Parteipeditionen besorgt.

Die norwegische Arbeiterpartei hat dieser Tage einen bedeutenden Zuwachs erhalten, indem die Vuskerudsamts-Arbeitervereinigung auf ihrer Jahresversammlung, wo 10 Arbeitervereine durch 48 Delegierte vertreten waren, einstimmig beschloß, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Außerdem wurde beschlossen, eine sozialdemokratische Zeitung für Drammen und Vuskerudsamts zu gründen, die den Titel „Framtiden“ („Die Zukunft“) führen soll. Vuskerudsamts-Arbeitervereinigung war schon einmal, vor mehreren Jahren, der Arbeiterpartei beigetreten. Damals herrschte unter den Mitgliedern aber noch eine solche Sozialistenfurcht, daß ein Verein nach dem andern von der Amtorganisation abfiel, so daß man, um die Vereine wieder zu sammeln, beschloß, aus der Partei auszutreten. Seitdem ist eine unermüdete Aufklärungsarbeit geleistet worden, die den Erfolg hatte, daß die Arbeitervereine des Amtes, wie namentlich auch ihre Haltung bei den Stortingswahlen bewiesen hat, jetzt für die Sozialdemokratie endgültig gewonnen sind.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

An den Vorstand der Orts-Krankenkasse in Leipzig ist folgende Verordnung ergangen:

Den Vorstand der Orts-Krankenkasse veranlasse ich, die nachstehende Verordnung zur Kenntnis der Mitglieder der Orts-Krankenkasse zu bringen.

Durch das Krankenversicherungs-Gesetz ist den Orts-Krankenkassen das Recht der Selbstverwaltung und damit die Befugnis verliehen, die Mittel, durch die sie die Versorgung ihrer Mitglieder mit ärztlicher Hilfe in Krankheitsfällen beschaffen zu können glauben, sich selbst zu wählen.

In Leipzig hat auf Grund eines von der Orts-Krankenkasse mit den Kassenärzten am 4. Mai 1901 geschlossenen Vertrages seither das System der beschränkt freien Arztwahl bestanden, infolgedessen von den etwa 400 Leipziger Kerzten gegen 250 die Stelle von Kassenärzten besaßen.

Der Umstand, daß diese Kassenärzte allseitig und gleichzeitig ihre Stellungen für den 1. April dieses Jahres gekündigt haben, hat dieses System zum Fall gebracht und die Kasse genötigt, zum Ersatz der zurückgetretenen auswärtigen Kerzte anzuwerben und mit festen Gehältern bei der Kasse anzustellen.

Hierdurch ist bei der Orts-Krankenkasse Leipzig das System der Distriktsärzte eingeführt, und diese Maßregel ist eine endgültige, weil die großen, von der Kasse infolge der Kündigung der Kerzte eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Der Kampf, der gegen diese, auf vollkommen gesetzlichem Wege zu stande gekommene Organisation von einem ins Leben gerufenen „Schutz- und Truppbündnis“ der Kerzte geführt wird, ist aussichtslos. Das „Bündnis“ zählt nach seinen eignen Angaben in der Presse 14 000 Mitglieder, während nach einer Mitteilung des Statistischen Amtes die Gesamtzahl der deutschen Kerzte mehr als 20 000 beträgt. Das „Bündnis“ umfaßt daher noch nicht die Hälfte der Kerzte und enthält gewiß der Mitglieder genug, die nichts weniger als überzeugte Anhänger dieses Unternehmens sind.

Die Bestrebungen der letzteren drohen einen Notstand herbeizuführen, bei dem die Mitglieder der Orts-Krankenkasse solange jeder ärztlichen Hilfe entblößt sein würden, als nicht der Vorstand der Kasse die von den Kerzten gestellte Bedingung der Einführung der freien Arztwahl erfüllt hätte.

Aber dieser Notstand wird nicht eintreten. Denn weder wird das „Bündnis“ im stande sein, die Kerzte zu zwingen, im einzelnen Fall ihre Hilfe zu versagen, noch wird es ihm gelingen, die Anwerbung von Distriktsärzten zu verhindern.

Finden auch auf die Ausübung der ärztlichen Praxis die Grundsätze der Gewerbe-Ordnung formell Anwendung, so wird doch der vermögende seines edlen Berufes so hoch geachtete Kerzestand die ärztliche Hilfeleistung nicht als eine Ware angesehen wissen wollen, die ihr Besitzer zu einem beliebigen hohen Preise und unter beliebigen Bedingungen loschlagen oder zurückbehalten kann. Allgemein ist vielmehr die Annahme, daß der Arzt die Verabreichung dieses unentbehrlichen Lebensbedürfnisses nicht um eines bloßen Princips willen verweigern wird. Fälle, die bekannt werden sollten, daß ein Arzt einem vor ihm stehenden Kranken die ärztliche Hilfe nicht wegen persönlicher Behinderung, sondern bloß deshalb verweigert hätte, weil dieser Mitglied der Orts-Krankenkasse oder auch nur ein Familienangehöriger eines solchen wäre, würden das peinlichste Aufsehen erregen und diesen Arzt in Gegensatz zu den Anschauungen in der ganzen civilisierten Welt stellen.

Ebenso wenig können die Vereinbarungen mit auswärtigen Kerzten gewaltiam unwirksam gemacht werden. Diese Verträge stehen unter dem Schutze der Gesetze. Der einseitige Rücktritt von denselben wäre ein Vertragsbruch, gegen den die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen sein würde. Rechte, die auch nur mit einem Scheine von Recht den treffen könnten, der davor zurückschreckt, ein in einem ehrlichen Handel gegebenes Wort zu brechen, giebt es nicht.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse hat vorläufig 75 Distriktsärzte engagiert, drei Beratungsanstalten eingerichtet und sich verpflichtet, bis auf weiteres die sich neben der Praxis der Distriktsärzte etwa nötig machende ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder und ihrer Familienangehörigen durch andre Kerzte nach dem unverlängerten Minimalfahre der Gebührentaxe von 1890 zu honorieren. Er hat damit alles gethan, was zur Verforgung der Mitglieder mit ärztlicher Hilfeleistung geschehen konnte.

Die Mitglieder der Orts-Krankenkasse mögen sich deshalb keinerlei Besorgnissen hingeben und überzeugt sein, daß kein Grund vorliegt, warum sie sich nicht der Segnungen der sozialpolitischen Gesetzgebung weiterhin in Ruhe und Frieden erfreuen könnten.

Königliche Kreishauptmannschaft
(gez.) v. Ehrenstein.

Aus dem Geraer Kerzestreit resultieren eine Anzahl Verleumdungsfälle, die kürzlich vor dem Schöffengericht in Leipzig verhandelt wurden. Angeklagt war in allen Fällen Dr. Hartmann, der Vorsitzende des Leipziger Kerzeverbandes. In zwei Fällen hat er den Fabrikanten Luboldt in Gera, den Vorsitzenden der dortigen Textilbetriebskaffe, beleidigt. Dafür wurde er zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Aus diesen Klagen ist die Kerzung des Dr. Hartmann kennzeichnend, daß die Kerzte es wüßte, sich von Arbeitern und reich gewordenen Webergefelln beherrschen zu lassen.

Im dritten Falle wurde Hartmann zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wegen Verleumdung der Geraer Kerzte Dr. Weisler und Dr. Henniger. Er hatte in Beziehung auf diese von ärztlichem Reichthum gesprochen.

Schließlich wurde er noch in einem vierten Falle wegen einer andern Verleumdung des Dr. Henniger zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine fünfte Sache wurde zum Zwecke der Zeugeneinladung vertagt.

In Elmshorn fordern die Kerzte von der Orts-Krankenkasse Bezahlung der Einzelleistungen nach der Maximalfahre mit der Einschränkung, daß sie bei Uebererschreitung des Maximalhonorars von 11 000 M. bei einem Mitgliederbestande bis zu 3000 einen Nachlaß von 30 Proz. gewähren wollen. Der Kassenvorstand wird jedoch an einem Pauschale von höchstens 3,00 M. pro Kopf festhalten. Die Kerzte hatten bereits die Einstellung ihrer Thätigkeit für den 31. März angekündigt, jedoch, als sie auf die vertragsmäßig bestehende Kündigungssfrist aufmerksam gemacht wurden, die Kündigung am 1. April zum 1. Oktober in Aussicht gestellt.

Die am 22. März cr. tagende Mitglieder-Versammlung der Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Gewerbe zu Berlin erklärt nach eingehender Würdigung des gegenwärtigen Standes der Kerzsbewegung, daß der finanzielle Stand der Kasse die allgemein gestellten Forderungen der Herren Kerzte nicht zuläßt. Ferner weist die Versammlung die Anschuldigungen der Kerzte, insbesondere die des Herrn Dr. Mugdan entschieden zurück, spricht dem Vorstand das volle Vertrauen aus und verpflichtet denselben, nur solche Verträge mit den Kerzten einzugehen, welche die Existenz der Kasse garantieren.

Das patriarchalische Arbeitsverhältnis in Ostpreußen.

Man schreibt uns:

Ein im Waisenhause erzogenes, etwa 16jähriges Mädchen bemietete sich im Jahre 1897 bei dem Gutbesitzer Thieses in Raggen, Kreis Insterburg, als Dienstmädchen für einen jährlichen Lohn von 20 Thalern, sowie ein Kleid, zwei Pfund Wolle und zwei Hemden. Das Mädchen hat nun sechs Jahre lang bei diesem Besizer recht schwer gearbeitet. Es mußte größtenteils auch die Arbeiten eines Knechtes verrichten. Nach Ablauf des ersten Jahres erhielt das Mädchen nur zehn Thaler Lohn. Der Besizer gab an, nicht mehr zu haben. Am andern Tage forderte er dem Mädchen aber auch dieses Geld ab und versprach ihm, dafür Zinsen zu geben. Durch gutes Zureden und indem man dem Mädchen klar zu machen verstand, daß es ja das Geld nicht brauche, man werde ihm schon die nötigen Bedürfnisse kaufen, es wäre doch besser, wenn es viel Geld auf einmal erhalte, hat der Besizer seinem Dienstmädchen für die ganzen 6 Dienstjahre den Lohn vorenthalten. Mit den notwendigen Kleidungsstücken wurde das Mädchen so schlecht versorgt, daß es sich schämen mußte, unter Menschen zu gehen. Es hatte keine Verwandten. Als das Mädchen einmal an eine ihm bekannte Frau schreiben wollte, wurde es jedesmal durch Zureden vom Besizer und dessen Frau daran gehindert.

Wenn der Besizer angetrunken nach Hause kam, war es nicht mit ihm auskommen. Manchmal prügelte er seine Frau, beschimpfte und bedrohte das Dienstmädchen mit Prügel, so daß dasselbe manche Nacht außer dem Hause in der Scheune übernachten mußte. Als der Besizer am 19. August v. J. wieder einmal den wilden Mann spielte und schließlich unter Schimpfen und Drohungen das Mädchen vom Hofe jagte mit den Worten, es möge sich nicht mehr bei ihm sehen lassen, verließ dieses unter Zurücklassung seiner wenigen Habe, fahrig den Dienst und wanderte zu der, ihm aus der Kindheit bekannten Frau K. im Labiau Kreis. Dort kam das Mädchen ohne einen Pfennig Geld, vollständig zerlumpt an. Die Frau K. ging nun am andern Tage mit dem Mädchen zu dem Amtsvorsteher in Neupönen und bat um dessen Vermittelung wegen Herausgabe des Lohnes für sechs Jahre sowie der Sachen und Papiere des Mädchens. Der Amtsvorsteher sagte, es sei alles nicht wahr, was das Mädchen von seinem Herrn erzähle, es solle sofort in den Dienst zurückgehen und dem Herrn dankbar sein, daß er den Lohn so lange aufbewahrt habe.

Das im Waisenhause aufgezogene Mädchen hatte dort zwar gelernt, bescheiden, zufrieden und dankbar gegen ihre „Brothererschaft“ zu sein. Es hatte auch gelernt, daß es eine von Gott eingesezte Obrigkeit gebe, die das gleiche Recht für alle schätze und kein Unrecht gegen „Hoch“ oder „Niedrig“ ungestraft lasse. Es hatte aber nicht gelernt, daß es ein Sondergesetz, die Gesinde-Ordnung, in Preußen giebt, welches den Herrschaften fast alle Rechte, dem Gesinde aber nur Pflichten auferlegt. Deshalb ließ das Mädchen sich von seinem natürlichen Rechtsbewußtsein leiten und ging nicht mehr zu der Dienstherrschaft zurück, die ihm für sechs Jahre Lohn schuldet und es dabei noch schlecht behandelt. Die Folge davon waren sechs Strafbefehle im Betrage von 12 bis 36 M., die dem Mädchen zugestellt wurden und die dann der Besizer von dem rückständigen Lohne des Mädchens bezahlte. Beschwerden dagegen wurden vom Landrat sowie von dem Regierungspräsidenten als unbegründet zurückgewiesen.

Das Dienstmädchen klagte nun bei dem Landgericht zu Insterburg gegen den Besizer Th. auf rückständigen Lohn für die Jahre von 1897 bis 1903 sowie auf Lieferung der Kleidungsstücke im Betrage von 342 M. Auch beantragte es die Gewährung des Armenrechtes zur Klage. Das Landgericht lehnte die Bewilligung des Armenrechtes ab, weil das Mädchen den Dienst unberechtigterweise verlassen habe. Da der Besizer einen Teil des Lohnes zur Verzinsung der Strafen verwandt und eine Gegenforderung gestellt habe, außerdem auch gegen die Forderung des rückständigen Lohnes für die Zeit von 1897 bis 1901 bei Gericht sich auf Verjährung berufen habe, so betrage das Objekt der Klage weniger als 300 M. und deshalb sei das Landgericht nicht mehr zuständig. Der Besizer bestreitet die Forderung gar nicht, aber er beruft sich auf den Verjährungsparagrafen des Bürgerlichen Gesetzbuches und ohne daß das Mädchen auch nur einmal vor Gericht gehört worden ist, wird es des schwer verdienten Lohnes für drei Jahre von Rechtswegen für verlustig erklärt. Eine Beschwerde bei dem Oberlandesgericht wurde zurückgewiesen. Der Lohn für die andern Jahre wird von dem Besizer für Strafzinsen, Entschädigungen für Ersatz der Arbeitskraft des Mädchens, welche der Besizer mit 2,50 M. pro Tag berechnet, aufgerechnet. Die wenigen Habeligkeiten und das Dienstbuch werden einbehalten und immer weitere Strafen festgesetzt, weil das Mädchen bei diesem Besizer, der es fertig gebracht hat, den Lohn für sechs Jahre auf die hier bezeichnete Art zu verrechnen, nicht mehr dienen will. Das Mädchen steht vollständig mittellos da. Sieben Monate wartet das Mädchen bei den Leuten, welche es aus Mitleid aufgenommen haben, auf ihr Recht. Jetzt hat der Amtsvorsteher aus Neupönen es auch durchgesetzt, daß diese Leute dafür bestraft werden, daß sie das Mädchen nicht auf die Strafe werfen. Fünf Mark haben die Leute bereits Strafe bezahlt und das Mädchen doch nicht hinausgeworfen. Jetzt ist gegen eine viel höhere Straffestsetzung Widerspruch erhoben.

Nach den Akten geschildert!

Konsumväter Budde.

Kunnehr ist auch der Konsumverein „Diene“ in Schönebeck bei Magdeburg auf den Index gesetzt. Wie die Magdeburger „Volkstimme“ erzählt, ist den Arbeitern der Hauptwerkstatt Salbe durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß sie, sofern sie Mitglied des Konsumvereins „Diene“ in Schönebeck sind, aus dem Verein auszutreten haben. Um den Arbeitern einen Ersatz dafür zu bieten, wird zu gleicher Zeit Umfrage gehalten, warum diejenigen Arbeiter, die Soldaten gewesen sind, nicht den bestehenden Kriegervereinen beitreten?

Fräulein Kube vor Gericht.

Unter großem Andrang des Publikums begann gestern die Verhandlung gegen die Naturheilkundige Fräulein Minna Kube aus Charlottenburg und die praktischen Ärzte Dr. Adolf Schlegelinger und Dr. Fred Colmann. Der Prozess, der besonders Mediziner und Naturheilkundige sowie deren Anhänger interessiert, findet seines Umfangs wegen im großen Schwurgerichtssaal statt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Hoffheinz, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwaltschaftsrat Walter, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwältin Justizrat Bronker und Advokaten Dr. Werthauer und Justizrat Sello. Es sind gegen 40 Zeugen und 15 Sachverständige geladen, zu den letzteren gehören u. a. die Professoren Dr. Landau, Schwenninger, Dührssen, Sanitätsrat Dr. Grochmann und eine ganze Anzahl praktische Ärzte. Es handelt sich um zwei Fälle der fahrlässigen Körperverletzung, begangen durch ungewöhnliche Behandlung von Kranken und um einen Fall der fahrlässigen Tötung aus derselben Ursache.

Die Angeklagte Kube, welche durch ihr Auftreten und ihre Ausdrucksweise den Eindruck einer vollendeten Dame macht, gab an, daß sie 1868 in Freienwalde geboren sei und dort die Gemeindefschule besucht habe. Ihr Vater sei Kaufmann gewesen und jetzt Bademeister in Charlottenburg. Sie habe sich früh für die

Naturheilkunde

ausgebildet, aber diese erst ausgeübt, nachdem sie viele Jahre hindurch bei bekannten Professoren Vorlesungen in Anatomie, Physiologie, Gynäkologie und anderen Zweigen der ärztlichen Wissenschaft gehört. Dann habe sie bei Naturärzten Praxis geübt und dann erst die Heilanstalt „Hephata“ in Charlottenburg als Leiterin übernommen. Im Anfang 1892 habe sie das Unglück gehabt, wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 900 M. verurteilt zu werden. Sie habe sich gesagt, daß ihr im Wiederholungsfalle das Gefängnis drohe, sie habe die verantwortliche Leitung der Anstalt nicht länger übernehmen wollen und darauf sei der Mitangeklagte praktischer Arzt Dr. Schlegelinger als Leiter in die Anstalt eingetreten. Dr. Schlegelinger sei viermal wöchentlich nach Charlottenburg gekommen, um die sich meldenden Patienten zu empfangen und ihnen Rat zu erteilen. Sie habe lebhaft für die Ausführungen seiner Anordnungen gesorgt. Dr. Schlegelinger habe in vielen Fällen gynäkologische Massage und mit Vorliebe auch die magnetische Heilmethode zur Anwendung gebracht. Er habe aber in jedem Menschen nur den Patienten gesehen, ohne auf dessen sociale Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Dadurch sei es gekommen, daß viele Patienten außer Stande waren, die ihnen in der elektrischen Lichtanstalt gewährte Behandlung zu bezahlen. Die Anstalt arbeitete während der Tätigkeit des Dr. Schlegelinger mit Verlust, deshalb sei das Verhältnis mit ihm gelöst worden und an dessen Stelle der Mitangeklagte Dr. Colmann eingetreten. Während der Wirksamkeit des Dr. Colmann sei auch eine Frau Schuberz als Patientin in die Anstalt gekommen. Dr. Colmann habe sie untersucht, ein Unterleibsleiden festgestellt und Massage angeordnet. Dies habe sie ausgeführt und ausführen müssen. Eine Verantwortung könne ihr dafür nicht aufgebürdet werden und wenn die Frau infolge der

unrichtigen Behandlung

gestorben sei, was nach der Anklage behauptet werde, so sei sie daran schuldlos. Ganz gleich liege es mit den beiden Fällen der fahrlässigen Körperverletzungen, in denen die beiden angeklagten Ärzte in je einem Falle eine falsche Behandlung angeordnet und dadurch die betreffenden Patientinnen geschädigt haben sollen.

Nach Aufruf der Sachverständigen Lehnte der Verteidiger Justizrat Bronker den Professor Dührssen als Sachverständigen ab, da er befürchte, daß dieser in seinem Urteil befangen sei. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt und beschloß, Professor Dührssen nur als Zeugen zu vernehmen.

Der Angeklagte Dr. Schlegelinger gab an, daß er mit einem Stigma von 3000 M. bei der Anstalt als dirigierender Arzt eingetreten sei, wofür er in derselben an vier Nachmittagen in der Woche

Sprechstunden abzuhalten hatte. Nebenher er die Behandlung eines Patienten persönlich, so sollte er hierfür Extrahonorar erhalten, welches er aber mit Fräulein Kube zu teilen hatte. Es habe bald mit seiner Honorierung geklappt und deshalb habe er das Verhältnis bald wieder gelöst. Er habe die Ueberzeugung, daß Fräulein Kube auch selbst und nach eigener Diagnose behandelt habe. — Fräulein Kube stellt dies entschieden in Abrede. Der Angeklagte behauptet des weiteren, daß er die Dame, welche mit einem ansehnlichen Unterleibsleiden behaftet war und die er falsch behandelt haben sollte, zunächst einer eingehenden Untersuchung unterworfen und dann vollständig zweckentsprechend und den Regeln der Wissenschaft gemäß behandelt habe. Wenn die gegnerischen Sachverständigen behaupten sollten, daß eine Geschwulst im Unterleibe nur durch operative Eingriffe und nicht durch die Mittel der Naturheilkunde beseitigt werden könne, so stehe er auf einem andern Standpunkt. Er entäuere sich eines Falles aus seiner Praxis, in welchem er durch seine Methode einen guten Erfolg erzielt habe.

Die Sachverständigen Professor Dr. Koblant und Dr. Manasse richten über diesen Punkt mehrere Fragen an den Angeklagten.

Der dritte Angeklagte, Dr. Colmann, erklärt, daß er bei seinem Eintritt in die Anstalt streng betont habe, daß er sich ausschließlich die Direktive vorbehalten habe. Er sei hierauf von so mehr angewiesen gewesen, als die

Kerzestammer

den ihr unterstehenden Ärzten verboten habe, in Gemeinschaft mit Fräulein Kube zu praktizieren. Die Patientin, die bei dem ihr berührenden Anfall in Betracht komme, habe eine Geschwulst im Unterleibe gehabt, die er nicht gerade für bösartig hielt. Er habe eine sofortige Operation nicht für notwendig gehalten, da er erst erfahren wolle, ob und in welchem Grade die Geschwulst wachse. Dann habe er Fräulein Kube beauftragt, nach dieser Richtung hin die Patientin sorgfältig zu untersuchen und ihm sofort Bescheid zu geben, wenn ihr Zustand sich verschlimmere. — Präsident: Herr Doktor, halten Sie es mit ihrem standesgemäßen Pflichtgefühl vereinbar, daß Sie eine der Damen der Anstalt mit der Beobachtung einer so Erkrankten betrauen? — Angekl.: Ja, denn diese Damen und besonders Fräulein Kube, sind so geschult, daß man ihnen dies ruhig übertragen darf. — Auch in dem zweiten ihm zur Last gelegten Falle behauptet der Angeklagte, völlig pflichtgemäß gehandelt zu haben.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung eines Zeugen aus der Provinz, dessen Ehefrau an Blutungen litt und von dem Angeklagten Dr. Schlegelinger behandelt worden ist. Nach Angabe des Zeugen ist das Leiden seiner Ehefrau wieder aufgetreten, sie ist wieder bettlägerig geworden. Er hat an Dr. Schlegelinger für die Behandlung 2400 M. gezahlt.

Die zweite Zeugin ist die Frau, die an einem Gewächs im Unterleibe litt, erst von Dr. Schlegelinger erfolglos behandelt und dann von Professor Dührssen operiert wurde. Bei ihrem Eintritt in die Kube'sche Anstalt sei sie von Fräulein Kube und noch einer Dame untersucht worden. Ihr sei lediglich ein warmes Heusamenbad und zweimal wöchentlich Massage des ganzen Körpers, auch des Leibes verordnet worden. Als sie nach einigen Wochen die Anstalt einmal wieder besucht habe, sei Dr. Schlegelinger fort und an seiner Stelle Dr. Colmann dort gewesen. Dieser habe ihr gesagt, daß sie operiert werden müsse, wenn die Geschwulst wachsen sollte. Nach weiteren drei Wochen sei dann die Operation erfolgt.

Der Frau, die infolge ungewöhnlicher Behandlung in der Kube'schen Heilanstalt gestorben sein soll, eine Frau Säuberer, wurde nach der Anstalt von der Zeugin Winter begleitet. Die Kranke habe an heftigen Blutungen gelitten. Sie sei mit warmen Sitzbädern behandelt und von Fräulein Kube am Unterleibe massiert worden. Es kommen im Laufe der Verhandlung Dinge so sekretorischer Natur zur Sprache, daß deren Wiedergabe nicht angängig ist. Von der Verteidigung sind viele Zeugen geladen, welche bekunden, daß sie in der Kube'schen Anstalt mit Erfolg behandelt worden seien.

Ein kritischer Holz sagt besonders das Lob des Angeklagten Dr. Schlegelinger, der ihn von schwerer Krankheit geheilt habe,

nachdem andre Ärzte ihn ohne Erfolg behandelt hätten. Allerdings habe er neben der magnetischen Kur höchst diät leben müssen und keinen Schnaps trinken dürfen. Derartige Fälle kommen mehrere zur Sprache. Bei vielen der Geheilten hatte Dr. Schlegelinger den Magnetismus durch Auflegen der Hände erzeugt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Werthauer erklärt, daß er bereit sei, dem Gerichtshofe und den übrigen Prozeßbeteiligten den Magnetismus objektiv vor Augen zu führen. Der Gerichtshof verzichtet auf diesen Beweis. Ein Chemiker behauptete, daß er ein Gehirnautentizitätsmerkmal erkranktes Kind zum Dr. Schlegelinger gebracht habe. Die Körpertemperatur des Kindes sei unmittelbar vorher gemessen und auf 40 Grad festgestellt worden. Dr. Schlegelinger habe an dem Körper des Kindes mit den Händen streichende Bewegungen vorgenommen und es dadurch magnetisiert. Sofort sei die Temperatur um 2 1/2 Grad gesunken. Nach acht Tagen habe das Kind wieder auf der Straße gespielt. So reichte sich ein Fall an den andern. Eine Frau aus Rauen, welche 19 Jahre lang schwer an Krämpfen gelitten hat, will in wenigen Sitzungen so weit gebessert sein, daß die früher bisweilen dreimal am Tage auftretenden Krämpfe jetzt nur selten vorkommen. Eine Dame, die am Kindbettfieber daniederlag, schilderte das Gefühl beim Magnetisiertwerden durch Dr. Schlegelinger so, als wenn es ihr abwechselnd warm und kalt über den Körper laufe. Sie habe die Wirkungen seiner Handbewegungen gespürt, obgleich er zwei bis drei Schritte von ihrem Bett stand und sie unter einer seidenen Steppdecke lag.

Nachdem noch einige Zeugen vernommen sind, wird die Verhandlung bis Sonnabendvormittag 9 Uhr vertagt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. März, vorm. 10 1/2 Uhr, in Keller des großen Festsaal, Kappelerstr. 29: Fester der Jugendweibliche (Konfirmation). Die Festrede hält Herr Dr. Bruno Blü. Vor- und Nachspiel auf dem Klavier-Harmonium aus Paris. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Marktpreise von Berlin am 24. März 1904
nach Ermittelungen des kgl. Vollgelpräsidiums.

*Weizen, gut D.-Utr.	17,40	17,38	Raffinirt, neue D.-Utr.	8,00	6,00	
mittel	17,36	17,34	Rindfleisch, Seule 1 kg	1,80	1,20	
gering	17,32	17,30	do. Bauch	1,40	1,10	
*Roggen, gut	12,90	—	Schweinefleisch	1,60	1,00	
mittel	—	—	Rindfleisch	1,80	1,20	
gering	—	—	Hammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	14,00	13,00	Butter	2,80	2,00	
mittel	12,90	12,00	Eier	60 Stück	4,00	2,80
gering	11,90	11,00	Starkpfe	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,10	14,10	Hale	—	3,00	1,40
mittel	14,10	13,10	Rander	—	3,00	1,20
gering	13,00	12,10	Heute	—	2,20	1,30
Nachtstroh	4,00	3,50	Parische	—	2,00	0,80
Heu	6,90	5,00	Schleie	—	3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Wiete	—	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	28,00	Arabis	per Schock	15,00	3,00
Linjen	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 25. März 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. = 4 P.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. = 4 P.
Zwinnende	769 D	4 wolkig	2	2	2	Saparanda	775 BSB	2 wolkenl	—	—	-7
Hamburg	767 DND	3 bedekt	3	3	3	Petersburg	781 SHH	— wolkenl	—	—	-3
Berlin	767 ED	3 heiter	3	3	3	Gort	—	—	—	—	—
Konstanz	762 ND	3 bedekt	3	3	3	Ardenen	—	—	—	—	—
München	761 SHH	— heiter	0	0	0	Paris	760 RND	2 bedekt	3	3	3
Wien	768 ED	2 heiter	3	3	3						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. März 1904.
Nachts noch kühl, am Tage wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Nur den Inhalt der Interieur-Abteilung übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 26. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Der Ring des Nibelungen. Zweiter Abend: Siegfried. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Julius Caesar. Deutsches. Roma. Hanna. Berliner. Waterloo.
Kadmittags 3 Uhr: Erstarre Menschen.
Vollung. Papststreik.
Wehen. Der lustige Krieg.
Neues. Königreich.
Residenz. Der keusche Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
Gen. 1. Das Schwabennest.
Kadmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.
Jelle. Alliance. Götterweiber.
Thalia. Resemanns Rheinfahrt.

Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Kinder der Exzellenz.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Lumpacivagabundus.
Kleines. Des Vektors Kiele.
Luise. Ariel Acosta.
Trianon. Das erste Gebot. — Der Dieb.
Carl Weich. Ein Mädchen aus dem Volke.
Kadmittags 4 Uhr: Dormschöchen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Casino. Salben u. Waspiel. Raub der Sabinesinnen.
Gebr. Perruch. Nur eine Nacht.
Wintergarten. Poetie Guibert. Colombine Bernardi. Spezialitäten.
Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Weichshallen. Stettiner Säger.
Passage-Theater. Caieba. Spezialitäten. (Anfang 5 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Das Land Tirol.
Um 4 Uhr (kleine Preise): Sternwarte.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Schwester Beatrix.
Vorher: Der Kammerbürger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Kadmittags in 4 Aufzügen von G. v. Holzogen u. B. Schumann.
Sonnabtagsmittags 3 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr.
Sonnabtagsabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren und Alfred Schindler. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Resemanns Rheinfahrt.
Schwan in 3 Akten.
Sonnabtagsmittags 3 Uhr:
Charleys Tante.

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 26. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
Direktor **Albert Schumann** mit seinen neuen u. modernen Dressuren.
Großer Reittänzer- und Reitanfängerinnen-Kongress.
Die Löwenherde des Herrn Jul. Seeth.
Frères Skremka, hervorragende Reiter!
Adolf und Coco, die Universal-Glows.
Babel. Große Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.
Morgen nachmittags: **Robert und Bertram.** Höchst komische Pantomime. Ein Kind frei.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Das Land Tirol.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
Dr. Schwahn: Gletscher u. Eiszeit.
Sternwarte invaliden-
str. 57/62.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**
HEUTE:
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königsplatzstrasse 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp
Ueborn
GROSSEN TEICH.
AUFFÜHRUNG.
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Kestner.
Sonnabtagsmittags 3 Uhr:
Pauline.
Sonnabtagsabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 253.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren und Alfred Schindler. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Musik. Posse mit Gesang und Tanz.
Sonnabtagsm. 3 Uhr bei 11 Preisen:
Deborah.

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 26. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
Direktor **Albert Schumann** mit seinen neuen u. modernen Dressuren.
Großer Reittänzer- und Reitanfängerinnen-Kongress.
Die Löwenherde des Herrn Jul. Seeth.
Frères Skremka, hervorragende Reiter!
Adolf und Coco, die Universal-Glows.
Babel. Große Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.
Morgen nachmittags: **Robert und Bertram.** Höchst komische Pantomime. Ein Kind frei.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe.
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damen in Tunis.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Sonnabtagsm.: Egmont.
Abends: Das Schloß am Meer.
Montag: Egmont.
Dienstag zum erstenmal: Der Kaufmann von Benebig.
Mittwoch: Der Bergwender.
Donnerstag: Der Belshazzler.
Freitag: Geflohen.
Sonnabend: Das Räthsel von Heilbrunn.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Hohe Arbeitsleistung!
Große Haltbarkeit!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Cirkus Busch.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
Omer de Bouillon (Belgien) gegen **Witt** (Berlin).
Pallsotti (Italien) gegen **Urban Christoph.**
Aimable de la Calmette (Frankreich) gegen **Ewertson** (Schweden).
Der Ringkampf beginnt um 7 1/2 Uhr. in einem Temp.
Das letzte Wort!!! Miss **Schleife** und **Todessprung**
Der Bär als Kunstreiter, vorgeführt von **Henri Batty.**
Der **Burkhund-Football** auf **Neapolitano Soja**, ein **Appigianer** gegen **Neapolitano Trompeta** a. d. **Soja v. Pinto.** Mademoiselle **de Holstein** auf ihrem irischen Springpferd **„Milton“.** Die berühmten 16 Hengste des Direktors **Busch.**
Zum 95. Mal: **Ans den Alpen.** Der **Automobilsturz.**
K 1 1! Sonntag, den 27. März: **Zwei gr. Gelavorstellungen.**
Kadmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen:
Ringkampf-Konkurrenz.
Kadmittags findet der am Donnerstag unentschieden gebliebene Kampf statt zwischen **Paul Bolling** (Berlin) und **Ewertson** (Schweden). Dieser Kampf muß bis zur Entscheidung ausgesetzt werden.

Central-Theater.
Heute nachmittags 4 Uhr, halbe Preise.
Kindervorstellung:
Der gestiefelte Kater.
Märchenpiel in 4 Akten mit Gesang und Tanz.
Zum vierzehntenmal: Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwabennest.
Operette in 3 Akten von H. Odonneau.
Musik von Henry Hablay.
Sonnabtagsm. 3 Uhr, halbe Preise:
Madame Sherry. Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwabennest.

Casino-Theater.
Lothringenstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Der Raub der Sabinerinnen.
Strophe: **Max Walden** a. G.
Kaisler. russ. Hofkapell. fr. Mitglied des Schiller-Theaters.
Vorher: Das brill. März-Programm.
Die beste Dress-Kammer: Der Weltfriede. Sonnabtagsm. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Hohe Arbeitsleistung!
Große Haltbarkeit!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Cirkus Busch.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
Omer de Bouillon (Belgien) gegen **Witt** (Berlin).
Pallsotti (Italien) gegen **Urban Christoph.**
Aimable de la Calmette (Frankreich) gegen **Ewertson** (Schweden).
Der Ringkampf beginnt um 7 1/2 Uhr. in einem Temp.
Das letzte Wort!!! Miss **Schleife** und **Todessprung**
Der Bär als Kunstreiter, vorgeführt von **Henri Batty.**
Der **Burkhund-Football** auf **Neapolitano Soja**, ein **Appigianer** gegen **Neapolitano Trompeta** a. d. **Soja v. Pinto.** Mademoiselle **de Holstein** auf ihrem irischen Springpferd **„Milton“.** Die berühmten 16 Hengste des Direktors **Busch.**
Zum 95. Mal: **Ans den Alpen.** Der **Automobilsturz.**
K 1 1! Sonntag, den 27. März: **Zwei gr. Gelavorstellungen.**
Kadmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen:
Ringkampf-Konkurrenz.
Kadmittags findet der am Donnerstag unentschieden gebliebene Kampf statt zwischen **Paul Bolling** (Berlin) und **Ewertson** (Schweden). Dieser Kampf muß bis zur Entscheidung ausgesetzt werden.

Central-Theater.
Heute nachmittags 4 Uhr, halbe Preise.
Kindervorstellung:
Der gestiefelte Kater.
Märchenpiel in 4 Akten mit Gesang und Tanz.
Zum vierzehntenmal: Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwabennest.
Operette in 3 Akten von H. Odonneau.
Musik von Henry Hablay.
Sonnabtagsm. 3 Uhr, halbe Preise:
Madame Sherry. Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwabennest.

Casino-Theater.
Lothringenstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Der Raub der Sabinerinnen.
Strophe: **Max Walden** a. G.
Kaisler. russ. Hofkapell. fr. Mitglied des Schiller-Theaters.
Vorher: Das brill. März-Programm.
Die beste Dress-Kammer: Der Weltfriede. Sonnabtagsm. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Residenz-Theater.
Direktion G. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Oll.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Benefiz-Vorstellung für Georg Heinz, Udo Horst und Karl Reich:
Der Stadstrompeter.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Heute: Keine Vorstellung.
Morgen Sonntag, den 27. März 1904, nachmittags 3 Uhr:
Die Bettlerin und ihr Kind.
Abends 7 Uhr:
Mutterjegen.

Steidl-Theater
Linienstrasse 132. Oranienburger Thor.
Letzte Woche!
vor der Abreise nach Sturpland.
Mittwoch, den 30. März:
Abschieds-Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Am Palmsonntag:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger.
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Montag: **Goethe-Ensemble.**
Grosser Theaterabend.

Andreas-Garten
Andreas-Strasse 26.
Kleine und große Säle zu Verammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten noch einige Sonnabende zu vergeben.
Freemontlogis. Regelmäßig.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
42772
Franz Herkowski.

Metropol-Theater

Zum 15. Male:
Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was gibts Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).

Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Nachmittag 4 Uhr, Kinderdarstellung:
Dornröschen.

Kindermärchen mit Gesang in 5 Akten von Bolten-Bäcker.

Abends 8 Uhr:
Ein Mädchen aus dem Volke.
Vollständiges Märchen in 3 Akten (5 Bildern) von Seppi S. Simonohn u. G. Ritterfeld. Musik v. H. Bieder. Sonntagnachmittag 3 Uhr (Parfett 60 Pf.): **Der Liebe Gebot.** Abends 8 Uhr: **Ein Mädchen aus dem Volke.**

Herrnfeld-Theater.

Heute und folgende Tage das herrnfeldische Genationsstück:
Nur eine Nacht!

Zwei Mite aus einer Ehe.
Vorch: **Künstler-Tell** und **Bendix** und **Edl Stadler.**

In Vorbereitung:
Am andern Morgen!

Nachspiel zu „Nur eine Nacht.“ Komödie von A. und D. Herrnfeld.

Passage-Theater.

Anfang Sonntag 3. Wochentags 8 Uhr.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren
Holländer u. Steinitz.

Nur noch drei Tage:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
14 erstklassige Nummern.

Königstadt-Kasino

Holzmärkterstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Tägliche:
Franz Sobanski.
Die März-Specialitäten.
Zum Schluss:
Kulisse auf Sommerwohnung.
Geflügel mit Gesang.

Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabends u. Sonntag: **Tanz.**

WINTERGARTEN

Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert

Paulon u. Doley Komische Radfahrer Karnevals-Geister-Tanz-Divertissement.
Imro Fox Zauber-Künstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi

Verwandlungsschauspieler.
Lony Elastisch-equilibrist. Akt.
The Seldoms Plast. Darstellungen.
Biograph.

Sanssouel.

Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hofmann
Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.
Sonntag:
Extra-Vorstellung.
Das hemooste Haupt
Schauspiel in 4 Akten.

Reichshallen

Stettiner Sänger
Zum Schluss: **Reu!**
Cirkus Leuz und Cirkus Pusch.

Vorstellung: 8 Uhr.
Abendvorstellung: 7 Uhr.

Für Laubenbauer

Breiter, Latzen, Stiele, Dachbade, Spalierdecken billig.
Charlottenburg, Altmärkstr. 89.

Achtung! Baumschulenweg!

Sonntag, den 27. März, vormittags 10 Uhr
im Restaurant P. Streichhan:
Vereinsversammlung des Turnvereins „Jahn“.

Wichtigster Punkt der Tagesordnung:
Beitritt zum Arbeiter-Turnerbund.

Alle Freunde und Gönner der Arbeiter-Turnhause, welche dem Verein als aktive oder passive Mitglieder beizutreten wünschen, werden hiermit freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend, 8 1/2 Uhr, in Weissensee, König-Chaussee 59:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Ritsche** über: Aufstands-Freiheitskämpfer in Sibirien. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten. 4. Bericht über die bestehenden Differenzen. 5. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Montag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, in Lichtenberg, Friedrich-Raststr. 11:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Sarenthien** über: Etwas aus dem Klassenlampf. 2. Diskussion. 3. Wahl, 4. Verschiedenes.

Montag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, Admiralstr. 18c:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Davidsohn** über: Das Finanz-, Justiz- und Kultusministerium. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum außerordentlichen Delegiertenkongress. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Mittwoch, den 30. März, Blumenstr. 38:
Vorstands-Sitzung.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Sonntag, den 27. März 1904, vormittags Punkt 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme der Rohrleger und Helfer zur bevorstehenden Rohrleger-Konferenz Deutschlands. 2. Wahl der Schlichtungs-Kommission. 3. Diskussion. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 113/11

Kollegen! Es ist Eure Pflicht, für Herlen und pünktlichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Die Versammlung wird unbedingt um 10 Uhr eröffnet.
Die Ortsverwaltung.

Wichtig für Radfahrer und solche, die es werden wollen.

Sonntag, den 27. d. März, vorm. 10 Uhr, in Wernau, Seiffen, Schwedterstraße 23/24:
Oeffentliche Versammlung der „Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer Voran II“.

Tages-Ordnung: 1. Technische Neuheiten auf dem Gebiete des Fahrradwesens (mit Demonstrationen). 2. Diskussion. Hierzu werden alle Interessenten freundlichst eingeladen. - „Voran II“ Räder stehen während der Versammlung zur Verfügung aus.

Der Einberafer.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstraße 30, v. part. - Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Weinbergstr. 31. Hof rechts part. - Viertes Wahlkreis O.: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Paul Böhm, Bauhofplatz 14/15 (Laden). - Sechster Wahlkreis (Habit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Weienstr. 41/42. - Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rasche, Hagenstr. 24, vorn part. links. - Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kottbuserstr. 11/12. - Alt-Gliencke: B. Bries, Indopferstr. 68. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eisenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn l. - Deutsch-Wilmersdorf: H. Ridel, Hildnerstr. 108, part. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen: Otto Seifert, O. 112, Kronprinzengasse 50, l. - Grünau: G. Pfeil, Königstr. 1. - Rixdorf: W. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. - Schöneberg: Wilhelm Gümmler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. - Ober-Schöne-weide: Otto Ränger, Dömitzstraße 1a, 2 Treppen. - Nieder-Schöne-weide: Bonatsch, Berlinerstr. 8. - Johannisthal: Paul Mann, Hilmarsstr. 7. - Adlershof: Paul Schmidt, Hilmarsstr. 7 II. - Königs-Wusterhausen: S. Dieze, Schumannstr. - Köpenick: Friedrich Bold, Grünstr. 29. - Friedenau-Steglitz: S. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Mohr, Döppelstr. 8, und H. Schellhase, Hohnstr. 15a. - Baumschulenweg: Stod, Grünstr. 2 II. - Treptow: R. Seigt, Altmstr. 37, vorn III l. - Neu-Weissenhof: B. Reife, Gölberstr. 46, part. - Rummelsburg: Jorgbert, Prinz Albrechtstr. 5a. - Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Rietan, Vorjägerstr. 43. - Pankow: R. Kummert, Hirsstr. 43.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Wo?

ist der schönste Ort für Sandpartien und Ausflüge per Dampf, Kremser und zu Fuß durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel Pichelswerder, Wirtshaus zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Paradiesgarten Birkenwerder,

am Untermythen-See. 29065*

Frühe meinet werden Genossen Herdudch aufmerksam, daß bei mir am Sonntag, den 1. April ein Wurst- und Eisbein-Essen stattfindet. Es ladet freundlichst ein
H. Gärtliche.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Zankteufelchen.

Operette v. Lindner. Musik v. Kollé.
Zu großartigen Specialitäten:
Adla und Fatima, das größte Wunder der Welt.
Martha Sarnoff, Vortrag-Contrebrite.
Mr. Francesco, der Ungarische.
Mr. Barna, komisch-musikal. Dreifurant.

Der Muckebold.
Schwan von G. Rab v. Moser.
Musik: Dr. Rich. Winkler.
Sonntagnachm. 3 Uhr halbe Restenpreise: **Ultimo.** Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Abends 8 Uhr: Das phänomenale März-Programm.
Som 25. März bis 2. April geschlossen.

Gottmann,

Gr. Frankfurterstr. 130.

Hüte für Herren v. 1,50 an. Feinere Daas. 3,50 an. Haarhüte von 5,50 an

Schirme Regenschirme in größt. Auswahl von 1,50 an

Krawatten Wastron v. 90 Pf. an Schellen v. 1,50 an

Wäsche Oberhemden, Kragen, Halsketten, Servietten in bester Qualität

Handschuhe farbige Glacé, Paar 1,50 an

Frühjahrskostüme

Elegante Neuheiten — grösste Auswahl

Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen 12, 15, 20 Mk.
Fussfreie amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 15, 20 Mk.
Trauerkleider in eleganter Ausführung . 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Voile, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen . 20, 25, 30 Mk.
Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen . 4, 5, 9 Mk.
Seidenblusen elegante Façons . 5,50, 7,50, 10 Mk.

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk.
in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke . Jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
Elegante Frühjahrs-Paletots, jacketts, Saccos u. Blusenform, in Tuch, Rips und Fantasiestoffen 10, 12, 15, 20, 25 Mk.
Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel . 10, 12, 15 Mk.
Morgenröcke, Matinées und Jupons.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Massanfertigung.

Nutfabrik Carl Stark

Neue Königstr. 73
vis-à-vis der Linienstrasse.
Seidenhüte x Mechanikhüte
Filzhüte 4648L*
Mützen x Schirme
Neueste englische, italienische und Wiener Moden
zu ausnahmsweise billigen Preisen.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung.

Nervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

Kufekes Kindermehl

Genauigkeit und Schönheit

sind die grössten Vorzüge einer Zeichnung. Beide sind aber nur unter Zuhilfenahme eines guten Reisszeuges zu erreichen.

Eine ganz vorzügliche Auswahl in Reisszeugen findet man in dem altbekanntesten Institut für Präzisionsoptik von
Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergsweg 15 b, Laden vom 6. bis 10. April.
Bitte genau auf Firma und Haus-Nr. 15 b zu achten.
für Schüler zu M. 1,25, 2,00, 3,00, 4,00 bis 5,00,
für Techniker zu M. 5,00, 6,00, 8,00, 10,00, 12,00, 15,00,
20,00 bis 100,00.

Seit gestern!!!

verkauft wir
ca. 1000 alte und neue

Elegante Herrenanzüge	zu diesen Preisen:
Moderne Frühjahrs-paletots	M. 9, 10, 12, 14, 16 und höher.
Nosen für jeden Zweck	M. 1, 75, 2,50, 4, 6, etc.

Monatsgarderobe von den feinsten Herrschaften für jede Figur (spec. Bauch) passend in allen Preislagen.
nur Prinzenstr. 17, a. d. Wasserthorstr. Hochb.-St. Prinzenstr. 2. Gesch. Gr. Frankfurterstr. 116.
Bitte, nicht mit ähnlichen Geschäften zu verwechseln.

Sonntags 7-10, 12-2

Stoffe

zu Herrenanzügen, Paletots u. Rosen. Damenuche
feinste Qualität, farbig und schwarz.
Pult- und Billard-Tuche.
Reste spottbillig.

Tuchniederlage Weinbergsweg 11a.
A. Storbeck. 4638L*

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.

Vereine! Gesellschaften!
Empfehle mein romantisch an der Obersee gelegenes
Hotel-Restaurant „Zur Schleuse“
einziges direkt am Wasser gelegenes größeres Lokal. 29145
3 Tanzsäle, Segelbahnen, Kaffeehaus, Dampf-Anlegeplatz, Bootshafen usw. - Sommerwohnungen, Logis mit und ohne Pension.
Inhaber: **Otto Ballmüller.** Tel.: Amt Königs-Wusterhausen 82.

Achtung! Wichtig für Herren- u. Fusspartien! Achtung!

Karfreitag, 1. April 1904:
Grosses Schlachtfest bei Wasserjule

In Schmargendorf, Ruhlaerstrasse 20/21. Sanssouel.
Fr. Blut- u. Leberwurst, Wellfleisch.
Großartiger und besserer Treffpunkt für Partien nach dem Grunewald und den Drischallen der Unterhavel. Direkt am Grunewald gelegen.

Montag, d. 4. April (2. Feiertag) und Dienstag, d. 5. April (3. Feiertag) in neu renovierten Spiegelball-Gr. 3all.
Grössartiger Garten. 2 Kegelbahnen. Ausspannung. Schaukel.
Karussell. Grosser Spielplatz.
Gutgepfl. Biere. Gute Küche. Billige Preise.
45702*
Im geeigneten Zubehör bietet
C. Streich. Betreiber **Julius Rogatt** gen. Wasserjule.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquette.
Blüsch, Satteltaschen.

Muster b. näher. Angabe franco.
Emil Lafavre, Berlin, 158.
Oranienstr.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Zieht nach de-
eindeut. Engros-
Saison

Einzel-Verkauf enorm billig.

Paletots, Jacketts, Capes, Kostüme, Costümröcke, Mädchenmäntel.

Gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5% extra vergütet.

Damenmäntel-Fabrik
Robert Baumgarten
Hausvogelplatz 11, II. Et.
(Ecke der Frenschenerstrasse)
Sonntag bis 12 Uhr geöffnet.

Nathan Wand,

129 Stalherstr. 129.
Die schönsten 46332*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, letzte special
Monats-Garderobe
von feinsten getragenen Sachen, fast neu, für jede Figur passend, special Band anzüge und in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

129 Stalherstr. 129.
Hochbahnhof Kottbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Marienburger Geld-Lotterie

Ziehung schon
14., 15. u. 16. April.
9940 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar, im Betrage von Mark

355 000

Hauptgewinn:
60 000 M.
Lose à 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW. Wilschackerstr. 63,
O. Andreasstr. 49 a.
SO. Oranienstr. 177.

en gros Wurst en detail

Grosser Umsatz! Billige Preise!

Rotwurst u. Zwiebelwurst	0,50 Stk.
Mettwurst u. Polnische	0,65
Hausmacher-Leberwurst	0,90
Hausmacher-Fileswurst	0,85
Braunschweiger Mettwurst	0,80
Thüringer Kalbsleberwurst	0,90
Kaiser-Jagdwurst	0,90
Weiche Salami u. Schlackw.	0,95
Pa. Holsteiner Schlackw.	1,25
" " Salami	1,25
" " Schinkenw.	1,10
Prima fetter Landspeck	0,60
" magerer Landspeck	0,65
" Landschinken	1,00
" Rollschinken o. Knoch.	1,15

Bei Abnahme v. 5 Pfd. Preisermäß.
46162*

A. Meyer,
Berlin N., Weinbergsweg 11.

Allen Freunden und Bekannten teile ich mit, daß ich das Lokal von Herrn **Fritz Preuss**, Bellealliance-Strasse 74 a. in Vertretung übernommen habe und erlaube, das mir in meinem früheren Geschäft Rammn-Strasse 6 entgegengebrachte Bestanden auch hier übertragen zu lassen.
46162*

Wilhelm Krüger
Bellealliance-Strasse 74 a.

Dr. Simmel, Str. 41,
Specialarzt für 17616*
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Deutscher Handelstag.

II

In der heutigen Sitzung gelangen die Resolutionen über den Zolltarif, die Kaufmannsgerichte und über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln zur Beratung.

Die vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln hat folgenden Wortlaut: „Zur Beseitigung oder Minderung erheblicher Mängel, die in der Behandlung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln durch die Behörden und die Gerichte zu Tage getreten sind, macht der Deutsche Handelstag folgende Vorschläge: 1. Herstellung einer Sammlung von Begriffsbestimmungen und Handelsgebräuchen im Gebiete des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, um die Bedingungen festzulegen, unter denen nach Ansicht der beteiligten Industrie- und Handelszweige Nahrungs- und Genussmittel als handelsübliche, unverfälschte und nicht gesundheitsgefährliche Waren gelten sollen.“

Die heutige Verhandlung wird eröffnet mit dem Referat des Kommerzienrats Juchaczewski über den Zolltarif. Der Redner empfiehlt für den Zolltarif eine Uebergangsfrist von einem halben Jahre und schlägt die (von uns bereits mitgeteilte) Ausschussresolution zur Annahme vor. Redner bittet, Einzelwünsche zurückzustellen, damit eine einmütige Kundgebung des Handelstages Eindruck auf die Reichsregierung mache. (Bravo!)

Seiler-Rürnberg spricht sich gegen die Forderung der Resolution betreffend eine sechsmonatige Uebergangszeit aus. Ein solcher Kompromiß könnte für die Exportindustrie insofern schädlich werden, als diese sechs Monate vielleicht in die tote Zeit fallen.

Ueber den folgenden Punkt der Tagesordnung: „Kaufmannsgerichte“

referiert sodann Kammerherrschafts-Schloßmacher-Offenbach; er giebt eine kurze Geschichte der Entstehung der Kaufmannsgerichte und geht dann auf den deutsch-nationalen Handlungsgesellsen-Vorband über, dessen gewaltige Entwicklung in den letzten zehn Jahren nur seiner der Sozialdemokratie verwandten radikalen Tendenzen, denen er ein antisemitisches Mäntelchen umhängt, zu verdanken hat.

Syndikus Dr. Gatschel-Frankfurt a. M. polemisiert gegen den Vortredner. Es handle sich hier um große Gruppen wirtschaftlich Schwacher, denen geholfen werden müsse.

Syndikus Dove-Berlin warnt vor einer Zersplitterung der Rechtskräfte und stimmt den Ausführungen des Referenten Schloßmacher zu. Er tritt für das aktive Wahlrecht der weiblichen Angestellten ein.

Syndikus Hindenberg-Minden erklärt, seine Handelskammer werde gegen die darliegende Resolution stimmen. Die Gewerbe-gerichte ebenso wie die Einigungsämter hätten sich als Wohlthäter erwiesen. Dr. Kemmer-Regensburg plädiert für Annahme der Resolution, Syndikus Dr. Dohmann-Görlitz bittet, der Resolution einen Passus hinzuzufügen, daß der Handelstag auf keinen Fall die direkte und geheime Weisungsbefugnisse billigt und in dieser Beziehung entgegen den Kommissionsbeschlüssen auf dem Boden der Regierungsvorlage steht.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln“ referiert in längerer Ausführungen Dr. Humann-Darmstadt. Die Durchführung des Nahrungsmittelegesetzes von 1879 habe zu Mängeln geführt, die unbedingt Abhilfe erfordern.

Es wird Punkt 1 der Resolution einstimmig angenommen. Zu Punkt 2 der Resolution beantragt Dr. v. Martius namens der Handelskammer Berlin zu setzen: Ausfertigung des Bundesrats oder des kais. Gesundheitsamtes mit der Befugnis, im Verordnungswege Bestimmungen zu erlassen z. Dr. Kahler, Geschäftsführer des Bundes der Nahrungsmittel-

Fabrikanten, beantragt Beseitigung des Absatzes 2 der Resolution. Diese wird in der Abstimmung abgelehnt. Syndikus Schloßmacher beantragt einen Zusatz, in welchem die Schaffung von Grundbüchern für die einheitliche Gestaltung der Nahrungsmittelkontrolle gefordert und den Sachverständigen aufgegeben wird, durch Belehrung und Warnung für Ausfüllung zu sorgen.

Dann werden die eingangs aufgeführten Vorschläge für die Wahlen in den Ausschuss einstimmig angenommen, worauf Geheimrat Frenzel die Versammlung schließt.

Der Prozeß Ganswindt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Lauffer wenden sich die Erörterungen den von Ganswindt über seinen Flugapparat und die von ihm erlassenen Auftrufe und Einladungen zur finanziellen Beteiligung an seinem Unternehmen zu. Der Angeklagte sucht auch hier darzulegen, daß er kein Schwindler, sondern zu den in seinen Auftrufen enthaltenen Angaben und Versprechungen durchaus berechtigt gewesen sei.

Nach den weiter vorgebrachten Schriftstücken ist Ganswindt vielfach mit den Militärbehörden wegen Förderung seiner Erfindung in Verbindung getreten. Am 3. Oktober wandte er sich mit einer

ImmEDIATEINGABE an den Kaiser. Diese wurde dem Kriegsministerium überwiesen, dies gab es an den Großen Wäldersee ab, von dort ging die Sache an das Eisenbahnregiment. Dann äußerte sich der Oberst Knappe, noch bevor das Modell besichtigt worden war, dahin: daß die Abteilung ein Eingehen auf die Sache nicht für nötig halte, weil das Hauptmoment der Erfindung, der selbstthätige Motor, fehle und die Abtheilung es ablehnen müsse, auf eine Erfindung sich einzulassen, mit der man, wie es in der IMMEDIATEINGABE hieß, in 8 Tagen vom Nordpol zum Südpol fahren könne.

Alsdann wandte sich Ganswindt an das Geheimne Eivilkabinett; von dort wurde die Sache direkt an den Generalstabschef abgegeben und Graf v. Schlieffen ordnete an, daß der Apparat Vertretern des Kriegsministeriums vorgeführt werden solle.

Diese Vorführung fand am 7. Februar 1890 statt. Das Eisenbahn-Regiment wurde zum Bericht aufgefordert; er ging dahin, daß der Apparat nicht dazu geeignet sei, die Militärverwaltung zu einer Förderung des Unternehmens zu veranlassen.

Da der Angeklagte Ganswindt zur weiteren Verbesserung und zur Herstellung des Pulvermotors keine Mittel mehr hatte, wandte er sich mit einem Gesuch an das Eivilkabinett, ihm mindestens die Unkosten der Vorführung zu ersetzen, da nunmehr sein

letztes Geld draufgegangen sei. Er habe etwa 30 000 M. darauf verwendet und zwar 10 000 Mark eignes und 20 000 M. von Doit hergegebenes Geld. In der Eingabe an das Eivilkabinett wurde auch der Bescheid des Generals v. Schlieffen erwähnt, aber nur der Vordertheil, daß er mit Interesse Kenntnis genommen habe, mitgeteilt, während der Nachsatz weggelassen worden war.

Der Angeklagte hat später nochmals in einer IMMEDIATEINGABE mit Rücksicht auf seine bedrängte Lage um Erstattung seiner Kosten gebeten.

Der Angeklagte erklärt hierzu, daß, wenn der Chef des Generalstabs von einer Flugmaschine, die das Volk immer als Hirngespinnst betrachtet, mit Interesse Kenntnis nimmt, so sei das etwas ganz Kolossales und er habe das volle Recht gehabt, diese Kundgebung des Generals v. Schlieffen zu verwerfen.

In einem Bericht des Generalstabschefs an das Kriegsministerium heißt es, daß die Erfindung unter Zuziehung von Sachverständigen geprüft worden, aber als praktisch nicht verwendbar befunden worden sei. Dazu gehöre ein selbstthätiger Motor und es erscheine zweifelhaft, ob Ganswindt im stande sei, einen solchen herzustellen.

Die Rechtsanwältin Dr. Schwandt und Ulrich suchen durch Vorführung verschiedener Stellen des Berichtes des Kommissars Ruds nachzuweisen, daß dieser in dem amtlichen Bericht doch sehr „ins Blaue hineingefahren“ habe.

Auf weiteres Befragen der Verteidiger erklärt der Angeklagte, daß ihm selbst seine Verhaftung bei seinen Teilhabern nicht geschadet habe, daß diese nach seiner Entlassung eine Resolution zu seinen Gunsten gefaßt haben und aufs neue

200 000 M. gezeichnet worden seien. Auch sein Hauptteilhaber, Kammerherr v. Gersdorff, habe ein sehr warm gehaltenes Anschreiben an ihn erlassen. Der Angeklagte befragt sich wieder um Anregung der Verteidiger darüber, daß die Illustrierte „Morgenpost“ seiner Zeit sein leibhaftiges Luftschiff im Bilde vorgeführt und darunter geschrieben habe: „Das ist das Graf Juppelingsche Luftschiff“, und daß der „Köln-Anzeiger“ die Erfindung der Flugdräube Herrn Lilienthal zugeschrieben und eine dagegen erlassene Verhaftung nicht aufgenommen habe.

Auf Befragen des Vorsitzenden an den Angeklagten Schröder, inwiefern denn Kommissar Ruds ihn ungünstig habe stimmen wollen, erwidert dieser, daß Herr Ruds ihn bei seiner Vernehmung gefragt habe: Glauben Sie denn, daß das Unternehmen so viel Geld abwerfen wird? Auf die bejahende Antwort habe Herr Ruds gesagt: Na, dann können Sie in Ihrem Glauben selig werden!

Der Angeklagte Doit erklärt kurz, daß er das ihm zur Last gelegte Flugblatt als Mitglied des Schupkomitees und langjähriger

Teilhaber, der 20 000 M. hineingesteckt habe, veröffentlicht habe. Er habe darin nur Tatsachen mitgeteilt. Auch Angeklagter Schröder bestritt, sich durch Veröffentlichung des Flugblattes strafbar gemacht zu haben. Bei dieser Gelegenheit wird das Verschwinden eines mit 100 M. besetzten, nach Paris gerichteten Paketes, welches Schröder zum Zwecke der Verwertung der französischen Patente an das französische Kriegsministerium abgeschickt hatte, berührt.

Im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten Schröder beantragt Rechtsanwält Ulrich eine Verlesung einer Stelle aus den Personalakten Schröders,

die beweisen solle, daß der Angeklagte zu den Ausdrücken „raffiniert unwahre Behauptungen“ und „Er sei nicht der einzige Chikanier“ berechtigt gewesen sei. Was in dem dort enthaltenen Bericht eines Polizeibeamten, den Herr Ruds dem Angeklagten Schröder vorgehalten, enthalten sei, sei doch das denkbare Befugnis, was ein Kriminalbeamter leisten könne. — Der Vorsitzende verliest diesen Bericht, in dem es unter anderem heißt: Schröder besitze weder Bücher, noch Wäsche, noch Kleidungsstücke; was er auf dem Reide habe, sei sein einziger Anzug; er mache den Eindruck eines stillosen Menschen oder eines Kellners (Heiterkeit); einen regelrechten Versuch habe er nicht; er bummle des Abends viel in der Potsdamerstraße umher und sei entweder ein Päderast, Zuhälter oder Betrüger. (Heiterkeit.) Sein Mittagbrot pflege aus Stullen oder Schrippen zu bestehen. (Heiterkeit.)

Der Verteidiger betont, daß dieser Bericht sich gegen einen völlig unbescholtenen Menschen richtete, daß Herr Ruds dem Angeklagten diesen Bericht vorgehalten und von ihm verlangt habe, daß er ihn binnen 24 Stunden den Nachweis erbringen solle, daß er wirklich 20 000 M. als Teilhaber eingezahlt habe.

Angeklagter Ganswindt befragt sich noch darüber, daß er den Polizeipräsidenten von Schöneberg seiner Zeit zur Besichtigung seiner Apparate eingeladen, der Polizeipräsident ihm dann aber einen Polizeiwachtmeister zugesandt habe. Er pflege die ersten Geister zur Besichtigung einzuladen und nun habe man ihm einen Polizeiwachtmeister geschickt! (Heiterkeit.) Wenn ferner die geübten Zeitungen ihren edlen Beruf darin suchten, einen armen Erfinder zur Strecke zu bringen und darin noch mit der Polizei zusammenwirkte, so sei das doch nicht schön.

Er habe darauf gesagt, er glaube das nicht, denn es sei schon so spät gewesen, daß die Sperlinge überhaupt nicht mehr flügen. (Heiterkeit.) Man legte ihm nahe, die Sache doch auf sich beruhen zu lassen und er habe es auch gethan. Nach dem, was ihm später passiert sei, fasse er die Sache allerdings anders auf. Herr Ruds habe auch schwere Verbrechen nicht verfolgt. So war eines Tages ein Mädchen aus dem Fenster gestürzt und sei tot liegen geblieben. Der Sache lag ein Verbrechen zu Grunde und Herr Ruds habe doch nichts veranlaßt. — Staatsanwaltschaftsrat Rittig: Er habe das Verfahren eingeleitet, sobald er von dem Falle Kenntnis erhalten habe. Wer einen solchen Bericht zum Zwecke der Verhaftung eines Menschen verfaßt, der mache auch noch andre Sachen!

Hierauf wird in die Benehmung eingetreten. Polizeipräsident Hamacher bestritt, daß er über den Angeklagten Ganswindt mit Zeitungsredakteuren gesprochen oder Nachrichten in die Zeitungen hineinlanciert habe.

Redakteur Veinung vom „Schöneberger Tageblatt“ bekräftigt im allgemeinen die Aussage des Polizeipräsidenten, indem er hinzusetzt, daß er selbst Mitglied des Schupkomitees sei. Er habe das Gefühl gehabt, daß die weitere Aufnahme Ganswindtscher Artikel ihm vielleicht schaden und dem Blatt vielleicht der amtliche Charakter entzogen werden könnte und deshalb habe er weiter keine Artikel aufgenommen.

Zeuge Binial, Inseraten-Redakteur des „Berliner Lokal-Anzeigers“, bezeugt, daß, nachdem Ganswindt aus der Haft entlassen worden war, ein von diesem abgegebenes Inserat nicht mehr Aufnahme gefunden habe. Jemand eine Einwirkung irgend einer außerhalb der Redaktion stehenden Stelle auf diese Nichtaufnahme habe nicht festgestellt.

Zeuge Oberst Cordier hat seiner Zeit das Ganswindtsche Unternehmen beschäftigt und habe ihm gleich gesagt, daß er nur aus persönlichem Interesse und als Privatperson komme. Versuche mit dem Ganswindtschen Zweirad seien eine ganze Zeitlang durch Ordonanzen angehalten worden und in einem Zeitungsartikel sei dann bald mitgeteilt worden, daß das Zweirad mit der Drahtschleife sehr gut funktioniere habe. Nach seiner Ansicht sei das Rad ein recht gutes, besitze aber doch nicht solche Vorteile, daß der ausschließliche Gebrauch der Drahtschleife empfohlen werden könne.

Polizeihauptmann Vogel hat im September 1897 mit Ganswindt eine Probefahrt mit einem Kleinmotorwagen gemacht. Der Wagen hatte die bei Droschken gewöhnliche Ganswindtschelei. Der Mann, der den Motor trieb, habe sich, als das Terrain etwas anstieg, so sehr abquälen müssen, daß er Krebsrot im Gesicht war und er selbst anregte, die Fahrt zu unterbrechen. Er erimere sich noch, daß sowohl er als Herr Ganswindt Glimberhäute trugen und daß, als sich der Treter so sehr quälte, die Leute auf der Straße

faule Wiße machten und dem Manne zuriefen: „Sei doch nicht so dumm, laß doch die mit dem Cylinder treten!“ Es haben sich bei der Probefahrt Mängel beim Bremsen und Lenken gezeigt. Ganswindt ist schließlich dahin beschieden worden, daß der Wagen zum öffentlichen Fahrbetriebe sich nicht eigne. — Angeklagter Ganswindt widerspricht den thatsächlichen Darlegungen des Zeugen.

Hittmeister a. D. v. Wenckel hat das Ganswindtsche Etablissement beschäftigt und sich selbst ein Drahtschleifenrad angeschafft. Er ist sehr zufrieden damit und hält es für besser wie die Raumburger und amerikanischen Räder. Er habe sich finanziell nicht an dem Unternehmen beteiligt. Ein Luftschiff müsse und werde erfunden werden, die Ganswindtsche Erfindung habe erfinden können, zum Ziele zu führen, aber wenn man Geld dafür hingebe, müsse man darauf gefaßt sein, daß es riskiert sei.

Unter einigen weiteren unwesentlichen Zeugen befand sich der Agent für Schanzungen (Hagenbed usw.), Herr B a l m, der sehr viel von den Schanzwindischen Erfindungen halte und wiederholt mit ihm korrespondiert habe, um ein Journé damit zu veranstalten. Solche Dinge müßten gegen Entree zweiten Kreises gezeigt werden und ihm sei es nicht zweifelhaft, daß auf diese Weise die Zinsen des in das Unternehmen gesteckten Kapitals (nach Schanzwind's Angabe 700 000 M.) eingebracht werden können.

Hierauf tritt eine Pause bis 4 Uhr ein.
Nach Wiederöffnung der Sitzung wird Verleger Rudolf Woffe vernommen: Die Stellung des „Berliner Tageblatt“ gegenüber dem Angeklagten Schanzwind entspreche der Aufgabe der Zeitung, vor allen zweifelhaften Unternehmungen, die geeignet sind, das Publikum zu schädigen, das Publikum zu warnen. Es sei ganz ausgeschlossen, daß die Haltung des Blattes irgendwie abhängig von dem Geben oder dem Entziehen von Inseraten-Aufträgen; davon könne gar keine Rede sein. Der Kriminalkommissar Ruds sei ihm gänzlich unbekannt und auch der Polizeipräsident von Schöneberg habe in seinem Blatt keinesfalls Stimmung gegen Schanzwind gemacht. Ob ein Reporter Informationen bei der Polizei eingeholt habe, könne er nicht wissen. Im übrigen sei er auch für diese Frage gar nicht zuständig, sondern der für den betreffenden Teil verantwortliche Redakteur. Eine generelle Anweisung, gegen Schanzwind Artikel zu veröffentlichen, habe er nicht gegeben. Im übrigen habe Herr Schanzwind gegen ihn und eine ganze Reihe von Redakteuren, wie Dr. Moritz Friedländer, Fritz Engel und sogar den verstorbenen Schmidt-Cabanis Privatklage ange stellt.

Rechtsanwalt W i s t e i n als Verleger der „Morgenpost“ teilt mit, daß die „Morgenpost“ einige Artikel gegen Schanzwind veröffentlicht habe. Aufforderungen polizeilichs, Artikel gegen Schanzwind zu veröffentlichen, seien nicht ergangen, ob Reporter mit der Polizei in Verbindung gestanden haben, wisse er nicht, könne er auch nicht wissen.

Der Kaufmann dieser beiden Zeugen tritt der Angeklagte wiederholt mit so großer Heftigkeit entgegen, daß der Vorsitzende erklärt, mit ihm nicht weiter verhandeln zu können, wenn er sich nicht mähige und der Staatsanwalt eine Ordnungsstrafe androht. Angeklagter Schanzwind erklärt, daß die Blätter dieser beiden Zeugen ihn fortgesetzt gereizt haben.

Es wird alsdann

Kriminalkommissar Ruds

vernommen. Er sei durch zwei Strafanzeigen wegen Betruges dazu gekommen, sich mit den Schanzwindischen Erfindungen zu beschäftigen, für welche in Annoncen und Aufrufen die größte Klame gemacht und den Teilhabern goldene Verge versprochen wurden. Er wisse, daß auch der jetzige Polizeirat U h schon einmal eine Anzeige gegen Schanzwind bearbeitet habe und daß auch der Herausgeber des bekannten „Waches der Erfindungen“ den Schanzwindischen Flugapparat als Schwindel betrachte. Er sei dann nach Schöneberg hinausgegangen, habe sich die Sachen angesehen und darauf den Bericht, um den es sich hier handelt, erstattet. Wenn er davon gesprochen habe, daß in den Flugblättern und Prospekten U immer nur Zeitungsbereiche, nicht aber die Urteile von Sachmännern abgedruckt seien, so habe er wesentlich nur an die Mitteilungen an die Teilhaber gedacht. — Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß in den Prospekten und Flugblättern doch auch Gutachten von Sachverständigen, insbesondere auch das Anerkennungsschreiben des Grafen Schlieffen abgedruckt worden sei. Er habe bei seinen Ermittlungen weder vorher noch nachher mit irgend einer anderen Person in Verbindung gestanden oder von irgend einer Person dazu angestiftet worden sei. Er habe sich auch keiner Mittelsperson bedient, sondern sei vollständig allein an die Ermittlungen und die Erledigung herangegangen. Er habe auch keinem Herrn von der Presse direkt irgend welche Informationen und Aufträge gegeben. Als die Verhaftung des G. bekannt geworden, sei er natürlich von Reportern überlaufen worden und es sei nicht unmöglich, daß die Reporter aus den Gesprächen mit Beamten Stoff zu Artikeln entnommen haben; er habe ihnen aber direkt nichts gegeben. Den Nachmittags, den er einmal zu einer Vorführung des Schanzwind geschickt, habe er nicht etwa als Gutachter entsandt, er hatte vielmehr — da er selbst mit Arbeiten überhäuft gewesen — nur den Auftrag, nachzusehen, ob es sich um etwas Neues handle oder ob es die alte Sache sei. Für den Bericht des Schanzmanns, der den Angeklagten Schröder überführt habe, sei er nicht verantwortlich. Er bestreite trotz vielfacher Vorhaltungen der Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Ulrich, daß er dilantiert habe. Der Zeuge behauptet, daß alles, was in seinen Berichten stehe, teils auf seinen eignen Wahrnehmungen beruhe, teils auf Mitteilungen zuverlässiger Personen, teils auf seiner eignen Ueberzeugung beruhe, die er aus alledem gewonnen habe, was ihm bekannt geworden sei. Auf die Frage der Verteidiger, wieso er dazu kam, zu behaupten, daß Schanzwind darauf hinarbeite, für verrückt erklärt zu werden, antwortet der Zeuge: Ihm sei von verschiedenen sachkundigen Leuten gesagt worden, wenn Schanzwind nicht ein raffinierter Betrüger ist, dann muß er verrückt sein. In der Geldfrage sei er sehr vorsichtig gewesen. Das Geld, welches in dem Verhörprotokoll vorhanden war, sei sofort in Gegenwart zweier Schatzleute und eines Buchhalters gezählt und es seien 408 M. als Inhalt festgestellt worden. Nachdem die beiden Schatzleute den Angeklagten Schanzwind abgeführt hätten und wieder zurückkehrten, übergaben sie ihm zwei Tausendmarktscheine, die G. in seiner Brieftasche bei sich hatte. Dann sei in Gegenwart der Frau G. der Geldschrank geöffnet und festgestellt worden, daß dort 215 Mark vorhanden waren! Außerdem lagen noch allerlei Papiere und Schreibereien in dem Geldschrank in großem Chaos durcheinander, die an Ort und Stelle nicht gelichtet werden konnten. Er habe aus alledem ein Paket gemacht, das selbe verpackt und ihm die Aufschrift „Geldschrank“ gegeben. Als nun behauptet wurde, daß ein Wertpapier in Gestalt einer Aktie fehlte, sei das Paket hier bei dem Untersuchungsrichter Reuter geöffnet und dabei das Wertpapier vorgefunden und herausgegeben worden. Es sei also alles durchaus korrekt erledigt worden. — Rechtsanwältin Dr. Schwindt: Wie kommt der Zeuge zu der Behauptung, daß Herr Schanzwind an Wohlleben gewöhnt sei und sein Wohlleben fördern wollte? — Zeuge: Nun, wenn man Herrn Schanzwind sieht, dann wird man doch sagen, daß er nicht schlecht aussieht. (Weiter.) Eine Familie mit sieben Kindern kostet doch eine große Portion Geld, das weiß doch jeder. — G a n s w i n d t (erregt): Ich glaube auch ein Recht zu haben, besser zu leben; meine Teilhaber sind damit durchaus einverstanden, sie wollen, daß ich so lebe, um Herrn Ruds zu gefallen zu sein. Der Angeklagte bezieht den Zeugen in verschiedenen Fällen der Unwahrheit. Der Zeuge erwidert, daß nicht er, sondern Schanzwind mit Unwahrheiten operiere. Wie weit dies gehe, zeige ein Bericht des Herrn G. vom 17. März d. J., in welchem G. von ihm behauptet, er habe am Hinterkopf eine Verletzung gehabt und daraus erkläre sich wohl so manches. Alles was Herr G. in dieser Beziehung behauptete, sei unwahr, denn er habe keine Verletzung am Hinterkopf erlitten. — Angekl. G.: Er hat ja heute noch eine faule Stelle, die nur überfrisirt ist. (Weiter.) — Zeuge: Ich hatte einfach eine kreisförmige Haarlosigkeit und auf der Stelle sind neue Haare gewachsen. (Weiter.) — Präsi.: Da müßte also jeder, der eine Platte hat, eine Kopfverletzung gehabt haben. (Große Heiterkeit.) — Angekl.: Ich hebe dabei, daß es unerhört ist, daß der Zeuge auf Grund solcher Behauptungen einen Familienvater von sieben Kindern ins Gefängnis bringen will. — Zeuge: Wenn ich meine Pflicht zu erfüllen habe, kann ich nicht darauf Rücksicht nehmen, ob jemand sieben oder zwanzig oder gar keine Kinder hat. — Nachdem die Rechtsanwältin U r i c h und Dr. S c h w i n d t noch eine ganze Reihe von Fragen an den Zeugen gerichtet und Angeklagter G a n s w i n d t mit erregter Stimme dessen Behauptungen zu widerlegen gesucht hat, wird diese Zeugenvernehmung vorläufig abgeschlossen.

Der nächste Zeuge Landwirt G u d e l gehört zum Schulkomitee und stellt den Bestrebungen des Angeklagten das glänzendste Zeugnis aus.

Physiker Heitken hat sich selbst davon überzeugt, daß die Erfindungen Schanzwind's nach der physikalischen, technischen und

physiologischen Seite interessant und von allgemeiner Bedeutung seien.

Lehrlich äußert sich ein Fabrikbesitzer B e h r e n d, der auch zum Schulkomitee gehört.

Nach Vernehmung eines Gärtners, der bekundet, daß sich der Flugapparat gehoben habe, wird eine Zeugin vernommen, die bestätigten soll, daß bei einem offensibaren Verbrehen (Sturz eines Kindes aus dem Fenster) Herr Ruds nichts veranlaßt habe. Diese Erörterungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Hierauf wird um 7 1/2 Uhr die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Arbeiterschaft stehen jetzt folgende Lokale zu Versammlungen u. zur Verfügung:

Rauchfangsverband: Restaurant „Baldhaus“, Inhaber: Aulowski. **Neue Wäule:** Restaurant Wallmüller. **Friedrichsfelde:** Restaurant „Lindenpark“, Wilhelmstr. 11.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Am Sonntagmorgen 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt; die Parteigenossen des ganzen Kreises werden ersucht, sich pünktlich bei Weichnast, Grünstr. 21 und bei H a h n, Stralauerstr. 48, einzufinden.

Die Vertrauensleute.

Dritter Wahlkreis. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich in den nachstehend verzeichneten Lokalen einzufinden: Schmeber, Admiralstr. 21, Krüger, Raunynstr. 54, Rüd., Simeonstr. 23, Zacharowstr., Brandenburgstr. 49, Stramm, Ritterstraße 123, Wendt, Alexandrinenstr. 39, Ladewig, Kommandantenstraße 65, Schneider, Sebastianstr. 7 im Keller, Leple, Prinzenstr. 59, Marquardt, Köpnickstr. 113a, Bowitz, Engel-Ufer 13, Lenz, Alte Jalousie 69, Otto Göge, Wallstr. 36.

Alt-Glencede. Heute abend hält der Wahlverein seine Versammlung ab. Genosse Alberti referiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Klein-Schönebeck-Fiduzian. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr findet bei Clasen, Schöneiche, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Bell einen Vortrag hält und die bevorstehende Stichwahl erörtert wird. Zahlreicher Besuch ist geboten.

Lokales.

Die Stadt und die Große. In Sachen der Feststellungsklage der Stadt Berlin gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wegen der geplanten Untergrundbahn Potsdamerplatz-Spittelmarkt ist kurz vor dem ersten Termin, der infolge dessen vertagt werden muß, eine nicht weniger als 200 Schriftseiten umfassende Klagebeantwortung von dem Syndikus F. Bussow der beklagten und protestierenden Gesellschaft dem klägerischen Anwalt Justizrat Krause gestellt worden. In der Klagebeantwortung wird auf ein beigefügtes, ebenfalls sehr umfangreiches Beweismaterial, bestehend in Tabellen, Statistiken usw. Bezug genommen. Es ist so umfangreich, daß die Prüfung usw. und Verantwortung der verschiedenen Punkte der gegnerischen Behauptungen und Ausführungen vermutlich längere Zeit in Anspruch nehmen wird. In jedem Falle werden die Rechte behalten, die behauptet haben, die Sache kann recht lange dauern, vielleicht noch länger als die Prozesse um die Gültigkeit der alten Konsistorial-Ordnung von 1873, die schließlich noch das Reichsgericht beschäftigt haben, nachdem sie jahrelang bei den unteren Instanzen geschwebt hatten.

Der systematischen Rechtsberatung socialdemokratischer Gemeindeverordneter wird in der „Freisinnigen Zeitung“ der Herren Richter und Rischbeck mit Feuereifer das Wort geredet. Das Blatt empfiehlt rund heraus, auf Grund des § 75 der Städte-Ordnung durch einen gemeinsamen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung unsere Parteigenossen Hoffmann und Augustin von ihrem Amte zu entbinden. Weiter aber schreibt das Scharfmacherblatt:

Darüber hinaus aber wird sich vor Neuwahlen von Mitgliedern von Verwaltungsdeputationen in Berlin und an anderen Orten empfehlen, darüber sich klar zu werden, ob oder wie weit es überhaupt noch möglich ist, Socialdemokraten in Verwaltungsdeputationen zu entsenden. Zunächst geht die Socialdemokratie in manchen Verwaltungszweigen vielfach von ganz andern Grundfragen aus, wie die bürgerlichen Parteien, deren Vertreter als Mehrheit das Recht haben, ihre Grundzüge der Verwirklichung entgegenzuführen. Man spannt aber nicht Pferde zugleich vor und hinter den Wagen. Auch wo Verschiedenheiten in den Verwaltungsgrundfragen selbst nicht in Frage kommen, aber wie im vorliegenden Fall in der Verwaltungstätigkeit das Bestreben hervortritt, die Zwecke der Verwaltung der Partei-Agitation und der Untergrabung der Ordnung unterzuordnen, ist der Ausschluß der Socialdemokraten von den Verwaltungsdeputationen gerechtfertigt. Selbst der einfachste Menschenverstand begreift, daß man den Bod nicht zum Gärtner setzen kann.

Die „Freisinnige Zeitung“ scheint bei der naiven Ausplauderung der letzten Ziele des Kommunalreformismus ganz zu vergessen, daß die von ihr vorgeschlagene Gewaltthat in früheren Jahren mehr oder weniger unverblümt geübt worden ist. Widerwillig und notgedrungen hat man neuerdings erst socialdemokratischen Stadtverordneten den Eingang zu Deputationen geöffnet, von denen sie früher abhichtlich fern gehalten wurden, weil man S c h e n t r u g, sich in die Karten gucken zu lassen. Auch diese schändlichen Gewaltmaßregeln haben der städtischen Verwaltung Berlins den bösen Ruf verschafft, den sie außerhalb des freisinnigen Scharfmacherlängels überall genießt. Der nun wieder in Empfehlung gedradete, den früheren sächsischen Kammerpraktiken ähnliche Ernährungsstandpunkt hat weiter die Wirkung hervorgerufen, daß genau wie in Sachsen auch hier die Masse der Bevölkerung im Gefühl ihrer Rechtlosigkeit sich zur Socialdemokratie bekennt und der herrschenden Clique mit einem für diese beschämenden Mangel an Achtung begegnet. Hat der von Blut und Hilflosigkeit dilirte Vorschlag der „Freisinnigen Zeitung“ also bereits seinen V a n k o t t hinter sich, so wird er, wenn man sich wirklich erdreissen sollte, ihm von neuem zur Existenz zu verhelfen, bei uns nur einer humoristischen Auffassung bezeugen. Und zwar deswegen, weil er in einer Körperhaft, die fast zum vierten Teil aus Socialdemokraten besteht, eine Wirkung haben muß, an die der herrschende Freisinnslängel schon jetzt mit G r a u e n denken sollte.

Wilhelm II. und der Norddeutsche Lloyd. Während die Pafefahrt-Gesellschaft in Hamburg auf Grund einer telephonischen Anweisung des Kaisers den Abgebrannten in Kaleid-Hilfe darbrachte, hat ihr Kontrakt in Bremerhaven, der Norddeutsche Lloyd, dem Kaiser den Reichspostdampfer „König Albert“ zu einer Vergnügungsfahrt nach den Gestaden des Mittelmeeres zur Verfügung gestellt. Diese Vergnügungsfahrt, die natürlich einen rein privaten Charakter trägt, findet gegenwärtig statt und hat zur Folge gehabt, daß der Kaiser den Generaldirektor vom Lloyd, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, sowie einige andere Beamte dieser Gesellschaft mit mehr oder minder hohen Orden des preussischen Staates erkannte. Weiter hat der Kaiser in einem Telegramm an den Generaldirektor sich über die Einrichtung und die Leistungen des ihm zur Verfügung gestellten Schiffes äußerst lobend ausgesprochen. Es heißt in diesem Telegramm:

„Am Schlusse meiner Reise auf dem mit dem Norddeutschen Lloyd zur Verfügung gestellten Reichspostdampfer „König Albert“ ist es mir eine Freude, Ihnen meine volle Anerkennung auszusprechen über die guten Leistungen des Schiffes, dessen umsichtige Führung und das vortreffliche Verhalten der gesamten Besatzung. Der innere

Betrieb hat mir und meiner Umgebung gezeigt, in welcher Vollkommenheit auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd für die Reisenden gesorgt ist. Ich bin voll befriedigt von meinem in jeder Beziehung praktisch und bequemen eingerichteten Quartier, dem wohlthunenden und angenehmen Aufenthalt an Bord sowie dem prächtigen Verlauf der ganzen Fahrt.“

Nach diesem Telegramm scheint es nicht, daß Wilhelm II. auch das Z w i s c h e n d e d und seine Einrichtungen beschäftigt hat.

Der Kampf gegen das Polentum, so rücksichtslos und leidenschaftlich er von der Regierung geführt wird, findet eine Schranke, sobald wenigstens dem Proletariat gegenüber der Profit in Frage kommt. Gegenwärtig wird von Potsdam nach Caputh eine Bahn gebaut. Die Bevölkerung hoffte hierbei auf eine gütige Arbeitsgelegenheit, doch war die Enttäuschung groß, als den um Beschäftigung antragenden Arbeitern erwidert wurde, daß man sie nicht gebrauchen könne. Es seien polnische Arbeiter eingestellt, die schneller arbeiteten als die deutschen. Die deutschen Arbeiter in der Mark sind durch solche Antwort natürlich zu der Einsicht gekommen, daß auch die Förderung des Deutschtums nicht bei der nationalen Regierung, sondern bei der Socialdemokratie zu finden ist, und ziehen die Konsequenzen aus dieser Tatsache. Auch protestieren sie dagegen, daß die Polen sie in der Arbeit an Schnelligkeit überstreffen. Sie geben aber einen andern gegen sie sprechenden Umstand zu, nämlich den, daß sie mehr auf die Wahrung ihrer Menschenwürde bedacht sind als die in der Kultur recht weit zurückstehenden polnischen Arbeiter.

Die Brandenburgische Städtebahn wurde am Freitag dem Verkehr übergeben. Die Städte Brandenburg a. H., Priberbe a. H., Rathenow, Treuenbrietzen, Neustadt a. d. Dosse u. hatten Flaggenschmuck angelegt, die mit Fähnchen geschmückten Lokomotiven und Wagen der ersten Klasse wurden in allen Orten von der Einwohnerlichkeit begrüßt und die Insassen mit „Hurra“ empfangen. Für die Mark Brandenburg bedeutet die neue Eisenbahn einen großen Fortschritt in der Entwicklung des Verkehrs.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden“, von der Heft 13 heute ausgegeben wird. Das Heft bringt die Fortsetzung von Gerslachers Roman „Die Fluchspiralen des Mississippi“ und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galeerenklau“ von A. Dumas. Als kleinen Beitrag enthält dieses Heft „Henschele in der Tierwelt“. Am 1. Januar hat ein neues Abonnement begonnen, auf das wir unsere Leser aufmerksam machen. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen, Parteilokporteure und die Parteipostämter entgegen. Die Hefte erscheinen wöchentlich je 24 Seiten stark zu 10 Pfennig.

Von der elektrischen Straßenbahn überfahren und getödtet wurde am Freitag ein Knabe im Alter von fünf Jahren vor dem Hause Zwinnemünderstraße 52. Da es nicht möglich war, das Kind zu befreien, wurde die Feuerwehr benachrichtigt. Der dritte Zug unter Leitung des Brandmeisters Kleiner erschien mit Winden und holte den Knaben, der leider schon tot war, unter dem Wagen hervor. Die kleine Leiche wurde der Polizei übergeben. Wen die Schuld an dem traurigen Unfall trifft, muß die Untersuchung ergeben. Das Publikum in leicht begreiflicher Erregung nahm gegen den Fahrer Partei.

Eine neue Einsturzkatastroph. An der Stephans-Kirche, an der Ecke der Soldinerstraße und der Prinzen-Allee, wird die Prinzen-Allee verbreitert. Aus diesem Grunde mußten auch die Fernsprechkabel verlegt werden. Gestern morgen waren mehrere Arbeiter des Steinsehmeisters Hirsch aus der Jussalbenstr. 100 damit beschäftigt, dicht am Bauzaun der Stephans-Kirche einen 80 Centimeter breiten Laufgraben auszuwerfen, um die Kabel herauszunehmen. Während sie in dem Graben standen, gab plötzlich gegen 8 Uhr das Erdreich nach und presste sie so fest ein, daß sie nicht mehr entweichen konnten. Gleich darauf, ehe noch Anstrengungen gemacht werden konnten, sie auszugraben, stürzte der Bauzaun nach und schlug die Leute nieder, so daß sie nur noch zwischen Zaun und Erdreich, zum Teil auch den Granitplatten, die den Bürgersteig gebildet hatten, eingeklemmt lagen. Zum Unglück lagen gleich hinter dem Zaun einige Tausend Mauersteine aufgeschichtet. Auch diese fielen nach und vermehrten die Last, die auf den Verschütteten lag. Die Verunglückten schrien um Hilfe und die Arbeiter vom Kirchenbau, Telefonarbeiter und andre sprangen ihnen gleich bei. Als die mit drei Jagen nach der Unglücksstelle ausrückende Feuerwehr ankam, waren die Rettungsarbeiten im wesentlichen beendet. Der 46 Jahre alte Arbeiter Hermann Drehsing aus der Müllerstr. 50, der das Bewußtsein verloren hatte, war so arg zugerichtet, daß er kaum mit dem Leben davon kommen wird. Er hat außer inneren schweren Verletzungen am Kopfe und an der Brust erlitten. Drehsing ist verheiratet, Vater von drei Kindern und schon seit acht Jahren bei Hirsch beschäftigt. Schwere verletzt wurde auch der 52 Jahre alte Arbeiter Gustav Riedel, der in der Stargarderstr. 21 bei seiner Schwester wohnt und seit sechs Jahren bei Hirsch arbeitet. Er zog sich ebenfalls innere Verletzungen und schwere Quetschungen an den Ober- und Unterarmen zu. Diese beiden Verunglückten wurden mit einem Lüschigen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo Drehsing noch bejammungswürdig danieder liegt. Mit leichteren Verletzungen kam ein jüngerer Arbeiter Hermann Raack aus der Wickerstraße davon. Er konnte zur Arbeit zurückkehren, nachdem er auf der nächsten Unfallstation einen Verband erhalten hatte. Die Unfallstelle wurde von Polizeibeamten, Oberpostinspektor Ulrich und mehreren Postinspektoren besichtigt. Die Arbeiten mußten eingestellt werden.

Das Unglück hätte vermieden werden können, wenn die hinter dem Bauzaun liegenden Mauersteine vor Beginn der Ausschachtungsarbeiten beseitigt und der Graben abgesteift worden wäre.

Die Opfer der Frostzeit. Zu dem Bau-Anfall in der „Flora“ wird uns heute mittag berichtet, daß es den Verunglückten verhältnismäßig gut geht. Bemerkenswert ist, daß der früher bei dem Abriß beschäftigte gewesene Postler aus Neu-Weihensee seine Stellung aufgab, weil er die Verantwortung nicht länger tragen wollte. Er verlangte für die schwierige Arbeit geschulte Leute aus Berlin, die aber mindestens 45 Pf. die Stunde und Fahrgeld fordern. Da jedoch die Unternehmerin nicht mehr als 30 bis 40 Pfennig die Stunde und kein Fahrgeld geben wollte, so überließ er seine Stelle vor acht Tagen einem Andern.

Ein schwerer Unfall bei einem Abbruch ereignete sich gestern morgen wieder auf dem Grundstück Wöhrstr. 27/28, das Wertheim für seinen Erweiterungsbau gekauft hat. Hier glitt ein Arbeiter August Hahnier im zweiten Stock aus, fiel in den Luftschacht hinab und verlor sich am Kopfe so schwer, daß er nach der Clariss gebracht werden mußte. Wo der Verunglückte wohnt, weiß man noch nicht, da er noch nicht vernehmungsfähig ist.

Die **Borunterforschung** wegen des schweren Eisenbahn-Anfalls bei Zeltow am 15. August 1908, die gegen die Lokomotivführer Karl Schuppe zu Halle a. S. und Franz Giesch zu Schöneberg geführt wurde, ist eingestellt worden. Auf Antrag der Verteidiger waren außer dem von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Sachverständigen noch zwei andere Sachverständige gutachtlich gehört worden. Nachdem durch die Aussagen sich herausgestellt hatte, daß früher als rechtzeitig das Brems- und das Not-signal gegeben, daß aber an der Leitung zwischen der ersten und zweiten Lokomotive des Münchener D-Zuges ein Schaden vorgefunden wurde, vermochten alle drei Sachverständigen den beiden Angeklagten irgend welches Verschulden nicht zur Last zu legen. Das Landgericht II zu Berlin hat daher jetzt den Beschluß gefaßt, beide Angeklagte mangels jeglichen Beweises außer Verurteilung zu setzen, und der Staatskasse die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Es wurde angenommen, daß infolge des erwähnten Schadens an der Maschine die Bremsungsbremse verjagt hat.

Leihhaus Friedrich-Strasse 131D

1. Etage

Ecke Karlstrasse, zwischen Oranienburger Thor und Bahnhof Friedrichstrasse

Kein Laden

verkauft täglich hochelegante, streng moderne Frühjahrs-Paletots, Anzüge, Gesellschafts-Anzüge, Hosen in den vorzüglichsten Qualitäten. Kolossale Auswahl. Sämtliche Grössen auch für die stärksten Herren am Lager.

Der Preis ist auffallend billig, aber streng fest und mit grossen Zahlen an jedem Stück vermerkt.

Frühjahrs-Paletots Mark **7.50**
10,-, 12,-, 15,-, 18,-, 20,-, 25,-, 30,- Prima

Herren-Stoffhosen Mark **2.-**
3,-, 4,-, 5,-, 6,-, 7,-, 10,- Prima

Herren-Stoffanzüge Mark **8.50**
10,-, 12,-, 15,-, 18,-, 20,-, 25,-, 30,- Prima

Kellner-Anzüge Mark **11.-**
Kellner-Jackets für 7 Mark.

Goldsachen, goldene und silberne Uhren, Brillanten, Cigarren 100 Stück für 2, 3, 4-12 Mark, Cigaretten billigst.

Beleihung und Ankauf von Herren-Garderoben, Brillanten, Pfandscheinen.

2944b

Pol. konz. Leihhaus.

Werktäglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr.

Cigarren-Fabrik-Lager

Rosenstrasse 18, I. Etage (nahe Bahnhof Börse). Telephon-Amt III, No. 3716.

Billigste Bezugsquelle für Händler!

Beweis unsrer Leistungsfähigkeit:

(Originalgrössen)

4645L*



garantiert rein überseeisch, per Mille M. 25,50



per Mille M. 37,-

sowie grosse Auswahl in: Havana-, Sumatra-, Vorstenlanden-, Mexico- u. Brasil-Cigarren in allen Preislagen.

Verkaufszeit:
8-1 Uhr
u. 2 1/2-8 Uhr.

BELL & Co.

Rosenstr. 18, I. Etage
Telephon-Amt III, No. 3716.

H. Esders & Dyckhoff

BERLIN

Oranienstr. 48, Ecke Luckauerstrasse

und Leipzigerstr. 50a, am Dönhoff-Platz.

Herren- u. Knaben-Bekleidung

fertig und nach Mass.

Herren-Mode-Artikel.

Damen-Konfektion.

Sacco-Anzüge von 12,50 M. an

Rock-Anzüge 27,- " "

Sommer-Paletots 15,- " "

Sommer-Ulster 19,- " "

Hosen . . M. 2,75 3,45 4,50 5,50 und höher.

Phantasie- und Wasch-Westen 2,25 2,90 3,90 4,90 und höher.

Arbeiter- und Berufskleidung

zu anerkannt billigen Preisen.

Loden-Joppen von 3,50 M. an

Arbeits-Joppen in engl. Leder, Pilot etc. " 2,75 " "

Arbeits-Hosen " " " " " 1,50 " "

Maler-Kittel " 1,75 " "

Maschinen-Jacke " 1,25 " "

usw.

Einsegnungs-Anzüge

10,50 12,- 15,- 18,- 24,- 32,- M.

Spezialität: Mass-Anfertigung.

Elegante Jackett-Anzüge in allen modernen Farben und Streifen 17-45 Mark.
Rock- und Gehrock-Anzüge schwarz und farbig von 25-54 Mark.
Stoff-Hosen von 3-14 Mark.

Sommer-Paletots elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-45 Mark.
Jünglings- und Knaben-Garderobe in grosser Auswahl.
Moderne Westen von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderobe

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.

Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.

Feste Preise!

Feste Preise!

Spezialität: Mass-Anfertigung.

SPECIALITÄT:
Solide bürgerl. Einrichtungen
von 250-3500 Mark.
Bar oder Teilzahlung
Kein Kautzwanng.

Möbel

Keine Ladenmiete
Geringe Unkosten
Kleiner Nutzen
Grosser Umsatz
Reelle Ware
Niedrige Preise
Oval. Bedingungen

Wilh. Misch
Berlin NO.
Gr. Frankfurterstr. 45-48, I u. II.
gegenüber der Markusstrasse.

Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. Kleinere Form 1,50

Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.

Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Hüten

Oscar Arnold

Grösstes Special-Geschäft
Engros für Filzhüte, Strohüte u. Mützen Export
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen
und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Hâkim-Cigaretten

sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen die **feinsten 2 Pf.-Cigaretten!**
Höchste Leistung!

Gardinen-Rest-Ausverkauf

älterer Muster in weiß und creme zu 1-4 Fenstern passend, billig in dem Gardinenfabrik-Lager von **Bruno Güther** aus Plauen in Sachsen, Berlin O., Grüner Weg 80, part. Eingang vom Jür. (kein Laden). Boden nach ausserhalb dortselbst.

Schmöckwitz, Restaurant Seddin-See.

Schönster Punkt der Obersee.
Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal zu den bevorstehenden Partien und stelle die billigsten Dampfer.
27515*
A. Noack.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Rechtsanwälte in Norwegen. Das neue norwegische Gesetz, wonach Frauen Rechtsanwältinnen werden können, ist am Dienstag in Kraft getreten.

Sitzung haben Sonnabend:

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Erster Vorsitzender Julius Meyer, Urbanstr. 131 IV. Erster Kassierer Seifert, Fildichstr. 16.

Ritterstr. 32a. — Kommune, Ernst, Kolonnenstr. 20. — Einigkeit III, Heide, Bergfelde, Hauptstr. 46. — „Guter Tabak“, Kupisch, Teltow, Hoher Steinhof 22.

Theater-Gesellschaft „Apollo“, Schulze, Weberstr. 41a. — Plattdeutscher Verein der Volkshilfe, jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Klütner, Wehlfahrtstr. 2.

Unserm Freunde und Genossen Gottfried Hitzinger nebst Gemahlin zu ihrem Hochzeits-tage die herzlichste Gratulation.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Unser Mitglied, der Metallarbeiter Bruno Sandmann,

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter Zweigverein Berlin, Sektion II. Am 22. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied, der Maschinenist Hermann Krüger

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied Eugen Jährlig

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Walter Storch

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Mühlhausen i. Thür. Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Kranz- u. Blumenbinderei von H. Eckert, 98. Rottbuser Damm 98.

Bernhard Baer

parterre und I. Etage. 5 Rosenthalerstrasse 5. Telefon: Amt III, 1129.

Advertisement for clothing items: Jacket-Anzüge, Rock-Anzüge, Frühjahrs-Paletots, Sommer-Paletots, Beinkleider, Fantasie-Westen. Includes prices and descriptions.

Abteilung für Anfertigung eleganter Herren-Moden nach Mass.

Advertisement for Servus shoes and boots. Features an image of a shoe and text: „Servus macht Schuhe und Stiefel“.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebassin. Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.

Advertisement for carpet and furniture: Zum Umzug! Seltene Angebot: Teppiche, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Teppichhaus Georg Lange.

Advertisement for restaurant: Restaurant „Neue Mühle“ Dampfer-Station. Robert Riedel.

Advertisement for carpet and furniture: Fehlt Ihnen etwas? für die neue Wohnung, Teppichen, Gardinen, Portieren, Teppichhaus B. Adler & Co.

Advertisement for restaurant: „Flora“ Restaurant und Saal-Saal, Spandau, Pichelsdorfer-Strasse 39.

Vertreter: Albert Homburg, Berlin, Spandauer Brücke 2.

Kein Laden, nur 1 Tr. Konkurrenzlos billig. Versand.

En gros. Reellste Fabrikate. **Cigarren.** Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Tom Morton 100 Stück 4,25 M.

London Docks (1893) . . . M. 3,75
Amiroia, 6-Pr.-Cigarre . . . 4,-
Flor de St. Felix, kräftig . . . 4,50
St. Andreas Mexico (vorsort.) M. 4,50
Le Brun, würzig und voll . . . 5,-
Noblez, zartester Deli . . . 6,-

Selecta, Deli mit Havanna-Mischung, mild und feinblumig, 100 Stück 5 M.
Façon wie obige Abbildung.
Nicht unter 100 Stück von einer Marke — 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — Bei 500 Stück 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt. — Nichtkonvenientes erbiten zurück.

Täglich einlaufende Anerkennungen.

Czollek & Geballe, Cigarren-Fabrik, BERLIN, Spandauer Brücke 7, 1 Tr.
Engros-Lager. Zweites Haus vom Hackeschen Markt.
Lieferant für Cantinen, Genossenschaften und Cigarren-Geschäften.

Kein Laden. — Preisliste franko. — Kein Laden.

Ich stelle viel mehr als meine Konkurrenz. Ich liebe völlig unerreichbar da bezüglich meiner enorm grossen Auswahl in Formen und Preisen.

Zu jedem Hut verleihe ich ein vergoldetes Monogramm.

Alvin Sussmann, Hut-Engros-Geschäft,
Holzmarkt-Strasse 38, parterre.

Meine Geschäftsräume bleiben am Sonntag, den 27. d. M., bis nachmittags 6 Uhr geöffnet.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwischen Büggelschloß u. Lustigsturm.
Empfehle Fabrik, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenzimmer, Belüftungen aller Art. Couverts Preise.
* M. Degebrodt, „Strandschloß“, Köpenick.

Seiden-Hut-Fabrik
von **CARL RENZ**
I. Geschäft: Berlin 80, Oranienstr. 3.
II. Geschäft: Charlottenburg, Kantstr. 134a.

Weiße Hüte von 1,75 Mk. an
Stärke „ 2,00 „ an
Grosses Lager in Mützen, Schirmen.
Reelle Bedienung. 4518L*

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenheilkunde, Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

J. Georg Simon
8. Reinickendorferstrasse 8.
Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.
Ecke Ravenstrasse. Am Bahnhof Wedding.

Herren-Anzüge 7⁷⁵ 10⁰⁰ 14²⁵ 18⁰⁰ etc.
Herren-Paletots 7²⁵ 8²⁵ 10⁰⁰ 16⁰⁰ etc.
Herren-Hosen 1⁵⁰ 2⁴⁰ 3⁵⁰ 5⁰⁰ etc.
Jünglings-Anzüge 5⁰⁰ 7²⁵ 10⁰⁰ 13⁰⁰ etc.
Knaben-Anzüge 2²⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ etc.

Arbeiter- und Berufskleidung für jedes Gewerbe.
Anfertigung nach Maass unter Leitung erster Schneider zu mässigen Preisen und übernehme für guten Sitz und saubere Verarbeitung volle Garantie!

Zwiebusch Berliner Schweiz
Gosener Berge. Erker No. 62. Post Neu-Zittau.
♦♦ köstlich gelagertes, grösstes Vergnügungslokal der Oberspreew. ♦♦
Halle mit den hochgeachteten Gesellschaften, Vereinen und Familien bei Dampf-, Kletter-, Rad- und Fuhrpartien bestens empfohlen.
45612* **Hermann Gärtner**, Inhaber und Begründer.

Kranz- und Blumenbinderei
von **L. A. Trothe**,
Wrangelstr. 11,
Markthalle IX, Stand 251/252,
Eisenbahnstrasse. 45142*

Kleine Anzeigen. Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restaurant billig zu verkaufen. Näheres Köpenickerstrasse 5 im Cigarren-Geschäft. 22018*

Restaurations, 1200 Mark, zu verkaufen. Wien, Köpenickerstrasse 120a. 22018*

Garbinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Vorjährlige Herrenanzüge, Winterpaletots, Beinkleider, aus feinsten Stoffen spottbillig täglich, Sonntagsverkauf. Deutsches Versandhaus, Jagelstrasse 63, I. 20838*

Herzfelder, Herrenanzüge, wenig getragene Kommodenrobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgeleitet, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstentel, Rosenfelderstrasse 13 III. Sonntag den ganzen Tag. 10712*

Damenjacketts (Reisemuster) elegante Modelle, durchweg 7 Mark. Steppdecken in Seidenstoff statt 6 Mark durchweg 3,75. Plüschdecken 4,75 verkauft Julius Neumann, Bellealliancestrasse 105. 22038*

Damenhemden 1,00, Herrenhemden, Beinkleider 1,25, auch Kniesachen, Rockjacken 1,25. Nur eigenes Fabrikat. Wilde, Weidenweg 23. Abnahmeberei 5 Prozent, auch Nichtmitgliebern. 20076*

Welche Herrenhüte, gute Qualität, Stad 25 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutfabrik, Compstahr Neue Friedenstrasse 81 I, Ede Königstrasse, früher Kaiserstrasse 25A. Sonntags geöffnet. *

Garbinen spottbillig Pfandleide Köpenickerplatz 7. 21928*

Verfallene Händer aller Art Pfandleide Köpenickerplatz 7. 21928*

Bekanntmachung. Zum bevorstehenden Umzuge stelle von heute an der werten Kaufhandlung zu außerordentlich spottbilligen Preisen einen großen Posten Beiten, Garbinen, Steppdecken, Teppiche sowie Aussternereiche für Brautleute, Tischdecken, Portieren, Bettvorlagen zum Verkauf. Nur Pfandleidehaus Weidenweg 19. 132*

Staubend billige Regulatoren, Freidrehender, Spiegel, Leidenschnecken, Damentischer, Brautgeschenke, nur Pfandleidehaus Weidenweg 19. 132*

Waffenwahl hochleganter Jadediamant, Hochzeitsanzüge, Sommerpaletots, Hosen. Spottbillig. Pfandleidehaus Weidenweg 19, rechter Aufgang. Geöffnet bis 9 Uhr. 132*

Verkauf verfallener Händer spottbilligen Preisen. Pfandleidehaus Weidenweg 19. 132*

Teppichlager, Teppiche, Beiten, Garbinen, Regulatoren, Remontoluhren, Bilder, Spiegel, Möbel, Steppdecken spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6. 897*

Milchfädel, Kannen, Nahe, Quisemler 27. 25478*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Sellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landsbergerstrasse. Alle Maschinen nehm in Zahlung. 20509*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Köpenicker Markt 4, Bahnhof Börse. 9922*

Beiten spottbillig Pfandleide Köpenickerplatz 7. 21928*

Sommerpaletot, Anzüge spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6.

Regulatoren, Remontoluhren, Uhrenten, spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6.

Garbinen, Stores, Portieren spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6.

Beiten, Steppdecken, Tischdecken, Böden, Klebungsmatzen spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6. 897*

Spiegel, Bilder, Plannio, Möbel spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6.

Teppiche, Vorleger, Diwanddecken spottbillig Pfandleide Reanderstrasse 6.

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Oranienstrasse 15, am Halleischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verleihe ich gewohnte und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beuten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehle ich bei der geringen Anzahlung gewohnter und zurückgeleiteter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Meiderstrand 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Tischspinde, Vertikal 36, Salonarmatur, Plüschgarnituren 105, Aufschüttelstücken mit Matratzen 40, geschützte Büffets, Bücherspinde, Vaneelstisch mit Sattelstücken 85, Schreibtisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil. 21778*

Möbelverkauf, passende Gelegenheit für Brautleute. Die Möbel-Fabrik Schützenstrasse 2, Ede Friedenstrasse, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante Einrichtungen bis zu 10000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beuten ohne Anzahlung. Stauraum billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit vertriehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Meiderstrand 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Tischspinde, Vertikal 36, Salonarmatur, Plüschgarnituren 105, Aufschüttelstücken mit Matratzen 40, geschützte Büffets, Bücherspinde, Vaneelstisch mit Sattelstücken 85, Schreibtisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Buchbaum, Salons, Ulmabogel, auch Jugendstil, sehr billig. Gefaltete Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach angethan. Weiterverkauf gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 21788*

Möbelverkauf billig verkaufen vier Zimmer Möbel. Brautleute von Engelstein. Schönhauser Allee 55, parterre. 25415*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstrasse 35 b. 21748*

Kinderräder, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitete spottbillig. Schneider, Kurfürstenstrasse 172. 22028*

Säulenrumen, geschliffen, vierzig Mark, elegantes Vaneelbrett sechs Mark. Strauchbergerstrasse 6a I. *

Gebrauchte Labeneinrichtung billig zu verkaufen. Gottwald, Cigarren-Geschäft, Köpenickerstrasse 20. 1785*

Teppiche mit Farbenlehren Fabrik-niederlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-jährige Mark, Invalidenstrasse 148 (Eingang Bergstrasse), Fallherstrasse 40, Große Frankfurterstrasse 56.

Herrenfahrräder, hochlegant, spottbillig. Döring, Solmitzstrasse 18. *

Galbrenner, hochsein, billig. Kurzdorf, Fähringerstrasse 2. 26765*

Stridmaschinen, auch Teilzahlungen, Brederer, Engelstr. 20. 826*

Wäsche und Wringmaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung coulant Bedingungen. S. Sellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landsbergerstrasse. 2050

Gaststubehaus! Einloch-Gastlocher 1,00. Zweiloch-Gastlocher 1/2, Dreiloch-Gastlocher 7,00! Gasbügler! Gasplättchen 2 1/2! Dreifachmige Bronze-Gastkronen 6,00! Gaslöcher 1/2! Schaufenster-Gasbeleuchtung billig! Köpflauer, Köpflauer-Theaterstrasse 32. 28515*

Cigarren, 2000 Kiste, 16, 18 bis 100, nur reelle, gut abgelagerte Ware. Expeditions-Speicher Neue Friedrichstrasse 6. 21568*

Vorjährlige hochvernehme Herren-hosen aus feinsten Stoffen, 9-12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 21698*

Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Schankgeschäft, Nordost, 25 Mark Tageskasse, elegantes Inventar, Billard, Musikautomat, Säulenapparat für tüchtiges, junges Ehepaar, gute, sichere Erleuchtung. Preis 1800. Brauerische. Viele für schöne Geschäftsräume und anliegende Wohnung 1600. Nur zahlungsfähige Selbstläufer erhalten. Auszahlung Sonntag von 10-12. Warkasse, Nagasaki-Strasse 13a. 2942b

Möbeleinrichtung umständelhalber billig verkauft. Admiralsstrasse 8, beim Verwalter. Beschäftigung 4-8.

Verkauf billigt gutes Bett, einige Fenster Gardinen, Stores, Ueber-gardinen, Plüschdecken, Teppich, zwei elegante Steppdecken. Hoffmann, Rammstrasse 52. 2946b

Sofa, wie neu, 22 Mark. Mühlbrand, Rheinsbergerstrasse 12. 2944b

Fahrrad, gut erhalten, 30 Mark. Demann, Fährtenwalderstrasse 6.

Fahrräder, verfallene, Leihhaus, Neue Schönhauserstrasse 11. Achtung, zweites Haus von Revaltalerecke. Kleinauswahl sämtlicher Marken. Unglaublich billig. Brennabreder, Kolossale Auswahl. Bombenrader, Dürtoppäder, Dreifachrader, Renn-fahrräder, Rennrader, Zweifacher. Alles in wirklich kleinen Preislagen! spottbillig. Ueber meine Lagerbestände beachte man Bahnhofstrasse 11. Nagel-neue Fahrräder 50,00. Leihhaus, Neue Schönhauserstrasse 11. 10717

Restaurations, Vereinszimmer mit Plannio, viele 1200, sofort zu verkaufen. Posten, Neue Hochstrasse 13. *

Bett, prachtvolles, 18,00, Möbel, Dresdenstrasse 33. 2631b

Ringfischen, Dobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstrasse 60/61, Braunerstrasse 59/60 und Große Frankfurterstrasse 43. 198*

Baukasten, 30 Pfennig-Tour, 22 Mark Quadratmeter, am Bahnhof und Wald Heier, Brandenburgstrasse 1.

Obst, Gemüse, Mehl und Vor-rost-Geschäft zu verkaufen. Bier, Goldenbergerstrasse 12. 2922b

Wirtschaft verkauft sofort Chaussee-strasse 95 I. 84/9

Sofa, neues, sofort verkauft! Invalidenstrasse 126, Hof I. 84/15

Kanarienvogel, umständelhalber 5 Stück billig. Boh, Friedrichstrasse 24. 84/12

Restaurant, gutgehend, billig, für Anfänger und Parteilosen, sofort verfallend. Köpenickerstrasse 43. 128

Wenzelhauer Bücher, Noten-blätter 8,00. Brunnstrasse 100, Strabel. 1109*

Ein Zimmer Möbel verkaufe so- fort, auch einzeln, spottbillig, darunter auch Teppich, Bilder, Plannio, Tischensofa, Säulenrumen 35,00, Musikspiegel 10,00, verschiedenes, fast alles neu. Beschäftigung auch Sonntags. Gartenstrasse 85, I. links. Stettiner Bahnhof. 1125*

Reisemäher, Herrenanzüge, Sommerpaletots, Prachteremulare, spottbillig. Schönhauser Allee 72 b, vorn III links. 10716

Markise, 2 Meter breit, diverse Schaufensterstangen für Gas billig zu verkaufen. Kaufhaus Julius Löwenheim, Bismarckplatz. 1188*

Guterhaltene Kaffeekaver um-zugshalber billig zu verkaufen. Baum-gart, Putzmannstrasse 20. 1115

Ausgemietet! Restorationshandlung Grüner Weg 81 parterre, Hausnummer, sehr kleine Andreastrasse 5. Vollen Reste, Kostümstoffe, Anzugstoffe, ein-zelne Hosen billig. Scholz. 1145*

Fahrrad, elegante, tadelloser leicht-laufende Maschine, leichtfrei, (sneidig) ausgeliefert, sofort wegen Spezi-alausgabe zu verkaufen. Preis sehr mäßig. Rigdorf, Alleestrasse 6, II. rechts. 22088

Kritiken-Garderobe für Anfänger, ein grünes Plüsch-Sofa, klein; ein Kinderwagen, preiswert. Köpenickerstrasse 73, vorn III rechts. 2945b

Waldparzellen, 750 Mark, Baue-stelle, Ostvorort Fährtenstrasse, verkauft Hausverwaltung Brunnstrasse 151.

Grüntraumgeschäft mit Kolonial-waren und Feuerung verfallend. Zimmermann, Ballhausstrasse 38.

Dürtoppäder, 60,00, fast neu, ver-kauft Leng, Raumstrasse 33. 2950b*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Lang-jähriger Gerichtsbeistand! Rat-erteilung! Eingabengehälter Steuer-berufung! 2933b*

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Forderungen, Strafsachen, Willmenten, Steuererlagen, Eingaben-gehälter, Raterteilung, Brunnstrasse vierzig. 2936b*

Rufschreiber von Frau Koloski, Steinmehlstasse 48, Duergebäude hoch-parterre. *

Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auf dem Hause. Bachmann, Blumenstrasse 35 b. 21788*

Fahrradgesch. auch defekt, Kauf-loff, Schönhauser Allee 163a. 83/19

Bücher kauft, beliebt. Kaufmannstrasse 56, I. Amt I. 8831. *

Vereinsaal zu Sitzungen, auch zum Tanz geeignet, noch frei. In-validenstrasse 146. 1125*

Küchengeräte, circa 140 Meter innere Höhe, doppelwandig, für Gas-heizung, gut erhalten, zu kaufen ge-wünscht. Portier, Reinickendorferstrasse Nr. 61a. 2009b

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurze Strasse 10/11! Gerichtsbeistand, Eingabengehälter, Raterteilung. 138/2

Rechtsbureau, früherer Gerichts-beamter, Schulstrasse 2. 2028b*

Ausgemietet! Sonabend, den zweiten April, verlege mein Geschäft nach Petersburgerstrasse vierund-dreißig. Denge. 199*

Rieber, Tapezierer! Wedding I. Sonntag Frühstrasse: Runkelstrasse 6.

Tapezierer, Kichtung! Morgens-sonde jeden Sonntag früh bei Dreier, Lindenstrasse Nummer 218. 2927b

Knabe, 7 Jahre alt, zu vernehmen Köpenickerstrasse 24, IV Treppen rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stubstücker bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt, ohne Aufschlag zurückgeliefert. Adressen: Rindlerstrasse 27, Wöhrer. 2837b

Stellenangebote.
Färber, Delaheure gesucht. Gebr. Altenberg, Fährtenstr. 11, Neu-Weihensee, Langhandstrasse 4. 1133*

Tischlerlehrling verlangt Ladewig, Eisenbahnstrasse 12. 125*

Schlosserlehrling verlangt Große Gartenstrasse 101. 1109*

Lehrjunge für Figurengeschnitten und Figurenmalerei verlangt Leopold Köhler, Alexandrinenstrasse 110, Westplatz. *

Polierer in und außer dem Hause verlangt Etowebstr. Ritterstrasse 6a.

Brunnenbauer verlangt Döhne, Reichenhof bei Potsdam. Meldung nur schriftlich. 2931b

Männchenbinder Koberin verlangt Rhode, Stargarderstrasse 15. 179

Kermelgarniererin. Schneid-erinnen verlangt Siehe, Charlotten-strasse 56. 2924b*

Damen Schneider! Lehrentfall, Ausbildung, Theorie, Praxis. Siehe, Charlottenstrasse 56. 2925b*

Tüchtige Justenre und Monteure für Ringschiffen- und Schwing-schiffen-Nähmaschinen bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung gesucht! 2940b

Efferten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisabschriften er-beten an die Zeitungsredaktion Prinzen-strasse 31.

Achtung! Achtung!
Goldbearbeitungsmaschinen-Arbeiter.
Bei Käster, Greifswalderstrasse, stehen sämtliche Maschinen-arbeiter im Streik. Der Betrieb von Walter Fränkel, Walde-marsstrasse 14 ist für Arbeiter aller Branchen gesperrt. — Junges ist streng fernzuhalten. 75/4*

Der Vorstand.

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fern zu halten von
Bautischlern und Einsehern nach der Werkstat 79/1
Reif, Demminerstrasse und Straßunderstrasse.
Käster, Greifswalderstr. 80. Eämtliche Bouten der Firma Neumann, Lindenwalde.
Bau Simon, Regensburger-strasse.
Bau Wolf, Rigdorf, Schön-haud-Donaustr.-Gde.
Bau Hilsmits der Firma **Billig,** Ludenwalde, Kurfürsten-damm-Gde. Leibnizstrasse.
Die Ortsverwaltung.

Verschiedenes.

Holinnunterricht im und außer dem Hause erteilt gewissenhaft H. Scholz, Köpenickerstrasse 13, vorn IV.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstrasse 38, Sonntagsdienst. 29015*

Patentanwalt Dammann, North-platz 57. 2647b*

Steuerberatung, Klagen, Straf-sachen, Unfallklagen, Raterteilung Gollnowstrasse 15a, Cigarrenladen.